NACHTRÄGLICHE AUTHENTISCHE AUFSCHLÜSSE ÜBER DIE BADISCHE REVOLUTION VON...

Amand Goegg

Nachträgliche authentische

Aufschlüsse

über die

Badische Revolution von 1849,

deren Entstehung,

politischen und militärischen Verlauf.

Nebst einem Nachtrag

und als Einleitung eine gedrängte Darstellung der politischen Vorgänge in Baden von 1818 an, unter Hinweisung auf die Hauptereignisse in den übrigen Theilen Deutschlands.

Zürich.
Verlags-Magazin.
1876.

Bibliothek-Ordnung

des Sozialdemokratischen Wahlvereins Rixdorf.

1. Die **Ausgabe der Bücher erfolgt** täglich **nachmittags** von **4—8 Uhr.**
2. Die Benutzung der Bibliothek steht jedem Mitgliede unentgeltlich zur Verfügung, sofern es nicht länger als 3 Monat mit seinen Beiträgen im Rückstande ist.
3. Bei Entnahme von Büchern dient das Mitgliedsbuch als Ausweis und ist vo: zuzeigen.
4. Die Leihfrist beträgt 4 Wochen, dc ı kann dieselbe auf Antrag um weitere 2 och n verlängert werden.
5. Bei Ueberschreitung der Leihzc • nc ir jede weitere Woche 5 Pfg. zu ich n, welche zu Gunsten der Bibl ek verwendet werden.
6. Jeder Entleiher ist verpfli se ne Wohnung genau anzugebe Findet während der Leihzeit Wohn. vechsel statt, so ist derselbe dem I thekar sofort mitzuteilen.
7. An dritte Personen dürfen ntliehene Bücher nicht weitergegeben werden. Für beschädigte oder verloren gegangene Bücher ist Ersatz zu leisten.
8. Im Juli jeden Jahres wird über den Stand der Bibliothek eine Inventur aufgenommen. Zu diesem Zweck müssen sämtliche Bücher vom 1. Juli zurückgegeben werden.

Diese Bibliothekordnung ist genau einzuhalten.

VORWÄRTS BUCHDRUCKEREI BERLIN S

R 1

U. S. P. Ortsverein Neukölln.

Bibliothek-Ordnung

Ortsverein Neukölln.

1. Die Benutzung der Bibliothek steht jedem Mitgliede unentgeltlich zur Verfügung, sofern es nicht länger als 1 Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande ist.
2. Bei Entnahme von Büchern dient das Mitgliedsbuch als Ausweis und ist vorzuzeigen. Jeder Leser erhält eine Lesekarte, welche in das Mitgliedsbuch eingeklebt wird.
3. ~~Die Ausgabe der Bücher erfolgt täglich nachmittags von 7—9 Uhr.~~
   ~~Die Jugendliteratur wird nur Mittwoch und Sonnabend nachmittag von 4—7 Uhr ausgegeben.~~
4. Die Leihfrist beträgt 2 Wochen, doch kann dieselbe auf Antrag um weitere 2 Wochen verlängert werden.
5. Bei Überschreitung der Leihzeit sind für jede weitere Wochen 50 Pfg. zu entrichten, welche zugunsten der Bibliothek verwendet werden.
6. Jeder Entleiher ist verpflichtet, seine Wohn[illegible] genau anzugeben. Findet während der [illegible] zeit Wohnungswechsel statt, so ist derselb[illegible] Bibliothekar sofort mitzuteilen.
7. An dritte Personen dürfen entliehen[illegible] nicht weitergegeben werden. Für [illegible] oder verloren gegangene Bücher ist [illegible] leisten.
8. Im Juli jeden Jahres wird über d[illegible] der Bibliothek eine Inventur aufgenom[illegible] diesem Zweck müssen sämtliche [illegible] 30. Juni zurückgegeben werden.

Diese Bibliothek-Ordnung ist genau ein[illegible]

Die Bibliothekskomm[illegible]

Neukölln, Anzengruberstr.

Karl Pasewaldt, Neukölln, Richardstr. 116

Inhalt.

Vorwort.

Am 13. September 1874 ist bei Gelegenheit der Enthüllung des Denkmals für die zu Mannheim im Jahre 1849 standrechtlich Erschossenen allgemein das Bedauern ausgesprochen worden, daß von einem, in alle Phasen der 1849er badischen Revolution vollständig Eingeweihten keine Schrift existire, welche die heutige Generation über jene denkwürdige Bewegung aufklären könnte, eine Bewegung, die, mit Aussicht auf Erfolg, der erste wohlorganisirte, von einer stehenden Armee unterstützte Anlauf zu der leider noch nicht verwirklichten freiheitlichen Constituirung Deutschlands gewesen.

Eine solche Schrift hat existirt. Sie ist im Jahre 1851 zu Paris im Verlage des „Völkerbund"*) (1 rue des bons Enfants) erschienen, jedoch in ihrer

*) Dieser Bund (Alliance des Peuples) wurde im Winter von 1849/50 zu Paris von demokratischen Vertretern verschiedener Nationalitäten, wie u. A. von E. Carpentier, A. Goegg, La Farina, John Cathin, M. Ruge, Heliade Radulesco rc., mit einem Zweigverein in Genf unter A. Galeer, Joh. Phil. Becker rc.

ganzen Auflage von der damaligen französischen Regierung confiszirt worden.

---

gegründet, war der Vorläufer der 1867 in Genf gegründeten internationalen Friedens- und Freiheitsliga und gab mit seiner neuen Idee internationaler Vereinigung sicher auch den Anstoß zu der 1864 in London gegründeten internationalen Arbeiter-Association. Er hatte zum Zwecke, demokratische Vertreter aller civilisirten Länder persönlich einander für gemeinsames Programm und Vorgehen nahe zu bringen und die Völker in verschiedenen Sprachen durch Flugschriften und ein Wochenblatt aufzuklären und zu künftigem gemeinsamem Handeln vorzubereiten. In seinem Verlage sind außer dieser Schrift und dem Wochenblatt erschienen:

Ein Wort an die natürlichen Vermittler des Völkerbundes, zunächst gerichtet an die Elsässer, als die Vermittler des Bruderbundes zwischen dem deutschen und französischen Volke (deutsch), von A. Goegg; Die Märtyrer (französisch), darunter Robert Blum und Adolf von Trützschler, von A. Goegg beschrieben; Erinnerungen und Empfindungen eines Verbannten (französisch), von Heliade Radulesco.

Unter der Presse waren und sollten im Frühjahr 1851 in deutscher Sprache erscheinen:

Der illustrirte Soldatenfreund: Das Leben eines badischen Freiheitssoldaten, von Phil. Stay; Was verstehen wir unter Socialismus? von A. Goegg, und Der österreichische Panslavismus und die orientalische Frage, von Häfner, als plötzlich der Bund von der Polizei aufgelöst, seine nicht französischen Mitglieder nach mehrwöchentlicher Untersuchungshaft aus Frankreich ausgewiesen und die noch vorhandenen erschienenen Schriften, sowie die unter der Presse befindlichen confiszirt wurden.

Nun kam vor Kurzem durch Zufall eines der wenigen geretteten Exemplare in den Besitz ihres noch lebenden Verfassers, der sich beeilt, hievon eine zweite, jedoch kürzer zusammengefaßte, auch weniger bemittelten Lesern zugängliche Auflage erscheinen zu lassen.

Dies zu thun halten wir für Pflicht, einmal weil wir damit diesseits und jenseits des Oceans dem Wunsche vieler, der Sache noch treu gebliebener alter Acht- und Neunundvierziger zu entsprechen glauben und dann, weil die heutige jüngere Generation sich an der Hand der Geschichte — der Lehrerin der Zukunft — belehren muß, welche Anstrengungen das badische Volk während einer langen Reihe von Jahren für freiheitliche Entwicklung und soziale Besserstellung zur Nachahmung für die übrigen Theile Deutschlands gemacht, welche Ereignisse im letztern während der Bewegungsjahre 1848 und 1849 stattgefunden und . .

. . . .

Wir hatten die Absicht, an dieser Stelle noch weitere Punkte zu besprechen, mußten aber im Hinblick auf gewisse deutsche Preßparagraphen darauf verzichten. Immerhin glauben wir, mit unserer Schrift einen zeitgemäßen Beitrag zur Aufklärung der Massen geleistet zu haben.

I.

Die politischen Vorgänge in Baden von 1818 an bis zur Revolution von 1849, unter Hinweisung auf die Hauptereignisse in allen übrigen Theilen Deutschlands.

1. Das constitutionelle Leben von 1818 bis zur französischen Februarrevolution vom 24. Februar 1848.

Durch Beschluß des Wiener internationalen Diplomaten- und Fürstenkongresses von 1815 hatten die Regenten sämmtlicher deutschen Bundesstaaten ihren Ländern eine Verfassung zu verleihen. Obwohl Großherzog Karl von Baden auf besagtem Kongresse dagegen gestimmt hatte, war er von seinen fürstlichen Kollegen kurz vor seinem Tode (8. Dezember 1818) einer der ersten, welche den Wiener Kongreßbeschluß ausgeführt haben. *)

---

*) Die übrigen deutschen Fürsten folgten nach und nach dem gegebenen Beispiele, mit Ausnahme derer von Oesterreich, Preußen und Mecklenburg. Der österreichische Kaiser mußte dazu für seine deutschen Reichslande erst durch die 1848er Wiener Märzrevolution gezwungen werden. Der König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, mit dem Hintergedanken, fortan dennoch eigenmächtig zu regieren, unterzeichnete ebenfalls erst das „Stück

Die Verfassung, von Nebenius, dem späteren Minister, nach englischem Muster entworfen, ward vom badischen Volke freudig begrüßt und dasselbe war, von der benachbarten Schweiz und dem angrenzenden Frankreich beeinflußt, in ganz Deutschland auch am reifsten für ein constitutionelles Leben; es wählte daher schon für den im April 1819 eröffneten ersten Landtag zu Deputirten in der Mehrheit freisinnige, tüchtige Männer, welche gleich anfangs Preßfreiheit, Einführung der Geschwornen-Gerichte, Abschaffung der Frohnen und Zehnten, Beschränkung der Privilegien der Standes- und Grundherren ꝛc. verlangten und unter deren Namen wie Duttlinger, Rotteck (Geschichtsschreiber und Rechtsgelehrter), Liebenstein, Wessenberg, Winter*) ꝛc. in ganz Deutschland gefeiert wurden.

Dies war keineswegs nach dem Geschmack von Karl's Nachfolger, dem Großherzog Ludwig, welcher nichts weniger

---

Papier", wie er die Verfassung höhnisch nannte, den 3. Febr. 1847 und dies nur unter dem Drucke der allgewaltigen öffentlichen Meinung, welche Dr. Johann Jacoby von Königsberg mit seinen, in ganz Europa wiederhallenden „vier Fragen" und dem „königlichen Wort Friedr. Wilhelm's III." wachgerufen hatte. Das mittelalterlich gemaßregelte Mecklenburg endlich hat (sic) trotz Parlamentsbeschluß heute noch keine Verfassung!

*) Zu diesen gesellten sich in späteren Landtagen der 30er und 40er Jahre in gleich hervorragender Weise Itzstein, Welcker, Sander, Mördes (Vater des in der 1849er Revolution bekannt gewordenen Florian Mördes), Mittermaier (berühmter Rechtsgelehrter und langjähriger Präsident der zweiten Kammer), Friedr. Hecker, Weller, Kapp, Brentano, Peter, Welte, Mez, Soiron, Mathy, Bassermann, Zittel, Bekk ꝛc.

als constitutionell gesinnt, vielmehr herrschsüchtig und eigenmächtig war, zeitgemäße volksthümliche Beschlüsse mit Hülfe der ersten Kammer zu verhindern suchte oder, wenn solche zu Stande gekommen, nicht ausführte und sich hauptsächlich bemühte, durch Kammerauflösungen, durch Urlaubsverweigerungen bei freisinnigen, zu Deputirten gewählten Beamten und durch amtliche Wahlbeeinflussung eine gefügige Kammer zu Stande zu bringen. Dies gelang ihm auch einmal für den vierten Landtag vom Jahre 1825, welcher nach Ludwig's Wunsch das reaktionäre Gesetz erließ, daß die Kammern nur alle drei Jahre zu tagen haben und sämmtliche Deputirte auf 6 Jahre gewählt sind.

Zum Glück für das badische Volk, das mit freiheitlichen Bestrebungen in Deutschland voranging, regierte dieser Willkürfürst nicht sehr lange. Er starb im März 1830 und es folgte ihm Leopold (Vater des jetzigen Großherzogs), ein wohlwollender, constitutionell gesinnter, aber an Charakter schwacher, den Einschüchterungen von Seite anderer deutschen Fürsten zugänglicher Mann. In den ersten Jahren gewährte er auf den Rath des beliebten Staatsministers Winter so ziemlich Alles, was die freisinnige Mehrheit der Kammer verlangte. Die Wahlen für den Landtag fanden ohne Regierungsbeeinflussung statt, die reaktionäre Verfassungsabänderung vom Jahre 1825 wurde wieder aufgehoben, Ablösung der Staatsfrohnen, Vorbereitung zur Ablösung der Zehnten, eine neue Civilprozeßordnung mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens und eine wahrhaft freisinnige, auf dem Selbstbestimmungsrecht der Bürger basirte Gemeindeordnung erhielten Gesetzeskraft; am meisten wurde jedoch in ganz Deutschland das Ende Dezember 1831 erlassene Gesetz für volle Preßfreiheit mit Jubel begrüßt. Die Freude hierüber währte indessen nicht lange. Von den Drohungen des Frankfurter Bundestages, dieser verhaßten, aus den Gesandten sämmt-

licher deutschen Fürsten bestandenen obersten Polizeibehörde, eingeschüchtert, hob Leopold schon Ende Juli 1832 das Gesetz wieder auf, unter dem Vorwande, daß es mit der Bundesgesetzgebung über die Presse unvereinbar sei. Im Uebrigen ging es noch leidlich, so lange der Staatsminister Winter lebte. Unter ihm kamen noch die definitive Ablösung der Zehnten, ein neues Forstgesetz, 1835 Badens Anschluß an den deutschen Zollverein und 1838 auf Staatskosten eine, schon 1831 in der Kammer angeregte Eisenbahn von Mannheim bis Basel (mit Ausnahme der kleinen Strecke Nürnberg-Fürth die erste in Deutschland) zur Ausführung; nach Winter's Tode aber (1839) glaubte man sich in Baden wieder in die Zeiten des Großherzogs Ludwig zurückversetzt. Winter's Nachfolger, von Blittersdorf, ein Vollblutreactionär und Werkzeug des in Oesterreich allmächtigen und auch in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten seinen verderblichen Einfluß ausübenden Fürsten von Metternich, bemächtigte sich vollständig des schwachen Leopold und suchte à la Ludwig durch Urlaubsverweigerungen, Kammerauflösungen, Wahlbeeinflussungen, Absetzungen — Rotteck*) und Welcker z. B. wurden ihrer Professuren in Freiburg i. B. enthoben — Bestrafung freisinniger Städte durch falsche Eisenbahnanlagen (man denke an Friedrichsfeld, Appenweyer und Dinglingen) ꝛc. eine gefügigere Volksvertretung zu erlangen. Es gelang ihm nicht. Im Gegentheil ging aus jeder Neuwahl die Opposition stärker hervor, mit Zuwachs von jungen, talentvollen und energischen Männern, darunter Hecker, der gefeiertste und volksthümlichste von Allen. Um die immer heftiger auftretende Opposition zu beschwichtigen, stellte Leopold 1845 den versöhnlichen Staatsrath Nebenius an die Spitze des Ministeriums des

*) Rotteck starb Ende 1840 und erhielt von der Stadt Freiburg ein Denkmal auf einem öffentlichen Platze gesetzt.

Innern und versetzte Blittersdorf als Bundestagsgesandten nach Frankfurt. Als auch dieses nichts nützte, löste Leopold 1846 die Kammer auf. Dadurch stieg die Agitation im Lande auf eine ungewöhnliche Höhe und sicherte der Opposition nur noch ein größeres Uebergewicht. Nolens volens mußte nun Leopold, der nicht, wie sein Vorgänger, einen gewaltsamen, auf Mißachtung der Verfassung hinzielenden Bruch herbeiführen wollte, aus den Reihen des gemäßigten Theils der Opposition den constitutionell gesinnten Bekk an die Spitze des Ministeriums berufen, der dann auch manche Zusagen für innere Reformen machte und speziell versprach, beim Bundestag energisch auf Abschaffung der Censur zu dringen. Da aber Bekk den Protector der Censur, den verhaßten Blittersdorf, als Gesandten in Frankfurt belassen und nicht zugesagt hatte, bei den übrigen Regierungen Schritte auf volksthümlichere Umgestaltung des Bundestages (Antrag von Welcker*) zu thun, trat der radikale Theil der Opposition entschieden gegen Bekk auf, begnügte sich nicht mit den Kammerdebatten und verpflanzte die Agitation in's Land selbst hinein, indem er schon auf den 12. September 1847 (also mehrere Monate vor der französischen Februarrevolution) nach Offenburg eine Volksversammlung berief, in welcher Forderungen, wie Preßfreiheit, Schwurgerichte, volksthümliche Wehrverfassung, gerechte Besteuerung, Abschaffung aller Vorrechte und Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital beschlossen wurden.

Zu diesem frühzeitigen Vorgehen Badens als Richtschnur für ganz Deutschland hat jedoch nicht blos die radikale Fraction der Kammeropposition beigetragen. Außerhalb der Kammer wirkten seit Jahren zahlreiche Männer in Schrift

---

*) Merkwürdigerweise ließ sich derselbe Welcker im März 1848 an Blittersdorf's Stelle zum Bundestagsgesandten ernennen.

und Wort in gleicher, ja selbst in entschiedenerer, weiter gehender Weise. Schon 1843, bei Gelegenheit der 25jährigen badischen Verfassungsfeier verlangte in Heidelberg auf dem offiziellen Bankett — trotz der Einsprache der anwesenden höheren Beamten und Professoren — der Student Amand Goegg im Namen seiner Commilitonen aus allen deutschen Gauen,*) daß die Agitation für Erlangung einer deutschen Nationalversammlung auf die Tagesordnung gesetzt werde.**) Auch die zahlreichen Turn- und Gesangvereine waren patriotisch und demokratisch gesinnt und beeinflußten mit ihren häufigen Festen die öffentliche Meinung für den Fortschritt. Deßgleichen trug dazu die von Johannes Ronge hervorgerufene religiöse Reform (der „Deutschkatholicismus", der Vorläufer der heutigen freien Gemeinden), welche in Baden günstige Aufnahme gefunden und mit den demokratischen Bestrebungen Hand in Hand ging, wesentlich bei. Das größte Verdienst bei der politischen Heranbildung des Volkes hatten aber unstreitig die demokratischen Preßorgane, deren Herausgeber, trotz der Censur, mit muthiger Aufopferung das Banner der

---

*) Damals trat ein beträchtlicher Theil der Studentenschaft gegen die sogen. Corps (in Wahrheit nichts als Sauf- und Duellvereine) auf, wirkte für gründliches Studium und betheiligte sich an der fortschrittlichen Politik des Landes. In dieser Richtung waren besonders thätig: Hermann Becker (später Communist und jetzt preußischer Herrenhäusler und Oberbürgermeister von Cöln), Guido Weiß, Weber aus Hannover, Goegg, Mördes, Dänzer und Steinmetz (letztere vier später an der 49er badischen Revolution betheiligt).

**) Bemerkenswerth ist, daß in jener Zeit der Wunsch nach einem deutschen Parlament für ein Staatsverbrechen gegolten und daß Goegg deßhalb in eine, später wieder niedergeschlagene Untersuchung gezogen wurde.

Freiheit und des Rechts stets vorantrugen und unter denen der „Deutsche Zuschauer“ von Gustav Struve in Mannheim, die „Mannheimer Abendzeitung“ unter Jean Pierre Grohe, der „Volksführer“ von Phil. Stay in Heidelberg, die „Oberrheinische Zeitung“ von Emmerling in Freiburg i. B. und die „Seeblätter“ von Joseph Fickler in Constanz ganz besonders hervorragten. Zur Vervollständigung dieser im Lande selbst entfalteten Preßthätigkeit ließ man in der Schweiz für weitergehende Ziele Flugschriften, welche der Censur wegen in Deutschland nicht gedruckt werden konnten, erscheinen und massenhaft zur Verbreitung hereinschmuggeln. Der Rheinländer Carl Heinzen z. B., als Flüchtling jenseits der Grenze lebend, trug mit seinen Broschüren und Pamphleten wesentlich dazu bei, daß man sich im Volke mit republikanischen Ideen vertraut machte und deren Verwirklichung wünschte.

Ebenfalls noch vor der französischen Februarrevolution übten auch die Ereignisse in der Schweiz einen bedeutenden Einfluß aus und zwar nicht blos auf Baden, sondern auch auf Württemberg, Bayern, bis über Kurhessen nach Sachsen hinein.

Nachdem der von den Jesuiten angezettelte und von der österreichischen und französischen Regierung*) unterstützte Sonderbund im Spätjahr 1847 von den Milizbataillonen der 13 freisinnigen Kantone unter General Dufour niedergeworfen waren, begnügte man sich in Süd- und Mitteldeutschland nicht bloß mit begeisterten Zuschriften an die schweizerischen Freiheitskämpfer, sondern sandte an die Tagsatzung nach Bern

*) Diese sandten sogar aus ihren Staatsarsenalen nach Luzern, dem Hauptquartier des Sonderbundes, Kanonen, Gewehre und Munition in beträchtlicher Zahl.

für die Verwundeten auch ziemlich bedeutende Liebesgaben. Baden lieferte von den eingegangenen ca. 10,000 Fr. betragenden Geldern nahezu die Hälfte.

Die Schweizervorgänge konnten natürlich auch in den Nachbarländern Italien und Frankreich nicht ohne Widerhall bleiben.

In ersterem Lande mußten nach einander schon Ende 1847 und Anfangs 1848 theils unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, theils wie in Palermo, der Hauptstadt Siciliens, nach furchtbar blutigen Straßenkämpfen die Könige von Piemont und Neapel und der Großherzog von Toscana Verfassungen gewähren. Selbst der Papst Pius IX. konnte der Strömung nicht widerstehen und besetzte die Ministerien mit Laien, statt wie bisher, mit Geistlichen.

In der französischen Kammer verlangte die Opposition, die in der Minorität und zudem noch in zwei Fraktionen, die gemäßigte (constitutionelle) unter Odilon Barrot und die radikale (republikanische) unter Ledru-Rollin gespalten gewesen, stürmisch nach Reform, d. h. nach Ausdehnung des Wahlrechts, und klagte des Königs Louis Philipp ersten Minister, Guizot, wegen seines reaktionären Zusammenwirkens mit Oesterreich in den schweizerischen und italienischen Angelegenheiten in heftigster Weise an.

Auch die hochgehenden politischen Wogen jenseits der Alpen und des Rheins hatten natürlich wieder ihre Rückwirkung in Deutschland, namentlich in seinen Mittel- und Kleinstaaten, in welchen die Kammern mit immer energischeren Forderungen an die Regierungen herantraten. Am 12. Februar 1848 stellte Bassermann*) in der badischen Kammer folgenden

*) Bassermann, Mathy, Welcker u. A. waren die Nachfolger oder vielmehr die Nachahmer von Joh. G. Aug. Wirth, Siebenpfeiffer u. A., welche im Juni 1832 von dem Hambacher

Antrag: „Die Kammer wolle in einer Adresse an den Großherzog die Bitte richten, auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen Ständekammern beim Bundestag ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde." Es war dieser Antrag allerdings nicht im Sinne der radikalen Opposition eine souveraine, durch das allgemeine Stimmrecht direkt vom Volke gewählte Nationalversammlung, welche nach Abschaffung des Bundestages für ganz Deutschland eine neue Verfassung zu entwerfen und zu beschließen hatte; es ist aber sehr bezeichnend, daß schon vor dem Ausbruch der französischen Revolution vom 24. Februar aus der Mitte der gemäßigten, die Mehrheit der Kammer bildenden und das Ministerium Bekk unterstützenden Fraktion, zu welcher frühere Radikale, wie Bassermann, Welcker, Mathy rc. übergetreten waren, überhaupt ein solcher Antrag hervorgegangen ist. Auch ohne die französische Februarrevolution, welche nach dem Ausspruche des französischen Sozialdemokraten Louis Blanc für Frankreich und das übrige Europa als eine noch unreife Frucht einige Jahre zu früh gekommen ist, würde jedenfalls Bassermann's Motion in kurzer Zeit Gemeingut aller deutschen Kammern geworden sein, und in radikalem Sinne verbessert, zu einer politischen Umgestaltung Deutschlands, aus welcher nothwendiger Weise schon nach wenigen Jahren die Republik hervorgehen mußte, geführt haben.

2. Die Märzbewegung.

Als aber in Folge der Pariser-Revolution vom 24. Februar 1848 in ganz Frankreich die Republik proklamirt worden und

Feste aus in constitutionell-monarchischem Sinne Deutschland für Einheit und Freiheit nach englischem Muster umgestalten wollten.

die Nachricht hiervon die meisten Throne des europäischen Continents in einer Weise erschüttert hatte, daß es nur noch eines einzigen Stoßes bedurfte, um sie umzustürzen, war es jedenfalls von Seiten der bisherigen beliebten und nunmehr durch die revolutionäre Strömung zu mächtigem Einfluß gelangten Volksführer in allen deutschen Landestheilen ein großer Fehler, daß sie nicht ebenfalls gleich in den großen Volksversammlungen oder nach stattgehabten siegreichen Straßenkämpfen bei der ersten Bestürzung der Fürsten und gegenüber den noch ungefährlichen desorganisirten Armeen die Republik proklamirt haben, sondern vor den Thronen mit Forderungen stehen geblieben sind, welche sie schon früher in den Kammern gestellt hatten, und welche die Monarchen ohne große Einbuße an ihrer bisherigen Machtstellung gewähren konnten und auch gewährt haben; denn dadurch haben sich letztere theilweise wieder populär gemacht und Zeit gewonnen, um ihre Heere zur Unterdrückung späterer vereinzelter republikanischer Schilderhebungen wieder in die Schranken der Disziplin zurückzubringen.

Wir geben nun eine Uebersicht der seit dem Pariser Volkssieg Schlag auf Schlag speziell in Baden und, des Zusammenhanges wegen, auch in einzelnen Theilen des übrigen Deutschlands aufeinander gefolgten Ereignisse.

Die erste größere Kundgebung von Bedeutung und Nachwirkung in Deutschland fand schon den 27. Februar zu Mannheim statt, wo in einer Bürgerversammlung trotz der Einsprache der damals schon als Beschwichtiger auftretenden Landesabgeordneten Mathy und Bassermann auf Antrag von Gustav Struve, Heinrich Hoff und Dr. Hammer beschlossen wurde, einen Aufruf zu erlassen, mit der Aufforderung, am 1. März aus allen Theilen des Landes in Masse nach Carlsruhe zu ziehen und der Kammer eine Petition mit folgenden als dringendste und sofort zu erfüllende Forderungen zu über-

reichen: **Nationalvertretung durch ein deutsches Parlament, Schwurgerichte, vollständige Preßfreiheit, Volksbewaffnung und Aufhebung des stehenden Heeres.** Der Aufforderung wurde überall mit Jubel entsprochen. Auch viele Studenten schlossen sich in Heidelberg dem Mannheimer, von zwei Lokomotiven gezogenen Riesenzuge an. Alle Theilnehmer an diesem Petitionssturme, der im Laufe des Monats März mit gleichen oder ähnlichen Forderungen in andern deutschen Staaten nachgeahmt worden, trugen die bisher verbotene schwarz-roth-goldene Cocarde.

Mit Umgehung einer der Hauptforderungen, Volksbewaffnung und Aufhebung des stehenden Heeres, faßte die zweite Kammer auf diese Petition am 2. März fast einstimmig folgenden Beschluß:

Die Kammer verlangt:

1. daß die Regierung sofort die provisorischen Ausnahmsgesetze, als die Karlsbader Beschlüsse vom 20. September 1819, die Frankfurter vom 30. Mai, 28. Juni und 8. November 1832, sowie die Beschlüsse der geheimen Wiener Konferenzen von 1834 als rechtsverbindlich für das Großherzogthum Baden nicht betrachte;
2. daß ungesäumt gleiche Beeidigung sämmtlicher Staatsbürger, mit Einschluß des Militärs, auf die Verfassung angeordnet werde;
3. daß alle Beschränkung politischer Rechte aus dem Grunde, daß ein Staatsbürger einer bestimmten Konfession angehöre, aufgehoben, beziehungsweise den Ständen ein Gesetzentwurf darüber vorgelegt werde;
4. daß ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister in der Art, daß ein Staatsgerichtshof mit Geschwornen entscheide, vorgelegt werde;

5. daß in Beziehung auf die übrigen Staatsbeamten eine vorgängige Ermächtigung des Ministeriums zur Anstellung von Klagen über Handlungen ihrer Verwaltung nicht erforderlich sei;
6. daß die Großherzogliche Regierung die Zusicherung ertheile, daß sie in nächster Bälde die Rechte des Feudalwesens, insbesondere das Jagdregal, die Bürgereinkaufsgelder, sowie die Abzugssteuer der Standes- und Grundherren beseitigen werde;
7. daß Anordnungen für gerechtere Vertheilung der Staats- und Gemeindelasten, für Pflege der Gewerbsamkeit und der einfachen Arbeit getroffen werden;
8. daß die privilegirten Gerichtsstände aufgehoben werden;
9. daß eine volksthümliche Kreisverwaltung, durch geeignete Betheiligung der Bürger an derselben, eingeführt werde;
10. daß die Regierung dringend darauf hinwirken möge, daß bei der Bundesversammlung eine Vertretung des deutschen Volkes eingerichtet werde;
11. daß eine unabhängige Stellung der Richter nach den bereits früher von der Kammer gestellten Anträgen gesichert werde;
12. daß das Staatsministerium und die Stelle eines Gesandten des Großherzogthums Baden bei der Bundesversammlung nur mit Männern besetzt werden, welche das allgemeine Vertrauen des Volkes genießen.

In dieser abschwächenden Form und mit beschränkenden Zusätzen wurden in den meisten constitutionellen Staaten Deutschlands die bestimmten Forderungen des Volkes durch die Kammern erledigt und hätten sich jetzt schon Struve und andere radikale Volksführer überzeugen sollen, welch' großen Fehler sie begangen, den sogen. gesetzlichen weiten Weg für Erlangung ihrer Forderungen zu betreten, d. h. vermittelst Kammern, deren Mitglieder, in früherer Zeit gewählt, mit

wenigen Ausnahmen constitutionell-monarchisch gesinnt waren, die Republick herbeiführen zu wollen.

Um einen Schritt weiter zu gehen, beriefen einige Führer auf den 5. März nach Heidelberg die bekanntesten freisinnigen Kammermitglieder und Journalisten aus Baden und den angrenzenden Ländern Württemberg, Bayern, Hessen-Darmstadt Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M.*) zur gemeinsammen Berathung und Beschlußfassung über vorzunehmende Maßregeln. Schon in dieser vertraulichen Versammlung, die doch aus den „Besten" bestand, zeigte es sich, daß die monarchisch Gesinnten unter Heinrich von Gagerns Führung die Mehrheit hatten. Letzterer sprach zu Gunsten eines unter dem Schutze des Königs von Preußen vereinigten Deutschlands, Struve dagegen erklärte, daß nur eine föderative Republik nach dem Vorbilde der nordamerikanischen Freistaaten die Einheit und zugleich die Freiheit Deutschlands sicher stellen könne. Die Versammlung sprach sich weder für die eine noch die andere Ansicht aus, faßte vielmehr nur den Beschluß, eine größere Versammlung, welcher alles Weitere vorbehalten bleiben sollte, d. h. das später sogenannte Vorparlament, nach Frankfurt a. M. einzuberufen. Im Sinne der Mehrheit, der sich schließlich auch die inkonsequente republikanische Minorität angeschlossen, erließ die Versammlung folgende Proklamation:

„Die Versammelten sprechen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einstimmig dahin aus:

„Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes (Frankreich) oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden.

---

*) Auch Oesterreich war durch Wiesner und Preußen durch Stettmann vertreten.

„Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbstständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, andern Nationen zu schmälern oder zu rauben.

„Die Vertheidigung der Deutschen und ihrer Fürsten darf hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuthe der Nation, nie in einem russischen Bündnisse gesucht werden.

„Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwickelung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens.

„Um zur schleunigsten und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das Ihrige beizutragen, haben die Versammelten beschlossen:

„Ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendste anzugehen, so bald und so vollständig als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne (sic) mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben.

„Zugleich haben sie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten. Zu dem Ende wurden 7 Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer (Vorparlament) schleunigst zu besorgen.

„Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach Außen sein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfnisse erspart werden, während zugleich die Be-

sonderheit und angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bestehen bleibt."

Der Siebener-Ausschuß, welcher die obengenannten Beschlüsse ausführen sollte, bestand aus folgenden Männern:

Itzstein aus Baden (als Vorsitzender), v. Gagern aus Darmstadt, Römer aus Württemberg, Welcker aus Baden, Stettmann aus Preußen, Willich*) aus Bayern und Binding aus Frankfurt a. M.

Dieser Aufruf, welcher deutlich die Absicht für eine Wiederbefestigung der wankenden Throne, wenn auch auf der Grundlage einer neuen Institution, der Nationalvertretung, bekundete, mußte in den demokratischen Lagern große Mißstimmung hervorrufen. Diese äußerte sich durch vielfache öffentliche Kundgebungen, namentlich in dem durch und durch republikanisch gesinnten badischen Oberlande, auf dem Schwarzwalde und im Seekreise, wo Fickler durch seine „Seeblätter" und durch seine schlichten, kräftigen Reden der Liebling des Volkes geworden. Die Gährung der Gemüther nahm mit jedem Tage zu. Im badischen Odenwalde und auf den hohenlohischen Besitzungen in Württemberg erhoben sich die Bauern für Abschaffung der grundherrlichen Lasten, wodurch sie doppelt, durch den Staat und die adeligen Rentamtmänner, besteuert waren, verjagten die Beamten, zerstörten die Archive und da und dort auch ein Schloß, z. B. in Jaxthausen dasjenige der Nachfolger des Götz von Berlichingen, der im 16. Jahrhundert Führer der Bauern gegen die adeligen Bedrücker gewesen. Gleichzeitig mit diesem wohlberechtigten Aufstande, bei welchem leider einige Excesse zu beklagen waren, brach an vielen Orten, insbesondere im badischen Oberlande eine durchaus ungerechtfertigte Judenverfolgung aus und soll diese von Reaktionären

*) Nicht mit Aug. Willich aus Cöln, dem später auftretenden Freischaarenführer zu verwechseln.

angestiftet werden sein, um zeigen zu können, daß Anarchie im Lande herrsche und daß es für die Regierung nothwendig sei, die Zügel wieder strammer anzuziehen.

Bei dieser kritischen Sachlage beriefen am 9. März von Mannheim aus Hecker, Struve, Peter, Val. Streuber,*) Carl Metz,**), J. P. Grohe und Heinr. Hoff, denen sich die unvermeidlichen Bedenklichen und Zurückhalter Mathy, Bassermann, Welcker und Soiron anschlossen, auf den 19. März nach Offenburg für das ganze Land eine große Volksversammlung zur Fassung wichtiger Beschlüsse gegen feindselige Umtriebe und für Verwirklichung freiheitlicher Bestrebungen. Die Unterzeichner des Aufrufs begaben sich zur Entwerfung der von der Volksversammlung zu genehmigenden Beschlüsse schon auf den 18. März nach Offenburg. Zu ihnen gesellten sich aus allen Landestheilen gegen 100 andere einflußreiche Volksmänner, darunter von Constanz aus Fickler.

Im Hinblick, daß das badische Militär noch größtentheils desorganisirt war und sein noch in den Schranken der Disciplin befindlicher Theil in den Odenwald zur Beschützung der Grundherren gesandt oder in Rastatt zum Schutze der Festung eingeschlossen wurde, und in fernerer Erwägung, daß es selbst schon in Wien***) und Berlin gewaltig gährte und

---

*) Wurde im nächsten Jahre von den Preußen standrechtlich erschossen.

**) Nicht mit dem Advokaten Metz aus Darmstadt zu verwechseln.

***) Kurz nach dem Schluß der Offenburger Volksversammlung vom 19. März (damals gab es in Deutschland noch kein Telegraphennetz und noch keine ununterbrochene Eisenbahnverbindung) kam die Nachricht von dem in Wien am 13. März ausgebrochenen Aufstande und der Verjagung des seit 1815 in Oesterreich unumschränkt waltenden Ministers Metternich, was

daß bei solcher Bewandtniß die übrigen Fürsten Deutschlands, welche sich auf ihre eigenen Truppen nicht verlassen durften, bestürzter als je waren*) und von Preußen und Oesterreich keine militärische Hülfe erwarten konnten, war es sicher bei dieser Gelegenheit zu Offenburg der richtige und allergünstigste Zeitpunkt für die Vertrauensmänner des badischen Volkes, den andern Tag durch die große Versammlung von 25,000, aus allen Landestheilen hergekommenen Männern die Republik zu proklamiren. Dies erkannte der praktische, klarsehende

natürlich Jubel und große Aufregung erzeugte, welche letztere sich in Baden wie anderwärts aufs Höchste steigerte, als einige Tage später die Kunde gekommen, daß in Berlin das am 18. März aufgestandene Volk, auf welches die Garden mit Kartätschen schossen, nach 14stündigem, furchtbar blutigem Kampfe Sieger geblieben und daß der Prinz von Preußen sich nach England flüchten mußte.

Hätte dieses Fickler ahnen können, würde er sich, wie wir nachher sehen werden, sicher nicht von Andern, selbst von Hecker nicht, haben einschüchtern lassen.

*) Die badische Regierung z. B. beeilte sich in ihrer Angst noch kurz vor der Versammlung, zur Beschwichtigung den populären Abgeordneten Peter zum Regierungsdirektor des Seekreises, Welcker an Blittersdorfs Stelle zum Bundestagsgesandten zu ernennen und sämmtliche politische Gefangene in Freiheit zu setzen. Auch ersuchte sie den König von Würtemberg, ihr Truppen zur Hülfe zu senden; diese erhielten aber, auf halbem Wege angekommen, vom Könige Contre-Ordre, nicht weil in Offenburg die Republik nicht proklamirt worden, sondern weil er rascher als das Publikum Kenntniß von dem Ausbruch der Revolution in Wien und Berlin erhalten und nunmehr für seine eigene Sicherheit besorgt war.

Fickler und bestand derselbe mit Entschiedenheit darauf, wurde aber nicht nur, wie zu erwarten war, von den Matthy und Consorten, sondern — zur höchsten Verwunderung von uns paar jungen Leuten, die als Zeitungscorrespondenten zugelassen waren — sogar von Hecker in heftigster Weise und von Struve mit süßschmeichelnden Worten bekämpft. Fickler ließ sich leider hauptsächlich dadurch beschwichtigen, daß Hecker u. A. auf das vom Siebener-Ausschuß den 31. März nach Frankfurt a. M. einberufene Vorparlament hinwiesen, durch welches sicher für ganz Deutschland die Republik proklamirt werde.

Mit Umgehung der Proklamirung der Republik wurden von der Volksversammlung auf Antrag der Führer nebst den schon am 1. März von Mannheim aus an die Kammer gestellten Forderungen (deutsches Parlament, volle Preßfreiheit, Schwurgerichte und Volksbewaffnung unter Verschmelzung mit dem abzuschaffenden stehenden Heere) noch folgende beschlossen: Abschaffung der ersten Kammer; mit Ausnahme der Zölle und direkten Abgaben Abschaffung aller anderen Abgaben und statt dieser Einführung einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer; sofortige Abschaffung aller Vorrechte, welchen Namen sie tragen; ungesäumte Trennung der Kirche vom Staate und der Schule; Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen den Besoldungen der Geistlichen und Lehrer, von welchen erstere zu viel und letztere zu wenig erhalten und eine wohlfeile Regierung mit Abschaffung der Apanagen und unverdienten Pensionen.

In Anbetracht, daß das Volk durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zustandes seiner Freiheit besitzt, wurde außerdem auf dieser Versammlung beschlossen, 1. daß sich in jeder Gemeinde des badischen Landes ein vaterländischer Verein bilde, dessen Aufgabe es ist, für die Bewaffnung, po-

litische und soziale Bildung des Volkes, sowie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen; 2. daß sämmtliche Vereine eines Wahlbezirks einen Bezirksverein, sämmtliche Bezirksvereine einen Kreisverein und die vier Kreisvereine einen Landesverein bilden; 3. daß an der Spitze eines jeden dieser Vereine ein leitender Ausschuß stehe und letzterer eine Vereinskasse zur Bestreitung der nothwendigen Ausgaben sofort ins Leben rufe und 4. daß alle Provinzen Deutschlands aufgefordert werden sollen, ähnliche Vereine zu bilden und mit dem badischen Landesverein in freundschaftlichen Verkehr zu treten.

Die Mitglieder, je vier an der Zahl, wurden für die vier Kreisausschüsse, sowie Hecker als Obmann aller vier Ausschüsse — in gemeinschaftlicher Sitzung Central-Ausschuß genannt — noch von der Versammlung erwählt.*) Die Volksversammlung trennte sich erst, nachdem die beliebtesten Führer, wie Hecker, Fickler, Struve &c. die Versicherung gegeben hatten, zur Gewalt zu schreiten, wenn die Regierung den Beschlüssen der Versammlung nicht sofort Folge leisten sollte. Alle Anwesenden erklärten sich bereit, auf die erste Aufforderung zu den Waffen zu greifen.

Wie in Offenburg fanden gleich darauf noch vor Ende März Volksversammlungen auf verschiedenen badischen Punkten: in Heidelberg, Achern, Freiburg, Waldshut, Grenzach, Engen, Donaueschingen, Stockach und Mörsburg statt. Diese Versammlungen hatten den Zweck, auf das, in einigen Tagen sich versammelnde Vorparlament in republikanischem Sinne einen

*) Dieses vortreffliche Projekt einer wirksamen Organisation ist leider nicht zu dauernder Ausführung gekommen. Es haben sich wohl da und dort vaterländische Lokalvereine, aber ohne Zusammenhang unter sich, gebildet und haben sich dieser in der Folge die Beamten und monarchisch gesinnten Bürger bemächtigt.

Druck auszuüben; es wurden daher in denselben zu den Offenburger Forderungen noch folgende beigefügt: gleiche Berechtigung ohne Unterschied des Glaubens; Sicherstellung der persönlichen Freiheit des Bürgers durch ein besonderes Gesetz (Habeas-corpus-Akte); Abschaffung des Adels; allgemeines Niederlassungs- und Staatsbürgerrecht in Deutschland; Einführung der föderativen Republik in Deutschland nach dem Muster der nordamerikanischen Verfassung. In allen Versammlungen wurden diese Forderungen mit Jubel begrüßt und beinahe einstimmig angenommen; nur in der Heidelberger vom 26. März trat eine starke Minorität dagegen auf, weil Welcker, und insbesondere Metz von Darmstadt, der mit zahlreichen Anhängern Gagerns aus Hessen erschienen war, von der Republik abmahnten.

Auch die badische republikanische Presse wurde in diesen Tagen verstärkt durch die täglich in Heidelberg erscheinende „Republik“ und durch die in Mannheim ebenfalls täglich ausgegebene „deutsche Volkszeitung“, welch' letzterer hervorragende republikanisch gesinnte Männer, wie Dr. Joh. Jacoby von Königsberg, Heinr. Simon von Breslau, Bayrhoffer von Marburg, Rob. Blum u. A. ihre Mitwirkung zugesagt hatten.

Wie in Baden, nur nicht, wie in diesem, in entschieden republikanischem Sinne, folgten sich in bunter Mischung in allen Theilen Deutschlands Volksversammlungen, Petitionen, Deputationen. In Schleswig-Holstein, dem meerumschlungenen, wo man schon 1847 für Lostrennung von Dänemark und für Anschluß an den deutschen Bund zu agitiren begonnen, bildete sich am 24. März eine provisorische Regierung, welcher selbst König Wilhelm IV. von Preußen militärische Hülfe versprochen. Letzterer befolgte überhaupt eine eigenthümliche Taktik. Nach seinem famosen Berliner Straßenritt, bei welchem er sich eine schwarz-roth-goldene Fahne vorantragen und mit seiner Zustimmung „Deutscher

König" nennen ließ, sagte er „Ja" zu Allem, was nicht unmittelbar den Thron gefährdete, natürlich mit dem Hintergedanken, auch alles Zugesagte wieder zurückzunehmen, sobald er seine Armee wieder im Zaume hatte. Diesem Beispiele folgten alle deutschen Fürsten,*) boten aber auf der andern Seite rasch Alles auf, ihre Heere wieder zur Disciplin zurückzuführen. Sie verwendeten dazu alle möglichen Mittel. So regalirte der König von Württemberg seine Soldaten mit Wein und Würsten und in Baden ließ die Regierung Ende März bis nach Konstanz hinauf und bis ins Württemberg'sche hinein reitende Boten durch das Land sprengen, mit dem Rufe: „Die Franzosen kommen zum Rauben, Morden, Sengen und Brennen." In der Erinnerung an die Erzählungen von den Raubzügen der Franzosen in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts glaubten es momentan die Bauern, die Sturm läuteten und sich mit Flinten, Sensen, Dreschflegeln, Heu- und Mistgabeln bewaffneten. Es war natürlich nicht wahr und hat man einfach dazu die Nachricht, daß der Dichter Georg Herwegh von Paris aus mit einigen hundert deutschen Arbeitern den Republikanern zu Hülfe kommen wolle, benützt; die Regierung hat aber erreicht,**) daß sie dabei die

---

*) Der Lola Montesmann, König Ludwig von Bayern, ging einen Schritt weiter: er dankte den 20. März ab, freilich nur zu Gunsten seines Sohnes Maximilian.

**) In welcher Verlegenheit um diese Zeit die badische Regierung wegen des Mangels an Disciplin und wegen der schon beginnenden revolutionären Stimmung beim Militär war, beweist folgender Vorfall: „Am 25. März hatten sich mehrere hundert Soldaten auf der Gallerie und in den Gängen des Carlsruher Ständehauses versammelt, um der Sitzung beizuwohnen, in welcher eine von 294 Soldaten unterzeichnete Petition übergeben werden sollte. Als in Folge der alarmirenden Nachrichten von

Truppen dislociren, wieder unter die Disciplin bringen und den Zusammenzug des 8. und 9. Armeecorps veranlassen konnte.

3. Das Vorparlament.

Bei solchen Verhältnissen und unter den wechselnden Eindrücken einer stürmisch bewegten Zeit trat am 31. März zu Frankfurt a. M. in der Paulskirche unter dem Präsidium von **Mittermaier** (dem bisherigen badischen Kammerpräsidenten) jene Notabeln-Versammlung zusammen, welche den Namen „Vorparlament“ erhalten hat. Sie bestand mit circa 500 Mitgliedern theils aus Männern, welche Mitglieder gesetzgebender Versammlungen gewesen waren, theils aus solchen hervorragenden Persönlichkeiten, welche von der Siebener-

---

einem Franzoseneinfall Truppen nach Kehl bestimmt wurden, kam ein Adjutant, um die Soldaten abzuholen. Viele gingen, aber eine ziemliche Anzahl weigerte sich und rief: „Dableiben, Offizier hinaus!“ Als später der Generalmarsch geschlagen wurde, folgte ein Theil der Zurückgebliebenen, aber nicht alle. Die Petition der Soldaten wurde von dem Abgeordneten Richter (von Achern) übergeben. Sie verlangten „anständige Behandlung von den Offizieren, Anrede mit „Sie“, Abschaffung erniedrigender Schimpfwörter und einiger Strafarten, deren Existenz wohl nur wenigen Bürgern bekannt war, z. B. eine Stunde lang in die Sonne sehen, eine Viertelstunde lang in Anschlag liegen bleiben u. s. w., desgleichen Abschaffung des Krummschließens und des Dunkelarrests, endlich die Aussicht auf Beförderung zu Offizierstellen für jeden Soldaten, der Befähigung und Neigung dazu hat.“ Wir sehen, daß damals schon die Soldaten nicht „bewaffnete Bedienten der Fürsten“, sondern bewaffnete Bürger zum Schutze der Nation sein wollten.

Commission eine besondere Einladung oder vom Volke da und dort einen besonderen Auftrag erhalten hatten. Diese an und für sich nicht sehr günstige Zusammensetzung wurde dadurch noch verschlechtert, daß Heinrich von Gagern, der allgewaltige hessen-darmstädtische Minister, ganze Massen seiner Creaturen aus der Nachbarschaft nach Frankfurt beförderte, um daselbst seine Pläne zu unterstützen.

Die Siebener-Commission hatte zur Grundlage einer Diskussion im Vorparlament ihre Ansichten in folgendem Programme niedergelegt: I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern. II. Ein Senat der Einzelstaaten. III. Ein Haus des Volks, hervorgehend aus den Urwahlen nach dem Maßstabe von 1 zu 70,000. IV. Competenz des Bundes durch Verzichtleistung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Centralgewalt: 1. **Ein** Heerwesen. 2. **Eine** Vertretung gegenüber dem Auslande. 3. **Ein** System des Handels, der Schifffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, des Maaßes und Gewichtes, der Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen. 4. Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. — Ein Bundesgericht. 5. Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte. V. Der Beschluß der Einberufung der constituirenden Nationalversammlung auf obigen Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden. VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der Nationalversammlung zu betreiben. Wenn von heute an innert 4 Wochen der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt die Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammenberufen.

Hierauf trug Struve der Versammlung das Programm

der republikanischen Partei vor, welches aus der passenden Zusammenstellung der auf den Volksversammlungen von Offenburg, Heidelberg, Freiburg &c. gestellten Forderungen als: Deutsche Föderativrepublik nach dem Muster der nordamerikanischen Vereinigten Staaten, Abschaffung der stehenden Heere, Trennung der Kirche vom Staate und von der Schule, Abschaffung aller Abgaben mit Ausnahme der Zölle und einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer &c. &c. (Siehe oben Seite 25).

Zwei Drittel der Versammlung waren Anhänger des monarchischen, von Gagern inspirirten Programms der Siebener-Commission und hatte die republikanische Minorität einen schweren Stand. Nach einer wirren und ordnungslosen Discussion beschloß die Versammlung auf Eisenmann's Antrag zuvörderst die Berufung einer constituirenden Nationalversammlung zu berathen. Hecker stellte den Antrag, die Versammlung möge nach dem Beispiele der nordamerikanischen bill of rights die Rechte des Volkes feststellen. Man ging jedoch auf diesen Antrag nicht ein, faßte vielmehr nur die folgenden Beschlüsse: „1. Die unmittelbare Einberufung einer constituirenden Versammlung für Deutschland (eines deutschen Verfassungsrathes). Diese Versammlung soll vom ganzen deutschen Volke in Urwahlen erwählt werden, von denen kein würdiger Bürger ausgeschlossen sein soll. 2. In dieser constituirenden Versammlung sollen auch Schleswig und Ost- und Westpreußen vertreten sein. Bei Gelegenheit dieses Punktes werden folgende Unterbeschlüsse gefaßt: a) Die Versammlung erklärt Schleswig als mit Holstein staatsrechtlich und historisch verbunden, und verlangt dessen unverzügliche Aufnahme in den deutschen Bund, wie auch, daß Schleswig-Holstein in der constituiren Versammlung gleich jedem andern Bundesstaate durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten sei. b) Die Versammlung verlangt gleicher Weise

die unmittelbare Einverleibung von Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund. c) Die Versammlung will in Bezug auf die Provinz Posen*) und deren deutsche Einwohnerschaft die Entscheidung für jetzt dahingestellt sein lassen, erklärt aber, daß es die heilige Pflicht Deutschlands sei, die Theilung Polens als ein schreiendes Unrecht zu erklären, und daß Deutschland mit allen Kräften dahin wirken müsse, Polen wieder herzustellen. 3. Die constituirende Versammlung soll nach dem Verhältniß von einem Abgeordneten auf 50,000 Seelen zusammengesetzt werden, jedoch mit der Nebenbestimmung, daß Staaten, welche unter 50,000 Seelen haben, doch einen Abgeordneten senden sollen."

In der zweiten Sitzung vom 1. April wurde als Grundsatz festgestellt, daß es den Regierungen überlassen sein sollte, direkte oder indirekte Wahlen einzuleiten. Ein Antrag Hecker's auf Permanenz der Versammlung wurde verworfen und die Zahl der zu wählenden Ausschußmitglieder auf 50 erhöht. Gegen einen weiteren Beschluß der Versammlung, daß der Bundestag in seiner alten Zusammensetzung und mit Beibehaltung seiner Ausnahmsgesetze die Wahlen zur constituirenden Versammlung einleiten solle, legte die republikanische Partei in der Sitzung vom 2. April Verwahrung ein und verlangte durch Zitz von Mainz: „Bevor der Bundestag die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich derselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen (den Karlsbader, Frankfurter und Wiener) lossagen und die Männer aus seinem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben. Nachdem dieser Antrag

*) In dieser Provinz brach ein Aufstand aus und verlangte dieselbe Trennung von Preußen und Einverleibung in ein selbstständiges Polen.

verworfen worden, zog sich die entschiedenere republikanische Fraktion nach Ueberreichung eines, von 79 Mitgliedern unterzeichneten Protestes aus der Versammlung zurück. Um in Folge dieses Schrittes eine gefährliche Gährung im Volke zu verhüten, erwirkte Präsident Mittermaier vom Bundestag selbst, was das Vorparlament Itz gegenüber verweigert hatte. Am 3. April in der vierten und letzten Sitzung verkündigte Mittermaier officiell die Aufhebung der Ausnahmsbeschlüsse und den Rücktritt der anstößigen Bundestagsgesandten und beschloß außerdem noch die Versammlung auf den Antrag Soiron's, von der Berathung des monarchischen Programms der Siebener-Commission Umgang zu nehmen und die Beschlußfassung über die künftige Verfassung Deutschlands unter Ueberweisung der Programme, also auch des republikanischen, einzig und allein der vom Volke zu berufenden Nationalversammlung zu überlassen. Von Itzstein, Robert Blum und Andern, die nicht ausgetreten waren, hievon unterrichtet, erklärte sich die republikanische Minorität damit zufrieden, trat wieder in die Versammlung und Hecker bestieg die Tribüne mit der Erklärung, daß er und seine Freunde, nachdem nunmehr die Hindernisse beseitigt seien, sich aus Pflichtgefühl für das Vaterland wieder anschlössen, und brachte ein Hoch für das befreite und freie deutsche Volk, in das die Versammlung jubelnd einstimmte.

Vor Schluß der Versammlung wurden noch an die constituirende Versammlung überwiesen: Zaupp's Antrag für eine Erklärung der Rechte des Volkes als Grundlage der künftigen Verfassung Deutschlands (Hecker's ursprünglicher Antrag), der Venedey's auf Schutz der Arbeit gegen Noth und Elend, und derjenige Biedermann's auf ein allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht; beschlossen ward ferner Wuttke's Antrag für allgemeine Volksbewaffnung und Schutz der öf-

lichen Grenzen; der von Jordan, die Auswanderung zur Nationalsache zu erheben und Colonien anzulegen, und der von Rob. Blum, daß den in ihr Vaterland heimkehrenden Polen von Seite der deutschen Regierungen freier Durchzug und Unterstützung gewährt werde.

Der hierauf von der Versammlung erwählte permanente Fünfziger-Ausschuß*), welcher die Ausführung der Beschlüsse

*) Wir geben hier nach der erhaltenen Stimmenzahl dem Range nach die Namen der erwählten Mitglieder und ihrer Ersatzmänner, weil es auch heute noch interessant ist zu wissen, welche Männer vor 28 Jahren in Deutschland momentan am meisten die Geschicke der Nation beeinflußt haben.

Wirkliche Mitglieder: Dr. Wiesner aus Wien (mit 457 Stimmen); von Itzstein aus Mannheim (443 St.); Rob. Blum aus Leipzig (485 St.); Dr. Joh. Jacoby aus Königsberg (396 St.); Kolb aus Speyer (391 St.); Abegg aus Breslau (390 St.); Soiron aus Mannheim (390 St.); Heinrich Simon aus Breslau (388 St.); Schott aus Stuttgart; Murschel aus Stuttgart; Raveaux aus Köln; Spatz aus Frankenthal; Eisenmann von Nürnberg; Schleiden von Rendsburg; Gülich aus Schleswig; Mathy aus Mannheim; Freudentheil aus Hannover; Dietzmann von Koblenz; Graf Bissingen aus Oesterreich; Venedey aus Köln; Schnelle von Schwerin; Simens aus Hannover; Jürgens aus Braunschweig; Zachariä von Göttingen; Wippermann aus Kassel; Lehne aus Rheinhessen; Rüder aus Oldenburg; Biedermann von Leipzig; Hergenhahn von Wiesbaden; Buhl von Ettlingen; Nonne von Hildburghausen; Pierulf von Rostock; Heckscher aus Hamburg; Cetto aus Trier; Duckwitz aus Bremen; Behm aus Lübeck; Schwarzenberg aus Kassel; Brunk aus Rheinhessen; Mappes aus Frankfurt a. M.; Pagenstecher aus Elberfeld; Wilhelmi aus Preußen; Briegleb von Koburg; Blachière von Hanau; von Closen aus Bayern; Baur

des Vorparlaments zu betreiben und bei einem allfälligen Widerstande des Bundestags oder der einen oder andern Regierung das Vorparlament wieder einzuberufen hatte, ernannte Soiron zu seinem Präsidenten und Rob. Blum und

---

von Augsburg; Reh aus Darmstadt; Mack aus Stuttgart; Meyer aus Preußen; Wedemeyer aus Brandenburg und von Wächter, der Kanzler, aus Stuttgart (mit 190 St.); — von Gagern, Präsident, und Bassermann, Vizepräsident des Collegiums der Vertrauensmänner beim Bundestag, wollten nicht gewählt werden.

Als Ersatzmänner (meistens Republikaner): Hecker aus Baden (mit 171 St.); Leue (Rheinpreußen); Schaffrath (Sachsen); Vogt (Gießen); Joseph (Sachsen); Jucho (Frankfurt); Tafel (Württemberg); Leisler (Nassau); Schweikart (Württemberg); Zitz (Rheinhessen); Runge (Mecklenburg); Struve (Baden); Aßmann (Braunschweig); Graf Reichenbach (Schlesien); von Sybel (Marburg); Berendorf (Rheinpreußen); Rödinger (Württemberg); Jul. Meyer (Osnabrück); Hoff (Mannheim); Brentano (Baden); Strecker (Mainz); Rießer (Hamburg); Eisenstuck (Sachsen); d'Ester (Köln); Wurm (Hamburg); Hepp (Rheinbayern); Riedl (Bayern); Wigard (Dresden); Detering (Hannover); Plange (Preußen); Johannes Ronge (Preußen); von Diemar (Württemberg); Hildebrand (Marburg); Peter (Baden); Bürgers (Köln); Schlöffel (Breslau); Pelz (Preußen); Titus (Bayern); Fürst (Posen); Wuttke (Leipzig); Depener (Dessau); Rohl (Preußen); Pelz (Rheinpreußen); Junghans (Baden); Hanstein (Sachsen); Wiedemann (Bayern); Schmitz (Preußen); Pell (Bayern); Christmann (Rheinbayern) und Mohr (Rheinhessen).

Zu der Liste der wirklichen Mitglieder fügte der Ausschuß laut Beschluß des Vorparlaments noch folgende 6 Männer aus Oesterreich hinzu: Andriani, Palatzky, Barth, von Schwarzer, Dr. Schuler und Schuselka.

Abegg zu Vizepräsidenten. Die Zusammensetzung dieses Ausschusses, größtentheils aus constitutionell-monarchisch gesinnten Mitgliedern bestehend, war übrigens eine verfehlte und trug jedenfalls viel dazu bei, daß kurz darauf die Hecker'sche Schilderhebung stattgefunden hat. Nachdem Hecker mit seinen Freunden in der Sitzung des Vorparlaments vom 3. April wieder erschienen war, die Hand der Versöhnung ergriffen und sich einverstanden erklärt hatte, die deutsche Verfassungsfrage, ob Republik oder Monarchie, dem demnächst zusammentretenden Parlamente zu überweisen, dachte er, ebenso wenig wie Struve u. A., an eine Schilderhebung, und hätte das Vorparlament, nach den einfachen Regeln der Klugheit und des Anstandes, beim Volke beliebte Republikaner, namentlich speziell für Baden Männer wie Hecker, Struve und Fidler in den Ausschuß wählen sollen. Durch solchen politischen Fehler des Vorparlaments wurde die Volksgährung gesteigert und Hecker in seinem Unmuthe zu einer unvorbereiteten, wegen der auf das bevorstehende Parlament gesetzten großen Erwartungen noch nicht zeitgemäßen Erhebung hingerissen, welche mißglücken mußte und der Reaktion wieder einen Einfluß verschaffte, der selbst den Gagern, Soiron und Bassermann nicht erwünscht sein konnte.

4. Die Hecker'sche republikanische Schilderhebung.

Wie in den Märztagen fanden auch Anfangs April zu Mannheim, im badischen Oberlande, auf dem Schwarzwalde und im Seekreise wieder Volksversammlungen statt, um gegen den Einmarsch nicht badischer Truppen, welche, wie schon erwähnt worden, unter dem Vorwande eines drohenden französischen Einfalles, aus Württemberg, Hessen, Nassau und Bayern als Bestandtheile des 8. und 9. Armeecorps herangezogen wurden, zu protestiren und abermals durch den Staat

eine vollständigere allgemeine Volksbewaffnung, die auf Gemeindekosten schon in zahlreichen Städten in Ausführung begriffen war, unter Verschmelzung der Linie mit der Bürgerwehr, sowie die Entfernung der Oberkommandanten, Markgrafen Wilhelm und Max, und aller Minister mit Ausnahme des Finanzministers zu verlangen. Die Aufregung war wieder eine große und stieg aufs Höchste, als die Nachricht verbreitet wurde, daß der beliebte Volksmann Fickler — auf der Rückreise von Frankfurt begriffen — den 8. April im Carlsruher Bahnhof von seinem ehemaligen intimen Freunde Mathy, mit Hülfe von Unteroffizieren, verhaftet wurde, von dem Mathy, der als Flüchtling von Fickler unterstützt und später durch Fickler's Bemühung in Constanz zum badischen Landtagsabgeordneten gewählt werden. Mathy beging die Schandthat, welche selbst der anwesende Polizeicommissär auszuführen verweigerte, unter dem Vorwande, daß Fickler ein Landesverräther sei. Fickler antwortete: „Ich bin kein Landesverräther, aber Sie sind ein Volksverräther." Das war Mathy allerdings. Er begab sich hierdurch auf eine niederträchtige Weise in den Dienst der Monarchie, die ihn dafür bald darauf mit der Stellung eines badischen Staatsraths und eines Staatssekretärs des Reichsregenten Johann belohnte.

Die Verhaftung Fickler's, der zuvor auf die Nachricht von Herwegh, daß einige Hunderte bewaffneter deutscher Arbeiter von Paris aus zu Hülfe kommen, den noch unentschlossenen Hecker für eine republikanische Erhebung zu bestimmen gesucht, war für letzteren entscheidend. Er eilte durch's Elsaß und die Schweiz nach Constanz, wo er mit seinem Adjutanten Schöninger den 11. April anlangte. In Folge der früheren, vorbereitenden Schritte Fickler's fanden sich zu gleicher Zeit auch Struve und die militärischen Führer Franz Sigel,*)

*) Sigel, ehemaliger badischer Lieutenant vom vierten,

Aug. Willich,*) Theodor Mögling,**) Doll und Bruhn in Constanz ein.

Was für Hecker zum Losschlagen entscheidend war, nämlich die Verhaftung Fickler's, ist für ihn von größtem Nachtheil gewesen und hätte dieser unglückliche Vorfall eher von einer Erhebung abhalten, statt dazu drängen sollen; denn Fickler war der Mann des Vertrauens im Seekreis und auf dem Schwarzwald und nur er hatte alle Fäden der von ihm eingeleiteten Bewegung in der Hand. Der Augen- und Ohren-

in Mannheim stationirten Infanterieregiment, war ein junger Mann von seltener militärischer Begabung, Energie und Geistesgegenwart. Im badischen Revolutionskriege von 1849, wie man im Verlaufe der nachfolgenden Schilderungen sehen wird, war er zuerst Generalstabs-Chef unter Mieroslawski und zuletzt an dessen Stelle Obergeneral der badischen Revolutionsarmee. Die glänzendste militärische Laufbahn machte er aber im nordamerikanischen Sklavenemanzipationskriege von 1862 an unter Präsident Lincoln, der ihn zur Belohnung mehrerer von ihm geleiteten siegreichen Schlachten zum Major-General (Obergeneral einer ganzen Armee) ernannte.

*) Ehemaliger preußischer Artillerieoffizier, mehr geeignet zum Führer eines Streifcorps in einem Guerillakriege als zu einem Oberbefehlshaber; er brachte es indessen doch im erwähnten nordamerikanischen Kriege, in Folge der Erstürmung eines wichtigen, verschanzten Punktes, bei welcher er an der Spitze seines Regiments (nach europäischem Begriffe gleich einem Bataillon) verwundet worden, zum Range eines Brigadegenerals und zu einer ansehnlichen lebenslänglichen Pension.

**) Ehemaliger würtembergischer Offizier, dann Professor an der landwirthschaftlichen Akademie von Hohenheim und 1849 beim badischen Revolutionskriege in der Schlacht von Waghäusel als Regimentskommandant schwer verwundet.

zeuge Struve schreibt selbst darüber in seiner „Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden“ (Bern, Verlag von Jenni, Sohn 1849) auf Seite 42 und 43, wie folgt:

„Man hatte öffentlich in Volksversammlungen und insgeheim durch Abordnungen und Privatmittheilungen wiederholt davon gesprochen, daß das Volk auf den Ruf seiner Führer wie ein Mann sich erheben würde, daß im Seekreis 40,000, ja 80,000 Mann bereit ständen, in das Feld zu rücken. Jetzt machten wir aber freilich die leidige Erfahrung, daß viele von Denjenigen, welche früher am meisten geschrieen und getrieben haben, sehr kleinlaut geworden waren. Die Verhaftung Fickler's, des Mannes, welcher mehr als irgend ein anderer im Seekreise hätte wirken können, trug allerdings auch ihre schlimmen Früchte. Er hätte am besten die Seinigen ermuntern, die schwankend Gewordenen an ihre früheren Zusagen und Reden erinnern und die Feigen beschämen können. Er besaß eine Orts- und Personenkenntniß im Seekreise, welche Hecker und Struve, den Männern des Unterrheinkreises, gebrach, und besaß ein Vertrauen, welches durch eine Jahre lang fortgesetzte, in unmittelbarem persönlichem Verkehre geübte Thätigkeit erworben worden war, und sich daher nicht leicht auf andere Personen überträgt.“

Hecker und seine Begleiter fanden in Constanz und andern Orten Nichts vorbereitet, waren wegen Abwesenheit Fickler's selbst rathlos und trafen, was das Schlimmste gewesen, bei den einheimischen, bisher republikanisch gesinnten einflußreichen Wortführern, wie z. B. Bürgermeister Hüetlin und Advokat Würth von Constanz, Abgeordneter Welte von Engen, Advokat Grüninger von Donaueschingen 2c., auf entschiedenen Widerstand, indem man ihnen vorhielt, daß ja Hecker selbst unter Hinweisung auf das Vorparlament am 19. März, wo der Zeitpunkt geeigneter gewesen wäre, in Offenburg Fickler von der Proklamirung der Republik abgehalten und daß seitdem

Hecker und Struve in Volksversammlungen und zu Frankfurt im Vorparlament zugestimmt haben, daß die allerdings vom Volke gewünschte Republik dem demnächst zusammentretenden deutschen Parlament zur Beschlußfassung unterbreitet werden solle. Außerdem machte man darauf aufmerksam, daß nicht nur die badischen Truppen wieder unter der Botmäßigkeit ihrer Führer, sondern daß schon württembergische, nassauische und hessische Truppen, denen bayrische auf dem Fuße folgen, bereits ins badische Gebiet eingerückt seien.

Hecker ließ sich indessen nicht entmuthigen, und mit den Worten, daß er von jetzt an deutscher Republikaner und somit Hochverräther sei, forderte er die bewaffneten Jünglinge und Männer auf, vorderhand ihm nach Stockach, das von anrückenden bayrischen Truppen bedroht war, zu ziehen.*) Es folgte seinem Rufe unter Kaiser's Führung eine kleine Schaar von 53 Mann, mit denen er am Morgen des 13. April Constanz verließ und über Wollmatingen, Allensbach und Mahlwies, in welchen drei Orten noch gegen 100 Bewaffnete sich ihm anschlossen, nach Stockach zog. Hier wurde er gut empfangen und als er sich an der Spitze von cirka 400 Mann befand und zahlreiche Versprechen von Zuzug aus den Gemeinden des Seekreises erhalten hatte, glaubte er jetzt, die monarchische Regierung des Seekreises auflösen zu können. Er that dies am 14. April vermittelst eines Dekrets von Stockach aus und ernannte den bisherigen Regierungsdirektor Peter zum Statthalter mit unbeschränkter Vollmacht für

*) Für Hecker war es günstig, daß der in Constanz residirende Regierungsdirektor des Seekreises, Peter, sein alter Freund und Landtagscollege, ihn gewähren ließ und so indirekt die Bevölkerung zu Gunsten Hecker's eher ermuthigte, als abmahnte.

den Seekreis.**) Zu gleicher Zeit wurde von Constanz aus nachstehende Proklamation erlassen:

„An das Volk! Achtzehn Jahrhunderte der Knechtschaft, der Bedrückung und der Erschöpfung ruhen auf dem Volke, welches berufen ist, das Banner der Freiheit voran zu tragen den Völkern der Erde — es ist das deutsche Volk. Aber das Buch der Geschichte ist heute aufgeschlagen und auf seine goldenen Blätter wird es nach achtzehn Jahrhunderten der Schmach mit tapferem Arme einschreiben Befreiung und Erlösung aus der Knechtschaft seiner Pharaonen, wird es einschreiben die Namen Derer, die aus der Hütte und der Wohnung des Glückes erstanden sind, mit dem Schwerte den Kindern und den Enkeln die Bürgerfreiheit zu erkämpfen, damit sie auf befreiter deutscher Erde in Wohlstand und Friede dessen sich erfreuen, was ihre Väter erkämpft. Ihr habt Hunderte von Schlachten geschlagen und Eure besten Kinder geopfert fürstlicher Laune und Erbstreitigkeiten, die Euch verhandelten wie Waare. — Ihr werdet nun kämpfen für Euch, Euern Herd und Eurer Kinder Freiheit. Ihr habt gearbeitet im Schweiße Eures Angesichts und die Sorge mit Euch getragen Tag und Nacht, und gewacht über Eurem verpfändeten Gute, während fürstliche Maitressen, lüderliche Hofschranzen und in Nichtsthun versunkenes Fürstenvolk mit frechem Hohn an Euern, in Lumpen gehüllten Kindern vorüberschritten, oder sie zu Werkzeugen und Spielzeugen ihrer Laune herabwür-

*) In der That nahm Peter die Statthalterschaft den 17. April an, jedoch unter mancherlei Bedenken und Förmlichkeiten und nach vorgängiger Berathung mit den übrigen Mitgliedern des großherzoglichen Regierungskollegiums. — Von politischen Folgen war diese Annahme jedoch nicht, da Peter ausdrücklich nur unter Hinweisung auf den gegen ihn verübten Zwang die Stelle antrat.

digten. — Ihr wollt und werdet von heute an für Euch arbeiten und die Früchte Eures Schweißes mit dem Bewußtsein des Evangeliums genießen: „Der Arbeiter ist seines Lohnes werth.“ Ihr werdet nicht ferner, wenn Ihr Recht sucht, vor den Thüren reichbezahlter Wohldiener und Hofknechte vergeblich nach Recht und Gerechtigkeit suchen, sondern in freier Genossenschaft richten über Mein und Dein. Ihr braucht keine hochbezahlten Beamten, bestechliche Richter und ihren ganzen Troß von Bütteln und Schergen, Ihr könnet selbst Ordnung halten, sowie in Euerm Hause, in Eurer Gemeinde und Eurem Kreise. Ueberschlagt die Millionen und Aber-Millionen, die Ihr an Fürsten- und Schreibervolk aus der zitternden Hand Euch abgepreßt sahet und fraget Euch, ob Ihr wohlfeil oder gut regiert waret und ob Ihr nicht besser und glücklicher für Euch und Weib und Kind Eure Wirthschaft und Eurer Mitbürger Wohl fördern könntet. Ja, sagt man Euch, ein Parlament, ein deutscher Kaiser wird Euch helfen. Ein deutscher Kaiser mit seinem Hofstaat und Glanze, mit seinen Ministern und einem Parlamente, alle bezahlt mit Millionen über Millionen, geschöpft aus der reichen Quelle des Bauernschweißes, der Arbeitsnoth und des Handelsbetrugs. — Wollt ihr Thoren sein und Euch abermals betrügen lassen? — Es gibt nur ein Wort, es gibt nur ein Staat, es gibt nur ein Recht, das gleiche Recht Aller, es gehe auf in dem Einen — **deutsche Republik.** Dorten in dem glücklichen Freistaat, wo Alle berathen und beschließen, wo das Volk sich seine Gesetze selbst gibt, wo nicht Pensionen und bezahlte Hofdiener in glänzendem Müßiggange die Thränen und Sorgen des Landmannes und Städtebürgers verprassen; wo nicht Fürsten und Höflinge verjubeln in einer Nacht, was tausend Arbeitstage des Volkes errungen; dorten, wo Der verantwortlich ist und gerichtet wird über seine Thaten, den Ihr berufet als Ersten der

Bürger für die Zeit Eurer Wahl, die Angelegenheiten des Volkes zu verwalten; dorten, wo Ihr die Richter und Verwaltungsbeamten aus Eurer Mitte erwählt, ohne Entgeld und Pension — im **Freistaat** allein werdet Ihr froh Eures Tagwerks und der Heimkehr in Eure Familie. Und wenn Ihr zweifelt, blickt hin nach den vielen Millionen Amerikaner, blickt hin nach dem Präsidenten, der eines Volkes Beschlüsse vollzieht, das in der That mächtiger ist, als Deutschlands 40 Millionen, das Euch im verwichenen Jahre vom Hungertode errettete, dies Volk bezahlt seinen Präsidenten mit jährlich 50,000 Gulden; anstatt Milliarden Staatsschulden und unerschwinglichen Staatssteuern, wie sie die deutschen Fürsten erpressen, Reichthum und Ueberfluß — es herrscht Selbstregierung des Volkes. Könnt Ihr noch zweifeln, könnt Ihr noch wählen zwischen der Ruhe des Sklaven und dem Kampfe, der eine hellere und bessere Zukunft herausführt? Nein, nein, Ihr greift zum Schwerte, Ihr schlagt Eure Dränger, Ihr verjagt sie von der heiligen Erde, von dem geschändeten Eigenthum eines großen, herrlichen Volkes; Ihr wißt zu kämpfen, zu siegen, zu sterben unter der Fahne der **deutschen Republik.** Und wenn einst der Greis, der gestritten hat für die Befreiung seines Volkes, seinen Nachkommen wird erzählen von der gedrückten Vergangenheit, und wenn kein Fürst und kein Fürstenknecht den Boden entweihen wird, auf dem die Arbeit lohnt und der Segen sprießt und des freien Mannes Herz frei schlagen darf, dann wird man auch erzählen und sagen von Euch von Geschlecht zu Geschlecht, die Ihr zuerst das Panier erhoben, das Schwert gezogen und gewallfahrt seid zur Befreiung Eures Vaterlandes und zuerst den Ruf erschallen ließet: „**Sieg und Tod für die deutsche Republik!**“ Constanz im April 1848. Der provisorische Volksausschuß!“

In Uebereinstimmung mit den militärischen Führern war

es Hecker's Plan, in Donaueschingen das Hauptquartier aufzuschlagen, dort die Zuzüge aus dem Seekreise und einem Theile des Schwarzwaldes zu sammeln und zu organisiren und von da aus in vier getrennten Colonnen durch das Rheinthal, Wiesenthal, Höllenthal und Kinzigthal nach Freiburg und Offenburg hinabzusteigen. Hiezu wurden schon von Constanz aus die betreffenden Ordres in die Gemeinden gesandt und Struve beauftragt, mit Schöninger nach Donaueschingen vorauszueilen; als aber Hecker von Stockach aus mit seiner, in jedem durchpassirten Orte sich vergrößernden Schaar über Eigeltingen, wo zwei kleine eiserne Kanonen mit Munition in Empfang genommen wurden, Engen und Gaisingen sich Donaueschingen näherte, kam ihm Struve in Begleitung von circa 200 Mann Volkswehr aus Donaueschingen, Füzen, Villingen &c. mit der Nachricht entgegen, daß mehrere tausend Mann württembergischer Truppen unter General Miller bereits in Donaueschingen eingezogen und Detachements zur Besetzung des Höllen- und Kinzigthales vorgerückt seien. Der Plan mußte also geändert werden. Es wurde beschlossen, unter dem militärischen Oberbefehl Willich's über Pfohren, Riedböhringen, Stühlingen, Bonndorf, Bernau, St. Blasien nach Todtnau zu ziehen und daselbst zu verbleiben, bis Sigel, der zur Abholung von nachträglich bei günstigerer Stimmung versprochenen beträchtlichen Zuzügen nach Constanz geeilt war, und Weishaar von Lottstetten, welcher ein wohl ausgerüstetes und einexerzirtes Corps von 600 Mann zur Verfügung hatte, ebenfalls mit ihren Verstärkungen angekommen waren. Der Marsch war bei Sturm, Regen und Kälte ein mühevoller und verleitete manchen Freischärler zum Desertiren. In Bonndorf ersuchte ein Bote Weißhaar's Hecker, auf den andern Tag zu einer von Weißhaar für den ganzen Bezirk angeordneten, bewaffneten Volksversammlung nach Griesen zur Aufmunterung

für neuen Zuzug zu kommen; Hecker sandte statt seiner Struve und zog weiter. In **Bernau** stellten sich ihm **Venedey** und **Spatz** als Abgesandte des Fünfziger-Ausschusses vor und baten ihn unter Garantie einer Amnestie, vom Unternehmen abzustehen. Hecker lehnte trotzig ab, bot aber im Namen des deutschen Volkes den 34 Bedrückern Amnestie an, für den Fall, daß sie binnen 14 Tagen der unrechtmäßigen Herrschaft entsagen und das Volk in sein angestammtes Recht einsetzen wollten. Bis jetzt wurden die Kosten und Ausrüstungen des Zuges aus den Taschen der Theilnehmer selbst bestritten, und erst in **St. Blasien** entschloß sich Hecker, den Kriegsgebrauch zu befolgen, und ließ aus der vorhandenen Waffenfabrik 17 Stück Gewehre und 900 Gulden aus der Obereinnehmerei wegnehmen. Statt, wie verabredet, von St. Blasien direkt nach Todtnau zu marschiren und dorten zu rasten, bis Sigel und Weißhaar angekommen, ließ sich Hecker von dem unpraktischen Willich verleiten, mit seiner kleinen, theilweise nur mit Sensen bewaffneten Schaar von 800 Mann am 18. April von St. Blasien aus rasch über Präg ins Wiesenthal hinunter nach Schönau, Zell, Schopfheim und Steinen zu rücken, und dies am gleichen Tage (den 18. April), wo Sigel und Weißhaar mit ihren Corps schon in Thiengen angekommen, also nur noch einen Tagmarsch von Hecker entfernt waren. Außer den 600 Mann Weißhaar's musterte Sigel in Thiengen 2000 Mann, darunter 100 treffliche Constanzer Schützen unter Dr. **Vanotti** und **Katzenmaier** und eine halbe, von ehemaligen Artilleristen bediente und vom früheren Artilleriewachtmeister **Kuenzer** kommandirte Constanzer Dreipfünder-Batterie. Sigel würde mit den in Todtnau vereinigten Corps (dem von ihm zugeführten und in Thiengen gemusterten und demjenigen von Hecker und Weißhaar) mit einiger Aussicht auf Erfolg entweder dem gegen das Wiesenthal über Kandern

anrückenden, von dem General Friedrich von Gagern*) geführten Feinde (ein hessisches Infanterieregiment, eine badische Batterie und eine badische Schwadron Dragoner) entgegengezogen oder wahrscheinlicher direkt von Todtnau auf dem kürzesten vom Feinde noch unbesetzten Wege über Muggenbrunn, die Halde, Hofsgrund, Giesshübel, Horben und Günthersthal nach Freiburg, wohin auf den 23. April eine bewaffnete Volksversammlung ausgeschrieben war, vorgedrungen sein. Statt dessen kam nur Sigel am 20. April mit seinem Corps nach Todtnau, während Weißhaar sich von Struve, der von Griesen an sein Begleiter geblieben, bestimmen ließ, statt zum Sammelplatz Todtnau abzumarschiren, ins untere Wiesenthal gegen Steinen zu über Kadelburg, Kleinlaufenburg, Säckingen, Nellingen und Lörrach einzurücken. Von Steinen aus mit Umgebung Lörrachs, das verlangte Hülfe ablehnte, am gleichen Tage, wo Sigel in Todtnau und Weißhaar in Lörrach eintrafen, also am 20. April, stieß Hecker dagegen in der Nähe von Kandern auf das oben schon erwähnte feindliche, von General von Gagern kommandirte Corps. Was nun hier sich zugetragen, entnehmen wir aus Hecker's eigener Schrift: „Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik, im Frühjahr 1848 von Dr. Fr. Hecker. Mit Beiträgen von Mögling, Sigel und Kaiser. Basel 1848, Verlag von J. C. Schabelitz."

„Am Gründonnerstag, den 20. April, setzte sich das kleine Freiheitsheer (circa 1000 Mann) um 8 Uhr Morgens von Kandern aus in Bewegung, als das Anrücken der feindlichen Truppen bereits gemeldet worden war. Kaiser und Doll blieben mit der Nachhut und den 2 kleinen eisernen Kanonen noch im Orte zurück. Mit Mühe erlangte der letztere von der ungünstig gestimmten Bürgerschaft die zur Bespannung der

*) Ein Bruder des hessischen Staatsministers und späteren Präsidenten des deutschen Parlaments, Heinrich von Gagern.

Kanonen und des Gepäckwagens erforderlichen Pferde. Hecker, Willich, Mögling und Bruhn waren mit dem Hauptcorps bereits vorangezogen. Während Kaiser und Doll mit der Nachhut noch in Kandern verweilten, traf der großherzoglich badische Regierungskommissär Stephani mit einem hessischen Trompeter daselbst ein und verlangte Hecker zu sprechen. Als ihm Kaiser erwiederte, derselbe sei bereits vorausgezogen, fragte der fürstliche Diener, ob er zu den anwesenden Truppen sprechen dürfe, was ihm Kaiser gestattete. Er forderte diese sodann auf, die Waffen niederzulegen, stellte ihnen vor, sie seien zum Aufruhr verführt worden und dem Gesetze verfallen, und verlas die Aufruhrakte. Seiner Aufforderung, die Waffen niederzulegen, wurde jedoch ein einstimmiges „Nein" entgegengesetzt. Mittlerweile hatte Willich die Anhöhen, welche zu beiden Seiten der Straße hinter Kandern liegen, sowie die Straße selbst besetzt. Kaiser und Doll zogen langsamen Schrittes mit dem Nachtrabe, den beiden Kanonen und dem Gepäckwagen dem Hauptcorps nach. Der Feind folgte ihnen in einer Entfernung von etwa 120 Schritten. Hecker stand bei einem Fähnlein am Berge, als ihm zugerufen wurde, Gagern wünsche ihn zu sprechen. Er begab sich demzufolge auf die Straße, woselbst ihm ein badischer Cavallerielieutenant entgegen kam und diese Mittheilung wiederholte.

Hecker stieg, begleitet von Willich, Mögling, Kaiser und einigen Adjutanten, den Weg hinab und traf auf der Mitte einer vor der Stadt Kandern befindlichen Brücke mit Gagern zusammen, woselbst dieser in rauher Weise ihn mit den Worten anredete; „Sie (d. h. die Republikaner) müssen die Waffen niederlegen." Als Hecker diese Zumuthung ablehnte, fuhr Gagern fort: „Sie sind ein gescheidter Mann, aber ein Fanatiker." Hecker erwiederte: „Wenn die Hingebung für die Befreiung eines großen Volkes Fanatismus ist, so mögen Sie diese Handlungsweise also bezeichnen. Dann gibt es aber auch einen Fanatismus auf der andern Seite, dem S i e

dienen. Uebrigens bin ich nicht hier, um hierüber zu streiten, sondern frage, ob Sie mir sonst etwas mitzutheilen haben." Hierauf entgegnete Gagern: „So werde ich mit aller Strenge sogleich einschreiten. Wir werden Ihnen auf den Fersen folgen." Hecker erwiederte: „Und wir werden einem Angriffe zu begegnen wissen; übrigens werden Sie uns (die zur Besprechung herbeigekommenen Anführer) zuvor zu unserm Corps zurückkehren lassen." Gagern antwortete: „Allerdings." Nach diesem Zwiegespräche rief ein badischer Stabsoffizier (wahrscheinlich Kunz mit Namen) Hecker noch zu: „Ich beschwöre Sie, stehen Sie ab," worauf Hecker und seine Begleiter in ihre Reihen zurückkehrten, welche sogleich ihre, der Artillerie etwas blosgegebene Stellung räumten, und langsam die Bergstraße hinaufzogen, fast eine Stunde lang nur durch einen Zwischenraum von hundert Schritten von den Hessen getrennt.

Auf der Höhe des Passes, Scheidegg genannt, angekommen, machten die Republikaner Halt, worauf die fürstlichen Soldaten gleichfalls Halt machten. Willich ordnete sofort die Stellung seiner Schaaren. Ein Fähnlein wurde rechts auf der Straße (von Kandern aus gedacht), ein Fähnlein links, ein drittes quer über die Straße mit den 2 Kanonen aufgestellt. Weiter rechts am Waldrande wurden sämmtlich Sensenmänner, hinter dem ersten Fähnlein rechts von der Straße im Gebüsch die Reserve und zu beiden Seiten der Bergabhänge die Scharfschützen postirt. Kaiser befand sich am rechten Ende des linken Flügels, den er zu befehligen hatte, fast in der Mitte der Schlachtordnung, gerade dem Punkte gegenüber, wo die Straße auf der Höhe des Passes in ein, etwa hundert Schritte im Umfang messendes, freies Plateau mündete. Kaum waren diese Stellungen eingenommen, als schon die Hessen in dichten Reihen gegen den freien Platz vorzudringen begannen, wo Willich ihrem Offizier Halt gebot.

Eine minutenlange Stille erfolgte; Kaiser trat vor und rief, bis auf wenige Schritte sich den feindlichen Reihen nähernd, den fürstlichen Soldaten zu: „Schießet nicht auf Eure Brüder! schießet nicht! wir wollen ja das Gleiche, was Eure Väter und Brüder wollen; Ihr würdet noch als Greise Euch die grauen Haare verzweifelnd ausraufen." In diesen Zuruf stimmten die Republikaner in Masse ein. Einzelne Männer traten gleich Kaiser aus den Reihen vor, schwenkten die Mützen oder Hüte, streckten die Hände aus und gaben durch alle erdenklichen Zeichen zu erkennen, daß sie freundliche Gesinnungen hegten. Bereits begann der rechte Flügel der fürstlichen Truppen zu schwanken und in Bewegung zu gerathen. Aus den vordern Reihen der Hessen traten acht bis zehn Soldaten offenbar in der Absicht friedlicher Begegnung hervor. Als Gagern dies bemerkte, drängte er sich zu Fuß durch die Truppen auf den freien Platz vor. Einige Oberoffiziere folgten ihm. Die Soldaten traten auf seinen Zuruf in die Reihen zurück. Sofort stieg Gagern zu Pferd und rief: „Freiwillige und Unteroffiziere vor!" worauf auf beiden Flanken der fürstlichen Truppen neue Mannschaft vorrückte, welche, von einem badischen Stabsoffizier geführt, die Artillerie der Republikaner mit gefälltem Bajonett angriff. Die Republikaner fällten nun ebenfalls das Bajonett, ohne daß es jedoch sofort zu einem ernstlichen Kampfe gekommen wäre. Der Offizier nur hieb wild mit dem Säbel gegen die Artilleristen ein. Noch einmal riefen die Republikaner: „Brüder!" Mit rauher, vor Leidenschaft bebender Stimme rief Gagern diesen aber zu: „Gesindel seid ihr! Blut soll fließen!" Zugleich schoß er seine Pistole gegen das Centrum der Republikaner ab, wiederholtes Feuer-Commando ertönte in den hessischen Reihen. Im zweiten oder dritten Gliede der hessischen Soldaten, auf deren linken Flanke Gagern sich mit geschwungenem Säbel zurückzuziehen begann, fiel ein Schuß. Nun erst gaben auch die

4

Republikaner Feuer. Fast gleichzeitig mit dem badischen Offizier, welcher das Centrum der Republikaner angriff, vor dem Fähnlein der Constanzer Musketiere, an der Spitze seiner Leute, fiel General von Gagern,*) den Säbel in der Hand. Die Hessen zogen sich hierauf momentan auf dieser Stelle zurück, so daß die Leiche Gagern's einige Zeit in den Händen der Republikaner war, welche ihm den Säbel und die Pistole, nicht aber die Uhr abgenommen haben. Die Schützen des Freiheitsheeres und die Constanzer Musketiere feuerten unausgesetzt auf den Feind, als die Sensenmänner, welche im Vordertreffen den linken Flügel bildeten,**) Unordnung in die Reihen der Republikaner brachten, indem sie in Verwirrung entflohen und mit sich auf die Flucht fortrissen, was noch Stand hielt."

Aus vorstehender Schilderung geht hervor, daß die Hessen sich zu einem ernstlichen Angriff nur mit Widerstreben drängen ließen und daß die Republikaner wahrscheinlich gegen diese wenigstens gesiegt haben würden, wenn sie nach dem Plane Sigel's sich zuvor mit ihren verschiedenen Corps vereinigt und unter der intelligenteren Leitung Sigel's angegriffen hätten.

Es läßt sich denken, daß die Kunde von dem fluchtartigen Rückzuge und der nachträglich erfolgten völligen Auflösung der Hecker'schen Schaar äußerst entmuthigend auf die übrigen Colonnen unter Sigel und Weißhaar einwirken mußten; das Schlimmste war aber, daß Hecker, statt durch das vom Feinde noch unbesetzte Wiesenthal nach Todtnau zum Hauptcorps unter Sigel zu eilen, sich direkt von der Scheidegg mit Willich und Kaiser in die Schweiz geflüchtet hat; denn auf

*) Die Reaktion bezeichnet Gagern's Tod als einen Meuchelmord und wurde dies selbst von Liberalen lange Zeit geglaubt.

**) Vom unpraktischen Willich allerdings falsch postirt.

diese Weise fehlte es am politischen Führer, für den man sich erhoben, und war eine Fortsetzung des Kampfes beinahe zwecklos oder jedenfalls von bedeutend geringerer Aussicht auf Erfolg.

Den 21. April stießen die monarchischen, nunmehr an Gagern's Stelle vom badischen Obersten von Hinkeldey kommandirten Truppen im Wiesenthal bei Steinen auf die von Lörrach gekommene Colonne von Weißhaar und Struve, die aber schon nach einigen gewechselten Flintenschüssen ebenfalls auseinanderstob. Weißhaar eilte ebenfalls in die Schweiz und auch Struve wollte es thun, wurde aber in Säckingen mit seinen zwei Begleitern Tiedemann und Knöpfle von badischen Gensdarmen und Zollwächtern auf der Rheinbrücke verhaftet, und sollte an heranrückende württembergische Reiterei ausgeliefert werden, wurde aber des andern Tages wieder freigegeben und zwar in Folge einer Kriegslist Mögling's, der sagen ließ, daß er mit einem starken Corps erscheinen, Struve gewaltsam befreien und die Stadt zur Züchtigung brandschatzen werde. Struve ging nach dem schweizerischen Stein und Mögling schloß sich an Doll an, dem es gelungen war, von der Hecker'schen Schaar 50 Mann zusammen zu halten und mit diesen und den zwei kleinen eisernen Kanonen zu Sigel zu stoßen. Auch der gerade aus der Schweiz mit circa 30 Schützen angekommene Joh. Phil. Becker*) konnte Sigel's Hauptquartier noch erreichen. Das von Müller aus Grenzach und Neff aus Rümingen in Rollingen organisirte, gegen 1000 Mann starke neue Corps löste sich gleichfalls auf. Nur Sigel war bei seiner Energie und Beliebtheit im Stande, sein beträchtliches, in 5 Banner nebst einer Elitekompagnie von 200 Scharfschützen,

*) Von dem wackeren Becker und seiner nachherigen hervorragenden Stellung später mehr.

eingetheilte Corps größtentheils vor Auflösung zu bewahren. Sein früherer Plan, schon den 22. April, am Tage der angesagten Volksversammlung in Freiburg einzurücken, ward freilich durch die Nachricht von dem Mißgeschick des Heckerzuges vereitelt. Im Glauben, daß Hecker noch im Wiesenthal sich befinde, sandte er auf 40 Wagen 600 Mann zu seiner Hülfe und rückte mit seinem ganzen Corps im Eilmarsch bis Schopfheim, in der Absicht, Hinkeldey anzugreifen, die zersprengten Leute Hecker's, Weißhaar's ꝛc. wieder zu sammeln und dann doch noch mit Hecker nach Freiburg zu ziehen: Hinkeldey hatte sich aber von Steinen in der Richtung von Basel nach Lörrach gewandt und in Schopfheim erst erfuhr Sigel, daß Hecker, nach der Schweiz geflüchtet, die Sache aufgegeben habe. Dadurch sind für Sigel zwei kostbare Tage verloren gegangen; nichts desto weniger verharrte er bei seinem früheren Entschluß, sandte einen Eilboten zur Abholung von Hecker und Struve und trat über Zell, Schönau und Todtnau den Marsch nach Freiburg an. Sigel gab der Avantgarde Befehl, für den Fall, daß sie zwischen Günthersthal und Freiburg auf feindliche Truppen stoße, sich in kein Gefecht einzulassen, bis er selbst mit der Reserve angekommen; die Avantgarde aber unter Dr. Banotti und Stephani mit dem ersten Banner, der halben Batterie und den Sensenmännern des Hauptcorps unter Kuenzer, bei welchem Struve*) den 23. April Mittags in Horben eingetroffen war, ließ sich dennoch vor dem sogenannten S t e r n e n w a l d e — halbwegs von Freiburg nach Günthersthal — den 23. April (Ostertag) gegen 4 Uhr mit dem Feinde in ein Gefecht ein, wurde nach einstündigem Kampfe durch ein mörderisches Kartätschenfeuer und durch die abermaligen Fehler, die Sensenmänner in's Vordertreffen gestellt zu haben, in Unordnung gebracht und

*) Hecker blieb in der Schweiz.

in theilweiser Auflösung bis hinter Güntersthal zurückgetrieben, als kurz vor Nacht plötzlich Sigel mit einem Banner erschien, sich dem Feinde in die Flanke warf und denselben bis Freiburg zurückdrängte. Von den, vor seiner Ankunft zersprengten Leuten konnte er den andern Tag in Horben einen Theil wieder zusammenbringen und mit denselben bis zum Schwabenthor vordringen, das Freiburger Sendlinge noch offen erklärten, das aber Sigel schon vom Feinde, der ein Kartätschenfeuer eröffnete, besetzt fand, so daß es ihm nur mit einigen Schützen unter Mögling gelang, auf Umwegen über den Schloßberg in die Stadt zu dringen, in welcher — Samstag den 22. von der Volksversammlung dazu ernannt — der Student Langsdorf*) den Oberbefehl führte, aber nur über circa 1200 Mann — darunter neun übergelaufene Soldaten vom zweiten badischen Regiment — gebot, da die Freiburger Einwohnerschaft zufolge eines Gemeindeversammlungsbeschlusses sich größtentheils**) neutral verhielt und von den, am 22. April, wo noch wenige Truppen in der Nähe waren, zur Volksversammlung erschienenen 4000 Bewaffneten, wegen Nichtanwesenheit von Hecker und anderen bekannten Volksmännern, die meisten sich schon am gleichen Tage oder an dem darauf folgenden Ostertage verliefen. Am Ostersonntag Nachmittag, während des Gefechtes am Sternenwalde, bemächtigte sich Langsdorf im Rathhause gewaltsam mit 30 Mann der städtischen Kanonen (vier Sechspfünder), für welche sich jedoch nur wenige Kugeln vorfanden, so daß man des andern

*) Da Langsdorf vom Münsterthurm aus die Bewegungen des Feindes beobachtete und darnach seine Befehle ertheilte, hieß er im Volksmunde der „Münsterthurmgeneral".

**) Der radikalere Theil mit Rotteck und Emmerling an der Spitze betheiligte sich.

Tages während des Kampfes zu Kettenstücken Zuflucht nehmen mußte. In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurden Barrikaden an den Thoren errichtet, an dreien und in der Jesuitengasse ebenfalls an einer großen Barrikade die Kanonen postirt, Pulvervorräthe aufgesucht und Patronen für Flinten und Kanonen angefertigt. Erst von Sonntag Mittag an häuften sich die Truppen — das zweite und vierte badische Infanterieregiment, ein hessisches Regiment, zwei nassauische Bataillone, badische und württembergische Reiterei und badische und hessische Artillerie, im Ganzen circa 8000 Mann — um die Stadt herum. Der Kampf begann Montag den 24. Morgens. Die Barrikade an der Jesuitengasse hielt sich zwei Stunden gegen ein Bataillon Nassauer. Am Zähringer Thor wurde ein anderes Nassauer Bataillon dreimal zurückgeworfen. Am Breisacher Thor hielten die im Thurme und in den angebauten Nebenhäusern postirten Schützen zwei Bataillone mit Geschütz versehene Hessen so lange in gehöriger Entfernung, bis die Badenser durch's Predigerthor und die Nassauer durch die Jesuitengasse eindringen konnten. Das Schwabenthor erzwang sich der Feind (Badenser), von einer auf dem anstoßenden Schloßberg placirten Kanone belästigt, erst, als die Republikaner in allen Stadttheilen unterlegen waren. In der darauf folgenden Nacht entkamen die Führer, darunter die nur einige Stunden zuvor angekommenen Sigel und Mögling, nur unter großen Gefahren. Hier fand Hecker's Schilderhebung, dieser in der deutschen Geschichte zum ersten Male stattgefundene und in seinen Nachwirkungen bedeutsame Versuch zur Einführung der Republik, ihren Abschluß.

Wir haben nun noch zum Schluß die Episode über das Schicksal von Herwegh's deutscher Arbeiterlegion, sowie über einige andere, in Folge und während des Hecker-Zuges da und dort in Baden isolirt vorgekommene Bewegungen zu

berichten. Herwegh und dessen Frau*) verließen Paris unter dem Jubel der Bevölkerung am 24. März mit in drei Colonnen abgetheilten, von deutschen Literaten und ehemaligen deutschen Offizieren befehligten, deutschen Arbeitern und langten nach 22tägigem Marsche in Straßburg an, von wo sie aber auf Befehl des Präfekten schon nach einer Nacht Rastzeit wieder abziehen mußten. Sie begaben sich nach Hüningen im obern Elsaß am Rhein gegenüber der badischen, mit großen Zollgebäuden versehenen Schusterinsel. Ihre Bewaffnung stieß auf Schwierigkeiten und konnte nie vollständig, höchstens für die Hälfte der Mannschaft, ausgeführt werden.

Trotz Hecker's Niederlage versuchten sie, zu Sigel zu stoßen, und in der Nacht vom 23. auf den 24. April gelang es ihnen, noch circa 500 an der Zahl, bei Krembs zu landen. Sie marschirten nach Wieden und von da, als sie Sigel's Mißerfolg und Freiburg's Besitznahme durch fürstliche Truppen erfahren hatten, durch tiefen Schnee über den Belchen nach Zell im Wiesenthal. In der Absicht, sich so rasch wie möglich auf das neutrale Gebiet der Schweiz zu begeben und den in der Nähe befindlichen württembergischen Truppen auszuweichen, verließen sie, obwohl noch nicht von den Strapazen hergestellt, Zell und gelangten auf 16stündigem Umweg nach Nieder-Dossenbach, wo sie den 27. April Vormittags anlangten. Hier war wiederum kein Verbleiben zur gehörigen Stillung ihres Hungers. Kaum abgezogen, wurden sie von einer starken württembergischen Colonne eingeholt. Die Nachhut unter dem ehemaligen preußischen Offiziere Rheinhardt-Schimmelpfennig aus Trier setzte sich tapfer zur Wehr; als aber dieser, sowie Mußacker aus Berlin und Advokat Orde-

*) Auch Struve hatte die Manie, seine Frau stets mit sich zu führen, was manchmal störend auf den Abmarsch einwirkte oder auf die Wehrmänner keinen günstigen Eindruck machte.

mann aus Oldenburg — mit ihren Fähnlein zur Unterstützung herbeigeeilt — gefallen waren, hielt die Mannschaft nicht mehr Stand, und nun ordnete der württembergische Commandant auf die Fliehenden, welche ihre Waffen weggeworfen hatten, eine wahre Hetzjagd an. Zu Dutzenden wurden sie unbarmherzig hingeschlachtet*) und schließlich noch viele gefangen; darunter die Führer Adalbert von Bornstedt**) aus Stendal, Otto, ehemaliger preußischer Offizier aus Münster, Literat Hinsen aus Posen, Karl von der Embden aus Kiel, Arzt Rode aus Stollberg und Greve aus Mannheim Herwegh und seine Frau entkamen in Bauerntracht mit knapper Noth bei Rheinfelden nach der Schweiz.

Auch auf der badischen Schusterinsel bei Hüningen sammelten sich noch von den aufgelösten Schaaren Hecker's und Weißhaar's

---

*) So grausam handelte Hinkeldey nicht. Weder bei Kandern noch bei Steinen verfolgte er die Fliehenden. Auch in Freiburg beließ man das Leben denjenigen, welche sich nicht zur Wehr setzten.

**) Wie die Gefangenen behandelt wurden, geht aus einem Schreiben hervor, das er im Namen von 450 Mitgefangenen an die „Oberrheinische Zeitung“ aus dem Zellengefängniß von Bruchsal gesandt. Er sagt darin: „Die Zellen sind unreinlich, die Luft läßt man verpesten, Tische, Stühle und Bänke müssen die Gefangenen entbehren, selbst den Literaten wird kein Schreibzeug gestattet, Viele mußten 3 Wochen lang auf Stroh ohne Decken, auf Steinboden oder auf bloßer Erde schlafen. In Zellen von zehn Schuh Länge und sieben Schuh Breite sind drei, vier und mehr Personen eingesperrt. Das Geld der Gefangenen ließ die Regierung als Beute unter die Soldaten vertheilen. Die Speisen müssen die Gefangenen mit den Fingern essen. Nach einem Monat Haft war noch kein Gefangener verhört worden. Später ist Bornstedt in Folge der Behandlung im Gefängnisse irrsinnig geworden.

einige Hundert unter dem Kommando von Willich. Zu ihnen gesellten sich deutsche Arbeiter aus der Schweiz. Auch Karl Heinzen, der bisher in Amerika eine Zeitung, „die Schnellpost", herausgegeben, erschien bei ihnen. Als man badischer Seits Militär mit 2 Kanonen gegen sie aufstellte, verschanzten sie sich sogar: nach der Niederlage in Freiburg hatte ihr Verbleiben jedoch keinen Zweck mehr und ließen sie sich von der französischen Regierung nach dem Innern Frankreichs, hauptsächlich unter dem Commando Willich's, nach Besançon gegen einen Sold von 50 Centimes per Tag instradiren.

In Offenburg existirte eine Nacht lang die Republik mit den Studenten Franz Volk*) und Karl Schaible, den Bürgern Ronn, Bührer, Rerlinger, Jos. Bühler &c. an der Spitze, wurde aber in Folge einer allgemeinen Bürgerversammlung den 19. April wieder abgeschafft. Die hierauf bezügliche Erklärung der Offenburger Stadtbehörden drückt durchaus die Stimmung und Gesinnungen, welche damals in allen Orten Baden's mit Ausnahme der Residenzstadt Carlsruhe herrschten, aus; wir reproduziren daher, wie folgt, das interessante Aktenstück: „In diesen mächtig bewegten Zeiten bringt jeder Tag neue Ereignisse, erzeugt jede Stunde neue Bedürfnisse. Das politische Leben dringt aller Orten mit größerer oder geringerer Kraft auf freie, republikanische Gestaltung. Die Aufregung im Seekreise pflanzt sich fort und fort durch die Gauen unseres Vaterlandes. Die Theilnahme am Schicksale der Bestrebungen der beiden Volksmänner Hecker und Struve erhält sich beständig wach und ihre Ideen finden einen stets größeren Kreis von Anhängern. Dieses und der unerwartete Schritt eines größeren Theiles unserer hiesigen Bürgerschaft in verflossener Nacht drängt uns heute zu der

*) Jetzt, noch von den gleichen Gesinnungen beseelt, Bürgermeister daselbst.

offenen Erklärung: Offenburg gehört zu den Städten des Landes, wo sich kräftige Sympathien für die republikanische Staatsform im größten Theile seiner Einwohner finden. Offenburg will dieses hiemit aussprechen, ohne übrigens darauf einzugehen, sogleich die Republik zu verkünden und seine hier bestehenden staatlichen Einrichtungen zu ändern. Hierin liegt der Ausdruck seines Sinnes für Ordnung und seiner Freiheitsbestrebungen, welche sich durch die Nationalversammlung oder doch nur Hand in Hand mit denen der größeren Schwesterstädte verwirklichen sollen. Offenburg will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes.' — Beschlossen in der allgemeinen Bürgerversammlung. Offenburg, den 19. April 1848."

Auch auf dem Lande, namentlich in den von der Eisenbahn abseits liegenden und militärisch nicht besetzten Thälern, so im Kinzig-, Rench-, Kappeler-, Murg-, Neckar- 2c. Thal, rüstete man sich zum Anschluß an Hecker mit Anschaffung von Waffen und Einexerziren.

In Mannheim trugen die Sensenmänner die Rheinbrücke ab und errichteten als Brückenkopf zur Verhütung des Einmarsches der Bayern eine große Barrikade, auf welcher eine Frau Lichtenberger eine schwarz-roth-goldene Fahne unter dem Feuer der Bayern aufpflanzte.

In Heidelberg trafen noch am 25. April 150 bewaffnete Odenwälder Bauern ein und wollten zu Hecker ziehen.

Als nun gegen Ende April das Militär ganz Baden*) in seiner Gewalt hatte, trat eine rachedürstende furchtbare Reaktion ein. Der ganze See- und Oberrheinkreis, sowie die

*) Schon den 25. April besetzten die, den Württembergern nachrückenden Bayern Constanz und den ganzen Seekreis, und in Mannheim zog am 1. Mai der bayrische Prinz Karl (derselbe, welcher sich 1866 so colossal blamirte) mit 3000 Mann ein.

Stadt Mannheim wurden in Belagerungszustand erklärt und Arrestationen zu Tausenden vorgenommen. Die Amtsgefängnisse, die Kasematten der Festung Rastatt und das Zellengefängniß in Bruchsal waren voll gepfropft von Gefangenen, unter denen sich sämmtliche Redakteure der radikalen Zeitungen („Seeblätter", „Oberrheinische Zeitung", die „Preßfreiheit" in Offenburg, „Mannheimer Abendzeitung" und „deutsche Volkszeitung" in Mannheim) befanden. Peter, Hecker's Statthalter, wurde ebenfalls vor Gericht gestellt. Außerdem mußten überall die Bürger ihre, auf eigene Kosten angeschafften Waffen abliefern, die Truppen — über 50,000 Mann — unentgeltlich verpflegen und mit Taschengeld, 24 Kreuzer per Tag und per Mann, versehen.

Der in Frankfurt tagende Fünfziger-Ausschuß, der Reaktion auch im übrigen Deutschland den Weg ebnend und entgegen seiner früheren Erklärung, die Frage, ob Republik oder Monarchie, der Entscheidung des Parlaments überlassen zu wollen, sprach jetzt Angesichts der wieder erstandenen Säbelherrschaft ein Verdammungsurtheil über die „Aufruhrstifter" aus, ermahnte in einer Proklamation auf Reh's von Darmstadt Antrag mit 18 gegen 17 Stimmen die der monarchischen Ordnung treu gebliebenen Bürger und Soldaten zum Ausharren in der Gesetzlichkeit und billigte später nach Biedermann's Vorschlag mit 30 gegen 5 Stimmen ausdrücklich die von der badischen Regierung ergriffenen Maßregeln, welche jedoch Hecker und seine Mitkämpfer, als Flüchtlinge oder Gefangene, nur um so beliebter bei dem Volke machten, das nun nach der Melodie des „Schleswig-Holstein meerumschlungen" bei allen möglichen Gelegenheiten das Heckerlied*) sang, von 20, für's deutsche Parlament zu wählenden Deputirten 17 Republikaner, darunter in Thiengen Hecker und

*) Hecker ist ein großer Mann, der für die Freiheit sterben kann :c.

in Ueberlingen den in Untersuchung befindlichen Peter ernannte und den Renegaten Mathy und die Constitutionellen Bassermann und Welcker*) überall durchfallen ließ.

Hecker hielt sich eine Stunde von der Grenze entfernt, im baselландschaftlichen Muttenz auf, das während Hecker's Anwesenheit für deutsche Republikaner ein wahrer Wallfahrtsort geworden ist, entzweite sich mit Struve und Heinzen wegen ihrer radikaleren Gesinnungen und gab in Gemeinschaft mit dem Dichter Heinrich Schnauffer ein Wochenblatt, „der Volksfreund", bei Hollinger in Rheinfelden gedruckt, heraus. Hecker's Popularität stieg beim Volke in ganz Deutschland immer höher, ja selbst in den Reihen monarchischer Truppen fing man schon an, „Hochs" auf ihn auszubringen, und war es daher ein Unglück für die deutsche und speziell für die badische republikanische Partei, daß er noch vor Ende 1848 Europa zur Ansiedelung in Amerika verlassen hat, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die badische 1849er Revolution, mit ihm an der Spitze, sich rasch über die Nachbarländer Baden's ausgedehnt und somit mehr Erfolg gehabt hätte.

5. Das Parlament, der Frankfurter Barrikadenkampf und der Struve-Putsch.

Am 18. Mai erklärte der Fünfziger-Ausschuß sein Mandat für erloschen und wurde das Parlament (offiziell die deutsche constituirende Nationalversammlung genannt) eröffnet. Von 700 Mitgliedern, welche hätten gewählt werden sollen, aber nicht vollständig gewählt worden sind, erschienen zu den in der Frankfurter Paulskirche abgehaltenen Sitzungen nur gegen 600, welche Heinrich von Gagern zum Präsidenten,

*) Diese drei wurden in Würtemberg und Kniphausen gewählt.

von Soiron aus Mannheim und von Andrian aus Wien zu Vizepräsidenten ernannten. — Schon aus dieser Wahl und noch mehr aus den weiteren Abstimmungen über gestellte Anträge ersah man, daß die Versammlung in bedeutender Majorität monarchisch gesinnt war und die Republikaner höchstens über ein Drittel Stimmen verfügten. Das republikanische Programm, wie es im Vorparlament zugesagt worden, kam im Zusammenhang gar nicht zur Vorlage. Die Debatten zogen sich außergewöhnlich in die Länge, und meldeten sich oft zur Verhandlung eines einzigen Antrages mehr als hundert Redner. Dies war im Interesse der Fürsten, welche dadurch Zeit gewannen, ihre Militärmacht zur späteren Wegschaffung von Allem, was ihnen nicht behagte, wieder gehörig herzustellen, ja sogar gegen früher mit Hülfe des Parlaments, das zwei Prozent der Bevölkerung für Rekrutenaushebung bewilligte, bedeutend zu erhöhen.

Bevor das Parlament für Errichtung einer provisorischen deutschen Centralregierung zum Beschluß gekommen, ward in Berlin die preußische constituirende Nationalversammlung an der Stelle des im Februar 1847 von König Friedr. Wilhelm IV. berufenen „Vereinigten Landtags" eröffnet, der eigentlich kein Ausfluß einer wirklichen Verfassung, sondern nur ein, aus den Provinzial-Landtagen hervorgegangenes reaktionäres Conglomerat gewesen. Am 14. und 15. Juni fand in Frankfurt, auf Bayrhoffer's aus Marburg Veranlassung, ein Demokratenkongreß von circa 200 Mitgliedern aus allen Theilen Deutschlands statt. Er ernannte einen Central-Ausschuß mit der Verpflichtung, überall in Deutschland für republikanische Propaganda demokratische Vereine zu gründen. Zu gleicher Zeit tagte auf der Wartburg bei Eisenach ein allgemeiner deutscher Studentenkongreß von über tausend Mitgliedern, welche folgende Wünsche dem deutschen Parlament unterbreiteten: 1. Die Universitäten sollen Nationalanstalten werden. Das Ver-

mögen der einzelnen Universitäten soll vom Gesammtstaat eingezogen werden. (Mit 619 gegen 426 Stimmen angenommen.) Dieser bestreitet ihre Bedürfnisse. Die Oberleitung übernimmt das deutsche Unterrichtsministerium, im Einzelnen wird das Prinzip der Selbstverwaltung anerkannt (dafür große Majorität). 2. Unbedingte Lehr- und Hörfreiheit (durch Akklamation angenommen). 3. Die Universitäten sollen die ganze Wissenschaft vertreten und nach diesem Prinzip die Lehrfächer vervollständigt werden; jede Fakultätssonderung hört auf (beinahe einstimmig angenommen). 4. Die einzelnen Staaten sollen den Bundesbeschluß über Aufhebung der Ausnahmsgesetze seit 1819 sofort in Wirksamkeit treten lassen (durch Akklamation angenommen). 5. Absolute Aufhebung aller Ausnahmen in der Gerichtsbarkeit (Majorität 533 St., Minorität 355). 6. Betheiligung der Studirenden bei der Wahl der akademischen Behörden und bei Besetzung von Lehrstellen (entschiedene Majorität). 7. Zur Erlangung eines Staatsamtes soll der Universitätsbesuch nicht erforderlich sein.

Endlich am 26. Juni, nach langen und stürmischen Debatten, schritt das Parlament zur Abstimmung über eine provisorische Centralgewalt. Der Antrag der Linken, dieselbe einem Präsidenten zu übertragen, wurde verworfen, dagegen der Antrag, dieselbe einem, von der Nationalversammlung zu erwählenden Reichsverweser zu übertragen, mit 403 gegen 135 Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag der Linken, daß die Centralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen habe, wurde ebenfalls verworfen; es ward somit constatirt, daß die Mehrheit der Versammlung entgegen dem Willen der Wähler nicht einmal die Souveränität des Parlaments wahrte, abgesehen davon, daß sie von einer republikanischen Staatsform nichts wissen wollte. Die Attribute des Reichsverwesers wurden dahin präcisirt, daß er ein, dem Parlamente verantwortliches

Ministerium zu ernennen habe, während er selbst unverantwortlich blieb, daß er die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber zu ernennen habe, daß er die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und demzufolge Gesandte und Consuln zu ernennen habe, und daß er über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten im Einverständniß mit der Nationalversammlung zu beschließen habe.

Am 29. Juni wurde Erzherzog Johann von Oesterreich mit 451 Stimmen zum Reichsverweser erwählt (Gagern erhielt 50, Itzstein 32 Stimmen)*) und setzte derselbe sein Ministerium in folgender Weise zusammen: Fürst Leiningen, Präsident des Ministerrathes; von Schmerling (bisher Präsident des nunmehr aufgelösten Bundestags), Minister des Innern, und zu seinen Unterstaatssekretären Bassermann und von Würth; Heckscher, Minister des Auswärtigen, und zu seinen Unterstaatssekretären Max von Gagern und Briegleb; Beckerath, Finanzminister, und zu seinem Unterstaatssekretär Matthy; Robert von Mohl; Justizminister, und zu seinem Unterstaatssekretär Widemann, Duckwitz, Handelsminister, und zu seinen Unterstaatssekretären Mevissen und Fallati; und Peucker, preußischer General, Kriegsminister.

Die meisten Parlamentssitzungen wurden mit der Berathung und Beschlußfassung über die Grundrechte des deutschen Volkes ausgefüllt und verliefen dieselben in der Regel ruhig; nur bei außerordentlichen Fällen ging es manchmal sehr tumultuarisch her, so z. B. bei Gelegenheit der De-

*) Die Mitglieder der äußersten Linken (25) enthielten sich der Abstimmung, weil der Reichsverweser für unverantwortlich erklärt worden.

batten über die italienischen und polnischen Angelegenheiten, bei welchen von der Majorität das Verfahren Oesterreichs gegen die Italiener und dasjenige Preußens wegen der gewaltsamen Einverleibung der Polen Posens in den deutschen Bund gebilligt wurden;*) am stürmischesten aber waren die Sitzungen vom 7. und 8. August, in welchen die Amnestiefrage und die Genehmigung oder Verwerfung von Hecker's Wahl verhandelt wurden. Der Sturm brach aus, als Brentano zu Gunsten Hecker's in seiner Rede die Worte fallen ließ: „Wollen Sie Die, welche für die Republik die Waffen ergriffen haben, zurücksetzen hinter einen Prinzen von Preußen?"**) Mitglieder der Rechten, darunter Fürst Lichnowsky, wollten Brentano von der Tribüne herunterreißen, von der Versammlung ausgestoßen und in Anklagestand versetzt wissen. Die Sitzung mußte aufgehoben werden. Des andern Tages gleicher Tumult, in Folge dessen Militär requirirt und die Gallerien geräumt wurden. Schließlich wurde die Amnestie mit großer Majorität (nur 90 stimmten für dieselbe) verworfen und Hecker's Wahl mit 350 Stimmen gegen 116 für ungültig erklärt.

Während in Frankfurt und Berlin parlamentarische Kämpfe stattfanden, wurde im hohen Norden Deutschlands, in Schleswig-Holstein auf andere, blutige Weise gekämpft.

Bis vor den Märztagen war, wie der König von Holland

*) In Folge dieser Beschlüsse gaben Arnold Ruge und Kapp ihre Demission.

**) Den Prinzen von Preußen, um ihm Gelegenheit zur Rückkehr nach Berlin zu geben, ließ man in dem reaktionären Wahlbezirk Wirsitz in Posen zum Abgeordneten für die preußische Nationalversammlung wählen. Seine Wahl wurde für gültig erklärt und er erschien einmal in der Sitzung.

für Luxemburg, der König von Dänemark für das Herzogthum Holstein Mitglied des deutschen Bundes, während Schleswig eine ausschließlich dänische Provinz geblieben; die Deutschen in Schleswig wollten aber auch zu Deutschland gehören und erhoben sich, von den Holsteinern unterstützt. Es wurde für beide Herzogthümer eine gemeinsame provisorische Regierung gebildet — aus Beseler, Reventlow, Schmidt, Bremer und Olshausen bestehend — ein Armeecorps mit Zuzug von Freicorps gebildet und der Bundestag und die deutschen Regierungen um militärische Hülfe angegangen. Auch ein vereinigter Landtag wurde nach Rendsburg, dem Sitz der provisorischen Regierung, auf den 3. April einberufen. Noch vor Ende März, bevor militärische Bundeshülfe angekommen, hatten die aus verschiedenen Theilen Deutschlands herbeigeeilten Freiwilligen und das schleswig-holsteinische Militär blutige Treffen im Norden Schleswigs gegen die mit Uebermacht anrückenden Dänen, die schließlich als Sieger die Städte Flensburg und Schleswig und das Danewerk besetzten, zu bestehen, da erschien am 5. April der preußische General von Wrangel mit der in Berlin vom Volke besiegten Garde*) und andern preußischen Truppen aller Waffengattungen; ihm schloß sich der hannoverische General Halkett mit einer Division des zehnten Armeecorps (aus Hannoveranern, Braunschweigern, Mecklenburgern, Oldenburgern und dem Contingent der freien Reichsstädte Hamburg, Lübeck und Bremen bestehend) an. Wrangel übernahm den Oberbefehl über sämmtliche Corps. Das schleswig-holsteinische, unter dem Prinzen von Noer, bildete den rechten Flügel, die Preußen das Centrum und Halkett's Division den linken Flügel. Rasch

*) Diese sollte sich in diesem, in Deutschland populär gewordenen Dänenkriege beliebt machen, um später wieder nach Berlin zurückkehren zu können.

ging es voran. Nach blutigen Treffen bei **Schleswig**, am **Sundewitt** und bei **Düppel** wurden die Dänen bis in den Norden von Jütland zurückgeschlagen und schon Anfangs Mai die Stadt **Fridericia** von den deutschen Truppen besetzt.

Statt nun Schleswig für Deutschland als erobert zu betrachten und Dänemark zum Frieden zu zwingen, begnügten sich die Befehlshaber mit dem erlangten militärischen Ruhm und ließen nach und nach durchblicken, daß es ihnen nicht um die Befriedigung der Wünsche der schleswig-holsteinischen Bevölkerung und um den eigentlichen Zweck, welchen man in Deutschland erreicht haben wollte, zu thun war. Zuerst verlangte Wrangel keine Freiwilligen mehr anzunehmen, dann die vorhandenen Freicorps nach und nach auflösen und deren Mannschaften nach Hause senden zu lassen und endlich im Namen der **preußischen**, nicht der Bundes-Regierung geheime Unterhandlungen mit der dänischen Regierung, die indirekt von Rußland unterstützt war, zunächst für Abschließung eines Waffenstillstandes, auf welchen die Wiederherstellung des Status quo ante*) folgen sollte, anzukämpfen. Bevor jedoch Wrangel's Absicht erreicht war, schlug am 29. Juni von der Tann (der heutige bayrische Obergeneral) mit seinem

*) Dies geht aus einer Note hervor, welche der König von Preußen schon am 8. April an den König von Dänemark gerichtet hatte, welche aber erst den 18. Juni veröffentlicht wurde. Darin heißt es unter Anderm, daß Preußen vor allen Dingen dem Könige (von Dänemark) die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu erhalten wünsche und daß man nur eingeschritten sei, um die Einmischung radikaler und republikanischer Elemente Deutschlands und die Proklamirung einer nordalbingischen Republik zu verhindern. Man hat also von Anfang an preußischer Seits falsches Spiel getrieben.

Freicorps am Vorabende seiner Auflösung die Dänen bei Hadersleben und am 4. Juli überraschte Halkett, dessen Armeecorps am Sundewitt concentrirt war, 6000 bei Gravenstein gelandete Dänen, denen er den ganzen rechten Flügel abschnitt, umzingelte und nach verzweifelter Gegenwehr gefangen nahm.

Am 15. Juli wurde provisorisch ein dreitägiger Waffenstillstand abgeschlossen und dieser alle drei Tage erneuert. Dies hatte in Frankfurt Mißtrauen erregt und darüber Ende Juli interpellirt, erklärte Schmerling im Namen des Reichsverwesers, daß derselbe Truppen vom 7., 8. und 9. Armeecorps (also aus den Südstaaten und Oesterreich) zur kräftigen Fortsetzung des Krieges nach Schleswig senden werde. Dies hinderte Preußen jedoch nicht, hinter dem Rücken der Reichsregierung und mit Umgehung der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein mit Dänemark weiter zu verhandeln und mit dessen Vertretern zu Malmö am 26. August einen dreimonatlichen definitiven Waffenstillstand abzuschließen, mit Bedingungen, welche die Selbstständigkeit der Herzogthümer, resp. ihre Selbstbestimmung und Selbstverwaltung wieder aufhoben und bei allen Patrioten in Deutschland einen Schrei der Entrüstung hervorriefen. Hiernach hatten sämmtliche Bundestruppen, mit Ausnahme von 4000, in Altona bei Hamburg stationirten Preußen, unverzüglich in ihre betreffenden Heimathländer abzumarschiren. Außerdem sollte die bisherige provisorische Regierung abtreten und an ihrer Stelle eine vom Könige von Dänemark genehmigte provisorische Verwaltung mit dem verhaßten Grafen Karl von Moltke eingesetzt werden. Nur das numerisch sehr schwache schleswig-holsteinische Armeecorps, das bei etwaigem Wiederausbruch der Feindseligkeiten gegenüber der dänischen Uebermacht unterliegen mußte,*) durfte in Holstein bleiben.

*) Was auch später geschehen ist.

Pro forma wurde der Vertrag der Reichsregierung zur Genehmigung vorgelegt und hatte hierüber am 4. September Schmerling mit einem Antrag auf Zustimmung im Parlamente Bericht erstattet. Die Aufregung hierüber war eine große. Selbst Dahlmann, der Führer der Regierungspartei, war dagegen. Nach zweitägiger, stürmischer Debatte wurde Schmerling's Antrag mit 238 gegen 221 Stimmen verworfen, worauf das bisherige Reichsministerium seine Entlassung gab, der Reichsverweser Dahlmann mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt wurde und die preußischen Abgeordneten der Rechten ihren Austritt aus der Versammlung anzeigten; Dahlmann ist es aber während zehntägiger Versuche nicht gelungen, ein Ministerium zu Stande zu bringen; es blieben daher Schmerling und seine Kollegen wieder in Funktion und erlangten dieselben in der Sitzung vom 16. September von der Nationalversammlung mit 258 gegen 237 Stimmen die Zustimmung zu den Bedingungen des Malmöer Waffenstillstandes, welcher seit seinem Bekanntwerden in allen Theilen Deutschlands zahlreiche, dagegen protestirende Volksversammlungen hervorrief und in Frankfurt zum Blutvergießen führte.

Schon in der Nacht vom 16. auf den 17. September, unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Beschlusses, fanden in den Straßen Frankfurt's tumultuarische Auftritte statt und als des andern Tages (den 17.) eine zahlreiche Volksversammlung auf der Pfingstweide nach den Reden von Dr. Reinganum aus Frankfurt, Zitz aus Mainz und Bruns aus Holstein die Mitglieder der, den Waffenstillstand gutheißenden Majorität für Verräther am deutschen Volk erklärt hatte, fürchtete das Ministerium einen Angriff auf die Reichsbehörde und die Nationalversammlung und ließ aus der Bundesfestung Mainz österreichische und preußische Truppen kommen. Angesichts dieser Truppen, namentlich des preußischen 38. In-

fanterieregiments, welches bei einer früheren Gelegenheit gegen die Mainzer Einwohner so grausam verfahren und viele derselben niedergemetzelt hatte, wurden am 18. September von 1 Uhr Nachmittags an auf vielen Punkten der Stadt Barrikaden errichtet, welche nicht nur von Frankfurtern, sondern auch von zahlreichem Zuzuge aus der Umgegend vertheidigt wurden. Um 4 Uhr griff das Militär an. Am Römerberg und in der Schädelgasse wurden die Barrikaden im Sturmschritt unter Steinregen genommen. An der Schnur- und Döngesgasse wurde von den Barrikadenvertheidigern mit beständigem Feuern langer und harter Widerstand gegen die Preußen, welche hier beträchtlichen Verlust erlitten, geleistet. Ein ähnlicher Widerstand fand in der Allerheiligen-, Friedberger-, Alte- und Fahrgasse statt. Während des Kampfes erhielt das Militär an Mannschaft und Geschütz fortwährend Verstärkung von Mainz und Darmstadt. Um 5 Uhr erschienen die Parlamentsmitglieder Schlöffel und Rößler von der Linken zwischen den Truppen und der großen Barrikade an der Allerheiligengasse und erzielten einen kurzen Waffenstillstand für Unterhandlungen, die aber zu keinem friedlichen Resultate führten. Die Barrikade wurde von hessischem Geschütz mit Kartätschen beschossen, was bald darauf deren Einnahme zur Folge hatte. Da und dort in der Stadt wurde noch fortgekämpft und erst gegen 9 Uhr Abends stellte sich vollständige Ruhe ein. Bei dem verbreiteten Gerüchte, daß Fürst Lichnowsky, der sich im Parlamente durch seine wegwerfenden Bemerkungen gegen das Volk verhaßt gemacht hatte, und sein Freund Oberst von Auerswald zur Herbeiholung von Militär aus Frankfurt fortgeritten seien, wurden dieselben bei ihrer Rückkunft während des Kampfes beim Bockenheimer Thor durch Insurgenten von ihren Pferden herabgerissen und getödtet. Dieser Vorfall und der Aufstand überhaupt, den selbst die Linke der Nationalversammlung mißbilligte, hatten zur

Folge, daß das Reichsministerium nunmehr für weitere reaktionäre Maßregeln eine gesicherte Majorität im Parlamente zur Verfügung und einen Vorwand hatte, fortan in Frankfurt eine starke Besatzung, die, von aus Schleswig-Holstein zurückkehrenden süddeutschen Truppen verstärkt, schon den 19. September 12000 Mann betrug, zu halten und Militärmassen speziell gegen Baden, wo das Volk wieder laut seine Unzufriedenheit über den Gang der Dinge kund gab, aufzubieten.

Gegenüber solcher Sachlage konnte in Baden trotz aller Berechtigung eine abermalige republikanische Schilderhebung durchaus keine Aussicht auf Erfolg haben; denn selbst, wenn die Unzufriedenheit eines Volkes mit den bestehenden Zuständen auf's Höchste gestiegen, gelingen unvorbereitete, von einer organisirten größeren Militärmacht nicht unterstützte Aufstände, wie die Erfahrung lehrt, nur in ganz großen Städten, wie Paris, Berlin, Wien und Neapel, während es vom Lande aus, wie der Heckerzug schon gezeigt, ohne Hülfe eines zuvor eingeübten, wohlorganisirten und vollständig in allen Waffengattungen ausgerüsteten Heeres, geradezu eine Unmöglichkeit ist, daß eine Erhebung zum Ziele führe, bei welcher die kleine, schlecht bewaffnete, nicht eingeübte aufständische Schaar sich nur langsam verstärken kann und in kurzer Zeit auf an Zahl, Uebung und Ausrüstung weitaus überlegene feindliche Truppen stoßen muß, und dennoch hat Gustav Struve eine solche Erhebung versucht. Er hielt sich seit dem mißglückten Hecker-Zuge im schweizerischen Städtchen Rheinfelden als Flüchtling auf und schrieb von da aus seinen in Mannheim eingegangenen „Deutschen Zuschauer", den er in Basel erscheinen ließ.

Wir entnehmen den Hergang aus Struve's eigener früher schon erwähnter Schrift. Den 20. September befand er sich zu Basel, um den Druck seines „Zuschauers" zu überwachen. Er hatte die Absicht gehabt, noch an demselben Tage nach

seinem Wohnorte Rheinfelden zurückzukehren,*) als im Momente seiner Abreise einige badische Bürger ihn anfragten, ob es nicht bald losgehen werde. Später kamen noch einige Männer von **Lörrach** dazu, mit der Versicherung, daß die Einwohnerschaft Lörrach's und namentlich die Bürgerwehr besser wie im Frühjahr gestimmt und bereit seien, sich einer Erhebung anzuschließen.**) Ohne zu bedenken, daß in dem nahe gelegenen, nur einen Tagmarsch entfernten Freiburg eine starke Besatzung zum Anmarsche gegen ihn zur Verfügung war und daß seit Beendigung des Frankfurter Straßenkampfes zahlreiche Bundestruppen schon in's badische Land einrückten, ohne ferner zu berücksichtigen, daß ihm militärisch gebildete Führer, wie Sigel, Willich, Joh. Phil. Becker, fehlten, er also in noch viel ungünstigerer Lage als Hecker war, ließ er dennoch nach Lörrach an Vertraute melden, daß er des andern Tages erscheinen und die deutsche Republik proklamiren werde. In Begleitung von 8—10 Anhängern, darunter der bis dahin noch wenig bekannte junge Literat **Karl Blind**,***) erschien Struve den 21. September Nachmittags in Lörrach,

*) Er dachte somit an keine Erhebung und hatte demzufolge gar keine Vorbereitungen getroffen.

**) Im April schloß sich Lörrach's Bürgerwehr dem Hecker-Zuge nicht an, weil sie damals noch die Realisirung ihrer Wünsche durch das deutsche Parlament hoffte. Jetzt enttäuscht, war Lörrach, wie viele andere Orte, namentlich in Würtemberg, geneigter für eine republikanische Schilderhebung.

***) Blind, wie es aus den für Struve verfaßten Proklamationen und seiner späteren Vertheidigungsrede vor den Freiburger Assisen hervorging, war damals Sozial-Demokrat, ist aber heute ausschließlich National-Republikaner und sprach sich öffentlich im Gegensatz zur deutschen demokratischen Partei entschieden für die Annexion von Elsaß und Lothringen aus.

begab sich direkt aufs Rathhaus und hielt von einem Fenster desselben unter Proklamirung der deutschen Republik eine Ansprache an das Volk. Die Bürgerwehr, namentlich die zwei Compagnien des ersten Aufgebots unter der Führung der jungen Hauptleute Max Pflüger und Meisinger, waren allerdings für Struve günstig gestimmt und halfen ihm die großherzoglichen Beamten verhaften, Beschlag auf die Regierungskassen legen und die einzige vorhandene Druckerei für umgehende Herausgabe des „Regierungsblattes der deutschen Republik in Besitz nehmen. Letzteres Blatt enthielt unter Anderem folgende zwei Erlasse:

1. Aufruf an das deutsche Volk! Der Kampf des Volkes mit seinen Unterdrückern hat begonnen. Selbst in den Straßen der Stadt Frankfurt, am Sitze der ohnmächtigen Centralgewalt und der geschwätzigen constituirenden Versammlung, ist auf das Volk mit Kartätschen geschossen worden. Nur das Schwert kann das deutsche Volk noch retten. Siegt die Reaktion in Frankfurt, so wird Deutschland auf dem sogenannten gesetzlichen Wege furchtbarer ausgesogen und geknechtet werden, als dieses in den blutigsten Kriegen geschehen kann. Lörrach, den 21. September 1848. Im Namen der provisorischen Regierung: Gustav Struve. Der Kommandant des Hauptquartiers: W. W. Löwenfels.*) Der Schriftführer: Karl Blind.

2. Deutsche Republik! Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle! Im Namen des deutschen Volkes verfügt die provisorische Regierung Deutschlands wie folgt: Art. 1. Sämmtliche auf dem Grund und Boden haftende mittelalterliche Lasten, sowie sämmtliche mittelalterliche persönliche Dienste, Zehnten, Gülten, Frohnen, und welchen Namen

*) Ein an Herwegh's Legion betheiligter Literat, der nach dem Treffen bei Dossenbach in die Schweiz entkommen war.

sie sonst tragen, sind ohne alle Entschädigung sofort abgeschafft. Alle Ablösungsschuldigkeiten für solche Lasten werden ebenfalls getilgt. — Art. 2. Sämmtliche bisher an den Staat, die Kirche und die adeligen Grundherren bezahlten Abgaben hören von diesem Tage an auf; eine das Einkommen des Unbemittelten nicht berührende progressive Einkommensteuer tritt an die Stelle sämmtlicher bisherigen Abgaben; nur die an den Grenzen Deutschlands erhobenen Zölle bleiben für's Erste bestehen. — Art. 3. Sämmtliches Grundeigenthum des Staates, der Kirche und der auf Seite der Fürsten kämpfenden Staatsbürger geht provisorisch, unter Vorbehalt späterer Ausgleichungen, an die Gemeinden über, in deren Gemarkung es liegt. — Art. 4. Um alle in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Erleichterungen zu sichern, wird eine allgemeine Erhebung des Volkes angeordnet. Alle waffenfähigen Männer vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten vierzigsten Jahre ergreifen die Waffen zur Rettung des bedrohten Vaterlandes. Von heute an herrscht das Kriegsgesetz, bis das deutsche Volk seine Freiheit errungen haben wird. Im Namen der provisorischen Regierung Deutschlands: Gustav Struve. Der Schriftführer: Karl Blind. Hauptquartier Lörrach, am ersten Tage der deutschen Republik, den 21. September 1848.

Den 22. September langten in Lörrach einige Zuzüge aus der Umgegend, sowie aus der Schweiz auf die erhaltene Kunde Mögling, Doll und Langsdorf an, welche sich, wie die Leser sich erinnern werden, schon am Hecker-Zuge betheiligt hatten. Nach Verabredung zogen die Genannten mit einem Theil der vorhandenen Mannschaft das Wiesenthal hinauf, um in Steinen, Schopfheim, Zell ꝛc. theils durch freiwilligen, theils durch erzwungenen Zuzug ihre Schaar zu verstärken und über Todtnau nach Horben*) zu ziehen,

*) Den Lesern aus dem Hecker-Zuge bekannt.

an welch' letzterem Orte sämmtliche Colonnen aus den verschiedenen Richtungen eintreffen sollten, um dann vereint von da nach Freiburg zu ziehen. Am gleichen Tage marschirten die schon erwähnten zwei Lörracher Bürgerwehrcompagnien in der Richtung vom Rheinthal über Kandern, Schliengen, Müllheim, Heitersheim, Staufen und St. Ulrich nach Horben ab als Avantgarde in Begleitung des Civilkommissärs Neff, der die öffentlichen Kassen in Beschlag zu nehmen und die Bevölkerung für bewaffneten Anschluß an das nachfolgende Hauptcorps — ein Bataillon von circa 500 Mann unter dem Befehle des ehemaligen Unteroffiziers Wolfinger — aufzufordern hatte. Am 23. September vor Tagesanbruch folgte dieses Corps der besprochenen Avantgarde nach nebst Struve, der Max Fiala als seinen Regierungsstellvertreter in Lörrach zurückgelassen, Blind und dem Oberkommandanten Löwenfels. In Müllheim wurde übernachtet. Struve traf hier und auch in den andern Orten, wie er selbst sagt, bei der Bevölkerung auf keinen Widerstand. Daraus und aus dem Umstande, daß, in Staufen Mittags den 24. September angekommen, das Corps nicht viel stärker als beim Ausmarsch aus Lörrach war, läßt sich schließen, daß er nirgends enthusiastische Aufnahme und nennenswerthen Zuzug gefunden.

Schon in Heitersheim war die Kunde eingetroffen, daß der Feind im Anzuge und nicht mehr fern sei; die Löwenfels'sche Schaar setzte sich daher, kaum in Staufen eingezogen, in Vertheidigungszustand. Während Struve und Blind vom Rathhause herab die Bevölkerung zur Betheiligung am Kampfe aufmunterten, ließ Löwenfels die beiden Ausgangspunkte der Stadt verbarrikadiren und aus einem vorgefundenen Pulverfasse Flintenpatronen verfertigen. Kurz darauf rückten die feindlichen Truppen heran, bestehend aus einem badischen Bataillon Infanterie, einer badischen Batterie Artillerie und einer badischen Schwadron Dragoner und war der badische Kriegs-

minister, General Hoffmann, selbst an ihrer Spitze. Diesmal wurde nicht wie bei Hecker zuvor parlamentirt. Kaum in ihrer angewiesenen Stellung, eröffneten die Truppen das Feuer und schon nach den ersten Kanonenschüssen verkrochen sich die Einwohner von Staufen in ihre Häuser und schlossen dieselben sorgfältig zu; die Freischaaren dagegen widerstanden hinter den Barrikaden dem feindlichen Gewehr- und Kartätschenfeuer über eine Stunde lang, worauf sie, 11 Todte*) zurücklassend, nach allen Richtungen auseinanderstoben und Struve, dessen Frau und Blind, welche sich während des Kampfes theils *in* theils *vor* dem, von Kanonenkugeln getroffenenen Rathhause aufhielten, mit fortrissen. Auf der Flucht sah man, daß auch einige Häuser in Brand geschossen waren und in Flammen standen.

Struve und dessen Frau, welche auf dem Neuhof bei Schönau Bauernkleider angezogen, kamen nebst Blind spät in der Nacht in Todtnau an, wo Mögling's Schaar in Folge einer Emeute der Schopfheimer noch vor dem Bekanntwerden des unglücklichen Ausgangs bei Staufen in voller Auflösung begriffen war. Ueber sein weitereres Schicksal schreibt Struve: „Nachdem Struve, seine Frau, seine Schwager Dusar (ein

*) Während des Gefechtes verkrochen sich sechs Musikanten in einer Scheune und, entdeckt, wurden sie von Soldaten unbarmherzig niedergestochen. In jedem der Aprilgefechte war der Verlust auf Seite der Freiheitskämpfer in ähnlicher, mit Ausnahme vom Kampfe bei Dossenbach, wo viele auf der Flucht getödtet wurden. Beim Frankfurter Barrikadenkampf sollen von den Insurgenten 37 getödtet und über 100 verwundet worden sein. Von keinem der bisher beschriebenen Gefechte liegen von Seiten des Militärs offizielle Verlustangaben vor; diese sollen aber bei Kandern und bei Freiburg bedeutender als auf Seiten der Freischaaren gewesen sein.

Franzose) und Karl Blind von Todtnau aus in einem Wagen in die Nähe von Schopfheim gekommen waren, stiegen sie aus, um zu Fuße diesen, von Fabrikherren beherrschten Ort zu umgehen. Ein Volkswehrhauptmann aus der Umgegend, welcher sich in Struve's Wagen gesetzt und sich erboten hatte, ihn und seine Begleiter sicher zu führen, lieferte Struve und seine Gefährten den Feinden in die Hände. Kaum waren sie aus dem Wagen gestiegen, so bemerkten sie, daß sie von ausgestellten Wachen verfolgt wurden. Um diesen auszuweichen, schlugen Struve und seine Begleiter durch Dick und Dünn, über Berg und Thal mit möglichster Eile gehend, den Weg nach Wehr ein. Dort wurden sie von den bereits vorausgeeilten Schopfheimern zuerst bewacht und dann an den großherzoglichen Oberamtmann Schey*) von Säckingen ausgeliefert, welcher Struve und Blind einem in Müllheim zusammengetretenen Kriegsgericht übergab, dagegen Frau Struve und ihren Bruder in's Gefängniß nach Freiburg sandte. Zum Glück für Struve und Blind erklärte sich das Kriegsgericht wegen verspäteter Belagerungszustands-Verkündigung für incompetent und verwies sie an die ordentlichen Gerichte. Sie verbrachten ihre Untersuchungshaft zuerst im Zellengefängniß zu Bruchsal und später bei schlechter Behandlung in den feuchten, ungesunden Kasematten der Festung Rastatt, bis sie am 20. März 1849 vor das Geschwornengericht in Freiburg gestellt wurden, welches nach einer glänzenden Vertheidigung

*) Es ist dies derselbe Beamte, welcher fünf Monate früher den damals schon einmal von Gensdarmen verhafteten Struve auf Mögling's Drohung hin wieder freigegeben hatte und dafür von der Regierung suspendirt worden war; das Volk hielt ihn deßhalb für einen verkappten Republikaner und wählte ihn als Deputirten in die Kammer; diesmal aber zeigte es sich, daß ein Fürstendiener kein Republikaner sein kann.

Brentano's die beiden, des Hochverraths, Kassenraubs ꝛc. Angeklagten bei den sechszehn an dasselbe gestellte Fragen in zwölf Fällen für nicht schuldig, und nur in vier Fragen für schuldig mit mildernden Umständen und ohne Vorbedacht erklärte. Dieser Wahrspruch wurde von dem Gerichte nicht angenommen, worauf die Geschwornen die mildernden Zusätze in den vier Bejahungen wegließen und das Gericht Struve und Blind jeder zu einer Einzelhaft von fünf Jahren zwei Monaten verurtheilte. Bald darauf wurde die Untersuchung gegen Struve's Frau niedergeschlagen.

Auffallend war es und trug nicht wenig zur Diskreditirung der badischen Regierung bei, daß **Fickler**, der schon Anfangs April wegen eines weit geringeren oder eigentlich wegen eines durchaus nicht nachweisbaren Vergehens erst den 2. Mai 1849 vor Gericht gestellt worden ist. Man kann dieses ungerechte Verfahren nur dadurch erklären, daß die Regierung Fickler's Freisprechung und dadurch einen großen Einfluß zu Gunsten der Freisprechung auch der übrigen zahlreichen Gefangenen fürchtete. In der That wurde Fickler zur oben angegebenen Zeit mit **Krebs**, **Steinmetz** ꝛc. freigesprochen.

Nach Struve's mißlungenem Versuche, der nur in wenigen badischen Orten (Engen, Constanz und Weinheim)*) revolutionäre Kundgebungen hervorgerufen**) und im Volksmund der Struve-Putsch genannt wird, wurde von Lörrach abwärts der Belagerungszustand erklärt und gab es wieder Einkerkerungen

---

*) Hier wurden auf eine ziemlich beträchtliche Strecke die Eisenbahnschienen ausgehoben, um die Ankunft der von Darmstadt und Frankfurt abgegangenen Truppen zu verzögern.

) Die kleineren vorübergehenden Aufstände auf einzelnen Punkten Deutschlands, wie z. B. im Württembergischen derjenige von **Rau aus Gailsdorf, standen nicht im Zusammenhange mit Struve's Erhebung.

und Vermögensconfiscationen in Masse. Struve selbst hat dadurch nicht, wie Hecker, seine Popularität erhöht, sondern vielmehr von derselben eingebüßt, was wohl seinen Grund in der allgemeinen Ueberzeugung hatte, daß er eben gar zu leichtfertig und ohne die geringste Aussicht auf Erfolg das Unternehmen begonnen und unnöthiger Weise für Viele neue Opfer und Lasten verursacht, dagegen für die Zukunft dadurch genützt hat, daß er der Republik, welche er erstreben wollte, einen sozialdemokratischen Charakter verliehen und dem Volke gezeigt hat, daß eine Republik nur dann Werth hat und wünschenswerth ist, wenn man in derselben nicht nur politisch, sondern auch materiell freier und glücklicher als in einer Monarchie lebt.

6. Die Wiener Oktober-Revolution und der Staatsstreich in Preußen.

Bevor wir die Entwicklung in Baden weiter verfolgen, ist es nöthig, einen Blick auf die nunmehr rasch aufeinanderfolgenden Ereignisse in Deutschland und Oesterreich zu werfen. Nachdem die Fürsten über die, wegen des schmachvollen Malmöer Waffenstillstandes entstandenen vereinzelten Aufstände und allgemeine Aufregung Herr geworden, scheuten sie sich nicht mehr, die Masken abzuwerfen auf den Rath des, mit großen Truppenmassen zur Hülfe bereit stehenden russischen Czaren Nikolaus und nach einem von ihren Vertretern in London ausgeheckten gemeinsamen Plane — nach und nach gewaltsam den vormärzlichen Zustand wieder herzustellen.*) Sie duldeten zwar einstweilen noch den Fortbestand des deutschen Parla-

*) Damit hing auch die Sendung des preußischen Generals von Pfuel nach Petersburg zusammen, der am 18. März in Berlin einer der Militärkommandanten gegen das Volk gewesen

ments, bekümmerten sich aber nicht mehr um seine Beschlüsse. Die Reichsregierung wurde nur noch insofern berücksichtigt, als man sie noch nöthig hatte, gegen das Volk und seine Vertreter Polizei- und Militärmaßregeln in den Mittel- und Kleinstaaten auszuführen. In Oesterreich und Preußen durfte sie sich nicht einmal in diesem Punkte einmischen. Ihre diplomatischen Vertreter wurden auf den Wink der österreichischen, russischen und preußischen Gesandten im Auslande nicht anerkannt. Nur gegen die kleine Schweiz konnte sie wegen Ertheilung des Asyls für republikanische Flüchtlinge ungehindert feindselig verfahren und dieselbe in hochfahrenden groben Noten mit Grenzsperre bedrohen, wozu sich sogar Raveaux von Köln, der sich für einen Republikaner ausgegeben, als deutscher Reichsgesandter hergab. Auch dem Parlamente in reaktionärem Sinne mehr als bisher zuzumuthen, fing das Reichsministerium schon an. In der Sitzung vom 5. Oktober verlangte Schmerling die Genehmigung zur Verhaftung der Mitglieder Robert Blum, Günther, Zitz, Simon von Trier und Schlöffel, der ersteren zwei wegen Artikel in der von ihnen herausgebenen „Reichstagszeitung“ und der letzteren wegen ihrer, den 17. September auf der Pfingstweide gehaltenen Reden. Das Parlament gestattete gerichtliche Untersuchung gegen die Genannten, aber nicht ihre Verhaftung.

Bezüglich des Londoner Planes hatte, wie es schien, Oesterreich in der Ausführung den Reigen zu eröffnen. Zuvörderst mußte Erzherzog Stephan, bisher als Palatin (Stellvertreter des Kaisers, resp. des Königs von Ungarn) an der Spitze der ungarischen Regierung, heimlich Ungarn verlassen, worauf der Kaiser Ferdinand am 3. Oktober ein Manifest erließ, durch welches der ungarische Reichstag für aufgelöst erklärt,

ist und seine diplomatische Mission schon zur Zeit ausführte, wo der Prinz von Preußen noch als Flüchtling in London verweilte.

über Ungarn der Belagerungszustand verhängt und der kroatische General Jellacic zum Obergeneral aller Truppen und Nationalgarden ernannt wurde, um Ungarns Unabhängigkeit zu unterdrücken und dasselbe zu einer österreichischen Provinz zu machen. Als nun von der starken Wiener Besatzung mehrere Regimenter beordert wurden, zu Jellacic gegen die Ungarn zu stoßen, und dieselben am 6. Oktober im Abmarsche begriffen waren, erhob sich das Volk in Wien zu Gunsten der Ungarn und suchte die Truppen vom Abmarsche abzuhalten. Ein Theil derselben (2500 Mann, darunter mit seinen Offizieren ein ganzes Bataillon vom deutschen Grenadierregiment Heß) ging zum Volke über, während die Haupttruppenmasse unter General Graf von Auersperg das Feuer gegen die Aufständischen (der radikale Theil der Nationalgarde, die akademische Legion und Arbeiter) eröffnete. Mit Blitzesschnelle war die Stadt mit Barrikaden übersät und dauerte der Kampf den ganzen Tag. Trotzdem daß sich der reaktionäre größere Theil der Bürgerwehr neutral verhielt oder theilweise im Verein mit den kaiserlichen Truppen gegen seine eigenen Mitbürger kämpfte, mußte Auersperg den Kampf aufgeben und zog sich aus der Stadt auf das Belvedere, eine die Stadt dominirende Anhöhe, zurück.*)

Da das Zeughaus in die Hände der Arbeiter fiel und dieselben sich von den vorgefundenen 80,000 Gewehren vollständig bewaffnen konnten, war nun in Wien eine bedeutende Volksmacht concentrirt, welche wesentlichen Einfluß auf die

*) Während des Kampfes wurde der Kriegsminister Latour, der als Hauptfeind der Ungarn bekannt und deßhalb sehr verhaßt war, in seinem Bureau von einem Nationalgardisten erschossen und sein Leichnam von einer der rohen Gauner-Horden, deren es in allen großen Städten leider heute noch gibt, an einen Laternenpfahl vor dem Kriegsministerium aufgehängt.

Entscheidung über das Schicksal der ganzen österreichischen Monarchie ausüben konnte. Dazu kam noch der günstige Umstand, daß die Ungarn Jellacic beinahe bis zur gänzlichen Vernichtung seines Heeres geschlagen hatten, daß er sich nur noch mit circa 20,000 Kroaten in die Nähe Wiens zur Vereinigung mit Auersperg zurückziehen konnte und daß die Ungarn ihm auf dem Fuß nachfolgten, um sich der Wiener Volksmacht anzuschließen und das Auersperg-Jellacic'sche Corps zu erdrücken. An der Leitha, der österreichisch-ungarischen Grenze angekommen, mußten aber die Ungarn Halt machen, weil der österreichische Reichstag, der übrigens mit dem Volksaufstande sympathisirte und in beschlußfähiger Zahl unter dem Präsidenten Smolka in Wien forttagte, zu ihrem Vorrücken bis Wien die Erlaubniß nicht ertheilte. Der Reichstag hoffte nämlich, durch Absendung einer Deputation den, am 6. Oktober von Schönbrunn nach der Festung Olmütz in Mähren geflohenen Kaiser Ferdinand zur Zurücknahme des Manifestes gegen die Ungarn und zur Einsetzung eines volksthümlichen Ministeriums unter Löhner zu vermögen. Das war für die Wiener, für welche das Volk in allen Provinzen seine Sympathie erklärte und welchen sogar aus entfernteren Städten, wie Brünn, Linz, Graz, größere Abtheilungen Nationalgarden zu Hülfe herbeieilten, ein Unglück; denn für die Reaktion heißt „Zeit gewonnen, Alles gewonnen"! Kaiser Ferdinand ging, wie zu erwarten war, auf den reichstäglichen Vorschlag nicht ein, sondern ernannte den Fürsten Windischgrätz, der schon in Prag einen Aufstand blutig niedergeschlagen, zum Feldmarschall, mit der Vollmacht, aus andern Theilen der Monarchie Truppen, soviel er nur wolle, zur Bekämpfung Wiens aufzubieten. In Wien organisirte man sich allerdings auch zu hartnäckigem Widerstande. Der polnische General Bem, der sich später auch in Ungarn auszeichnete, wurde Oberbefehlshaber sämmtlicher streitbaren Mannschaften, gegen

100,000 an der Zahl, denen es aber an Munition, welche nur für einen Kampf von 4 Stunden ausreichte, gebrach. Messenhauser war Oberkommandant der Nationalgarde mit dem Generalstabschef Ernst Haug (dem späteren Garibaldischen General), Moser Führer der akademischen Legion, Ritter Frank Kommandant des Arbeitercorps und Oberst Jeblowsky Befehlshaber der Artillerie. Von Frankfurt erschienen als Parlamentsvertreter Robert Blum, Julius Fröbel und Moritz Hartmann. Die Reichsabgesandten Welcker und Mosle blieben nicht in Wien, sondern begaben sich an das kaiserliche Hoflager nach Olmütz. Schon den 19. Oktober wurde durch kaiserliches Dekret der Reichstag vertagt und auf den 15. November zur Wiedereröffnung der Sitzungen in die kleine mährische Stadt Kremsier einberufen. —

Den 28. Oktober hatte Windischgrätz Wien mit 90,000 Mann und 285 Kanonen cernirt. Er gab der Stadt zur freiwilligen Uebergabe Frist bis zum 30. Oktober Abends 8 Uhr, Amnestie und Schonung an Personen und Eigenthum unter der Bedingung, daß sie die Waffen und Oberkommandanten nebst Dr. Schütte und Pulsky (ungarischen Gesandten) ausliefern. In Hinblick darauf, daß keine Hülfe von den Ungarn zu erwarten war und daß es in der Stadt an Munition und eingeübten Artilleristen sehr mangelte, waren der Gemeinderath und die Nationalgarde entschlossen, auf die Bedingungen von Windischgrätz einzugehen und sich vor Ablauf der Frist ohne Kampf zu ergeben, da hörte man den 30. Oktober fernen Kanonendonner und sah man die Ungarn vom Stephansthurm aus gegen Schwechat heranziehen.*)

*) Die Ungarn, von Kossuth, dem vom ungarischen Reichstag ernannten Gouverneur Ungarns, angefeuert, nur 15000 Mann stark und meistens aus irregulären Truppen be-

Jetzt war von freiwilliger Uebergabe keine Rede mehr. Auf allen, mit Barrikaden und Kanonen versehenen Ausgangspunkten der Stadt entbrannte der Kampf, der den ganzen 31. Oktober, die Nacht vom 31. Oktober auf den ersten November und noch einen Theil des 1. November, wo die Truppen erst Herr der Altstadt geworden, zuerst auf den Barrikaden, dann auf den Straßen und zuletzt in den Häusern fortwüthete. Die Nationalgarde wich zuerst; die Studenten, Arbeiter und übergegangenen Soldaten dagegen kämpften bis zum letzten Moment, d. h. bis zur völligen Erschöpfung der Munition, und bis sie im Rücken bedroht waren. Was aber die Truppen, namentlich die Kroaten, Sereszaner und das deutsche Regiment Latour, das den Tod seines Inhabers rächen wollte, während des Kampfes und nach demselben an Gräueln gegen Wehrlose (Männer, Frauen, Mädchen und Kinder) ausübten, ist wahrhaft haarsträubend*) und können

stehend, wurden von der 30,000 Mann betragenden Reserve des Windischgrätz am gleichen Tage (den 30. Oktober) zurückgeworfen, ohne daß es die Wiener wußten.

*) Diese Kannibalen begnügten sich nicht blos mit Rauben, Morden und Schänden, sondern sie zerstörten auch noch das, was sie nicht mitnehmen konnten, durch Zusammenschlagen oder Häuseranzünden, und ihre Todesopfer marterten sie zuvor durch Abhacken der Füße und Hände, durch Abschneiden der Ohren und Nasen, durch Ausstechen der Augen und bei Frauen und Mädchen nach der Schändung durch Abschneiden der Brüste und durch Bauchaufschlitzen. Viele wurden auch lebendig in's Feuer geworfen. Mit den geraubten Sachen hielten sie öffentlich förmliche Jahrmärkte. Um so rasch wie möglich in den Besitz von Silbermünzen zu kommen, verkauften sie um einige Zwanziger Schmucksachen und Banknoten bis zu 1000 Gulden Werth. Diese Details entnahmen wir nicht aus den damaligen Zeitungs-

während des dreißigjährigen Krieges im 17. Jahrhundert die in der Geschichte gebrandmarkten und von Tilly's verwilderten Schaaren nach der Erstürmung von Magdeburg verübten Gräuelthaten nicht schrecklicher gewesen sein.

Zu den zahlreichen Opfern der verthierten Soldateska wurden während einiger Wochen tagtäglich noch standrechtliche Hinrichtungen hinzugefügt, von denen diejenige des deutschen, auf der Seite des Volkes im Kampfe gestandenen Parlamentsmitgliedes Robert Blum am 9. November in der Brigittenau eine der ersten war.*) Gegen diesen Mord und diese Verachtung der Souverainetät der deutschen Nationalversammlung erhob sich durch ganz Deutschland nur ein Schrei der Entrüstung. Selbst konservative Mitglieder der Kammern protestirten und in allen Städten wurden für Blum Trauerfeiern abgehalten und für seine hinterlassene Familie Liebesgaben gesammelt. Dagegen erhielten Windischgrätz und Jellacic für ihre Tillythaten vom russischen Czaren warme

artikeln, sondern aus einem offiziellen Berichte, den der Abgeordnete Zimmermann aus Spandau von Wien aus an das deutsche Parlament gesandt hat.

Im Gegensatze hiezu muß hervorgehoben werden, daß während der ganzen Zeit, in welcher Wien vom 6. Oktober an unter der Herrschaft der bewaffneten Arbeiter gestanden, keine Verletzungen an Personen und Eigenthum vorgekommen und daß selbst die Gauner mehr als unter der kaiserlichen Polizei im Schach gehalten wurden. Dies wurde selbst vor den Kriegsgerichten beglaubigt.

*) Fröbel, mit Blum verhaftet, wurde entlassen; Hartmann, Bem, Schütte, Pulszky, Tausenau, Frank und Fenner von Fenneberg entkamen; die übrigen Führer, wie Messenhauser, Moier, Dr. Ludwig, alle akademischen Legionäre und übergegangenen Soldaten, die man fand, wurden erschossen.

Dankesbezeugungen und Lobeserhebungen in Form von gnädigen Handbillets und sogen. hohen Orden. Dem Kaiser Ferdinand muß es indessen bei alledem doch nicht recht wohl gewesen sein, denn er dankte den 2. Dezember zu Gunsten seines achtzehnjährigen, von den Jesuiten erzogenen Neffen Franz Joseph ab.

Der Sieg des Absolutismus in Wien war für den König von Preußen das Signal, auch seinerseits allmählig mit der Ausführung der längst vorbereiteten Pläne voranzugehen. Vor Berlin stand unter Wrangel eine starke Truppenmacht, die seit Abschluß des Malmöer Waffenstillstandes nach und nach zusammengezogen wurde. In der Stadt selbst ließ man noch ausschließlich die willjährige und willkürlich mit Ausschluß der Demokraten und Arbeiter zusammengesetzte Bürgerwehr unter Major Rimpler walten, der am 17. Oktober einen theilweisen Aufstand der, bei der totalen Stockung des Handels und der Industrie im Elende befindlichen Arbeiter*) unterdrückte. Die plötzliche Einsetzung eines durch und durch reaktionären Ministeriums mit dem General von Brandenburg an der Spitze veranlaßte die preußische constituirende Nationalversammlung, den 2. November unter Führung ihres Präsidenten von Unruh eine Deputation mit einer Adresse an den König nach Potsdam abzusenden. Sie hatte Mühe, vorgelassen zu werden, und als Unruh die Adresse verlesen hatte, wollte sich der König entfernen; da ergriff Joh. Jacoby das Wort mit der Bemerkung: „Majestät! Wir sind nicht blos hergesandt, eine Adresse zu überreichen, sondern auch über die wahre Lage des Landes persönlich Auskunft zu geben." Der König schwieg. Jacoby: „Gestatten Ew. Majestät uns

*) Diese hatten 10 Todte und viele Verwundete; die Bürgerwehr einen Todten, der aus Versehen von seinem Hintermann erschossen worden.

Gehör?" Der König: „Nein!" Jacoby: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Der König entfernte sich und sandte des andern Tages an die Nationalversammlung die Antwort, dahin gehend, daß das neue Ministerium dem Lande nur Glück bringen werde und daß er auf seiner Wahl bestehe. Auf dieses hin mußte man in Frankfurt erkennen, daß in Berlin der Ausbruch der Krisis bevorstehe, und sandte deßhalb das Reichsministerium Bassermann als Spezialkommissär dahin ab. Den 9. November erschien Brandenburg in der Nationalversammlung und erklärte dieselbe in hochfahrendem Tone im Namen des Königs für vertagt bis zum 27. November, an welchem Tage sie ihre Sitzungen in der Provinzialstadt Brandenburg wieder zu eröffnen habe.

Hierauf verließen die Mitglieder der Rechten die Versammlung, welche aber trotzdem beschlußfähig blieb und gegen den Gewaltakt protestirte, da sie eine souveraine constituirende sei und der König nicht das Recht habe, sie zu vertagen oder aufzulösen oder anderswohin zu verlegen. Des andern Tages wurde während der Sitzung das Lokal militärisch umstellt. Den 11. wollte die Versammlung im Schauspielhause tagen, fand aber auch dieses verschlossen und innen von Militär besetzt; sie tagte dann den 12. und 13. im Schützenhause und wurden dort die Steuerverweigerung und die Versetzung des Ministeriums in Anklagestand beantragt, worauf dann von der Regierung der Belagerungszustand bis auf zwei Meilen im Umkreise erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst, die Ablieferung sämmtlicher Waffen verlangt und die Stadt massenweise mit Truppen und Kanonen besetzt wurde. Sogar auf das ebene Schloßdach ließ Wrangel 14 Stück Geschütz hinaufwinden. Nichtsdestoweniger gelang es den 15. November der Nationalversammlung, in dem Mielenz'schen Saale eine Sitzung abzuhalten und in derselben, kurz bevor das Militär zu ihrer

gewaltsamen Auseinandersprengung erschien, mit 226 Stimmen die Steuerverweigerung zu beschließen und ihre Mission bis auf Weiteres für beendet zu erklären. Die Aufregung hierüber war in Preußen speziell und in ganz Deutschland eine ungeheure. Doch blieb es bei Protestationen in Masse und da und dort bei wirklicher Steuerzahlungsverweigerung, doch zu einem eigentlichen Kampfe kam es mit Ausnahme von Erfurt nirgends. Trotzdem wurde auch auf viele andere Orte der Belagerungszustand ausgedehnt, die Bürgerwehren in denselben aufgelöst, die freie Presse unterdrückt, das Vereins- nnd Versammlungsrecht aufgehoben. Dieses Alles hinderte aber den nach Frankfurt zurückgekehrten Bassermann nicht, die preußische Regierung in ihrem Verfahren wegen der „fürchterlichen Gestalten", die er in Berlin gesehen, zu entschuldigen. Von dieser Zeit an hieß man die Proletarier „die Bassermann'schen Gestalten".

Die am 27. November in Brandenburg eröffnete Nationalversammlung, zu welcher sich hauptsächlich die Mitglieder der Rechten einfanden, konnte es nie zur Beschlußfähigkeit bringen, da die Majorität unter Unruh wieder in Berlin zu tagen versuchte, aber stets von der Regierung daran verhindert wurde. In Mitten dieses Wirrwarrs löste der König den 6. Dezember die Nationalversammlung auf und verkündigte dann eine längst bereit gelegene, hauptsächlich von Leo aus Halle ausgearbeitete sogen. oktroyirte Verfassung, die mit dem Zweikammersystem ꝛc. heute noch in Preußen der Hauptsache nach fortbesteht.

Um diese Zeit erschien der Präsident des deutschen Parlaments, von Gagern, der Hohenzollernfreund par excellence, in Potsdam, um sich fernere Verhaltungsmaßregeln zu holen. Nach Frankfurt zurückgekehrt, suchte er Herrn von Schmerling aus dem Reichsministerium zu verdrängen. Letzteren hatte man in Potsdam im Verdacht, daß er durch den Reichsverweser die übrigen deutschen Fürsten im österreichischen Interesse zu beeinflussen suche. Es gelang Gagern, am 18.

Dezember vom Reichsverweser an Schmerling's Stelle zum Präsidenten des Reichsministeriums und zum Minister des Innern ernannt zu werden. Schmerling wurde nun von Wien aus zum österreichischen Gesandten beim Reichsverweser ernannt, um Gagern's Einfluß für preußische Interessen zu pariren. Auffallend war es überdies, daß Gagern das wichtige Präsidium der deutschen Nationalversammlung niederlegte, bevor von dieser das deutsche Verfassungswerk vollendet war. Dies bedeutete für den Klarsehenden, daß die deutsche Nationalversammlung und ihr Werk unter der Hand schon ad acta gelegt waren und daß man später offen im günstigen Momente mit ihr verfahren werde, wie man mit der preußischen Nationalversammlung in Berlin verfahren war.*)

*) Wie er sich schon in Heidelberg am 5. März bei der Wahl des Siebener-Ausschusses geäußert, hatte Gagern allerdings den Plan, den König von Preußen durch die Nationalversammlung zum deutschen Kaiser erwählen zu lassen; allein abgesehen davon, daß Oesterreichs Zustimmung mit Waffengewalt erzwungen werden mußte, daß damals der russische Czar Nicolaus, der ja nicht einmal die Abtrennung Schleswig-Holsteins von Dänemark duldete, Oesterreich Verbündeter war und daß in diesem Falle auch die übrigen deutschen Fürsten wie im Jahre 1866 gegen Preußen zu Felde gezogen wären, war es doch angesichts der Berliner Novemberereignisse handgreiflich, daß ein Hohenzollern niemals mit den von der Nationalversammlung geschaffenen Grundrechten und Reichsverfassung, welche nach Uhland's Ausdruck denn doch mit einigen Tropfen demokratischen Oels gesalbt waren, über Deutschland regieren werde. Im Jahre 1866 war Herr von Bismarck in der Ausführung des Gagern'schen Planes günstiger gestellt, weil Italien mit ihm vereint gegen Oesterreich kämpfte und ihm Rußland und Frankreich Neutralität zugesagt und ihr Wort auch gehalten haben.

II.

Die badische Revolution.

1. Ihre Vorbereitung und politische Leitung.

Für diese, oben angedeutete Eventualität sich und Andere vorzubereiten, war von nun an Pflicht eines jeden deutschen Republikaners; denn es war anzunehmen, daß der „deutsche Michel“ wild werden würde, sobald man ihm rücksichtslos von Oben herab zeigte, daß es wieder beim Alten wie vor 1848 bleiben müsse. Es war zunächst Sache der am Pfingstmontag von Frankfurt aus gegründeten demokratischen Vereine (in Baden und Württemberg „Volksvereine“ genannt), Vorbereitungen für die Katastrophe zu treffen.

In Baden wollte diese Vereinsorganisation von Mannheim aus, das vom Frankfurter Demokratenkongreß als Vorort für Baden und die Rheinpfalz bestimmt worden, durchaus nicht aufkommen. Es fehlte in Mannheim für die Leitung an bekannten Namen und an begabten Männern des Vertrauens. Hecker war außer Landes; Struve, Heff, Grohe und Andere im Zellengefängniß zu Bruchsal; Itzstein, Brentano &c. beschränkten sich in Frankfurt und Carlsruhe auf ihre Deputirtensitze und wollten wohl auch nicht sich direkt mit dem Volke in Verbindung setzen und dasselbe zu einer Erhebung vorbereiten. Da mußten die Mannnheimer aus Mangel an andern Männern der Feder und der freien Rede für das

Präsidium des Ausschusses der badischen Volksvereine ihre Zuflucht zu Florian Mördes nehmen, der zwar als Redner und Schriftsteller unbestreitbares Talent, aber keine Festigkeit des Charakters, keine Consequenz in politischen Ansichten, keinen Muth gegenüber drohenden Gefahren,*) somit im Lande kein Vertrauen besaß.

Der in einem großen Theile des Landes nach der Struve-Blind'schen Unternehmung erfolgte Belagerungszustand, die Anstrengungen der vom Minister Bekk unterstützten und von den Mannheimer Bürgern Blezinger und Dr. Ladenburger geleiteten vaterländischen Ordnungs- und Beamtenvereine, sowie die zum vollständigen Regierungswerkzeug herabgesunkene badische Kammer mußten in der Folge die Wirksamkeit der demokratischen Partei vollständig paralysiren, wenn die haltlose Mördes'sche Leitung der Volksvereine fortdauerte, um so mehr, als bedeutende Orte, wie Heidelberg, Freiburg, Constanz, dann die ganze Rheinpfalz den Anschluß an den Mannheimer Ausschuß unter Mördes geradezu verweigerten. Es war Gefahr im Verzuge. Mördes mußte entfernt und eine durchgreifendere, lebensfähigere Organisation der bei weitem die Mehrheit des badischen Volkes bildenden demokratischen Partei erzielt werden.

Dies auszuführen entschloß sich Amand Goegg,**) der bis dahin nur anonym für die demokratische Sache gewirkt hatte. Er setzte seine Beamtenstelle auf's Spiel und berief durch briefliche Einladungen nach seinem Geburtsstädtchen Renchen auf den zweiten Weihnachtstag 1848 aus etwa zehn Amtsbezirken eine Versammlung von ungefähr 150

*) Einer der Hauptfehler vieler Politiker und meistens die Ursache des Mißlingens einer Erhebung.

**) Den Lesern schon aus dem Jahre 1843 von Heidelberg her bekannt.

der angesehensten demokratischen Bürger, legte diesen zur Gutheißung eine neue Vereinsorganisation für ganz Baden vor und ließ die Versammlung dem Mannheimer Volksvereine empfehlen, bei der vorzunehmenden Neuwahl des obersten, in Mannheim residirenden Ausschusses der badischen Volksvereine auf Lorenz Brentano Bedacht zu nehmen, welcher sich als Advokat in politischen Prozessen, dann in den Debatten der Carlsruher Kammer und im Frankfurter Parlament durch seine warme Vertheidigung Hecker's große Popularität im ganzen Lande erworben hatte und somit mit seinem Namen zum Erfolg des Unternehmens wesentlich beitragen mußte.

Der Mannheimer Volksverein kam den Wünschen der Renchener Versammlung nach, wählte in den obersten Ausschuß, der nun nach der neuen Organisation Landesausschuß der badischen Volksvereine hieß, Brentano zum ersten, Goegg zum zweiten Vorsitzenden und zu weiteren Mitgliedern, mit Umgehung von Mördes, sehr thätige, mit Goegg's entschieden republikanischer Gesinnung harmonirende Bürger, nämlich Heinrich Rös, Reichard, Sönder, Löwenhaupt, Zöller, Happel, Ludwig Degen, Heinrich Hoff,*) Jean Pierre Grohe,*) Barth, Rickert rc. Brentano gab, wie gesagt, nur den Namen her, für die Sache selbst that er wenig oder gar nichts. Einmal war er meistens von Mannheim abwesend, dann wollte er durchaus kein gewagtes, thatkräftiges Auftreten, keine gewaltsame Umgestaltung in Baden und im übrigen Deutschland auf revolutionärem Wege. Für Baden wollte er nur von den grünen Kammerbänken aus in schönen, für ihn ungefährlichen Reden das Ministerium Bekk stürzen und eine verfassungsrevidirende Landesversammlung auf constitutionellem

*) Hoff und Grohe waren kurz vorher aus dem Gefängnisse entlassen worden.

Wege einberufen wissen. Für Deutschland hat er ja in der zu Frankfurt wegen Peter gehaltenen Rede erklärt, daß er nach dem Simon'schen Antrage für Einführung der Reichsverfassung stimme, wie sie damals von der monarchischen Majorität der Nationalversammlung den deutschen Regierungen zur Annahme angeboten war.

Diese Lauheit Brentano's veranlaßte aber Goegg und seine Collegen, nur um so energischer an die Vorbereitung der Revolution zu schreiten. Nachdem in kurzer Zeit in Folge der neuen Vereinsorganisation sich über 400 Volksvereine*) mit circa 35,000 Mitgliedern gebildet hatten und die zahlreichen Arbeiter- und Turnvereine als Zweigvereine in die Organisation aufgenommen waren, schritt man an die materielle Wirksamkeit der Vereine selbst.

Vor Allem wurden durch eine, vom Landesausschuß niedergesetzte Kommission, aus den Bürgern Heinrich Hoff, J. P. Grohe und Eugen Oswald bestehend, im ausgedehntesten Maßstabe auf Vereinskosten die Blätter der demokratischen Presse verbreitet und für alle Vereinsmitglieder eine Wochenschrift: — „Flugblätter der Volksvereine" — mit größeren Arbeiten und den Verhandlungen des über 2000 Mitglieder zählenden Mannheimer Volksvereines herausgegeben. Außerdem verbreitete diese Kommission unentgeldlich in großer Zahl unregelmäßig erscheinende Flugschriften über die wichtigsten politischen und sozialen Fragen, und speziell solche an das Militär über die Vorzüge einer republikanischen Verfassung, über die Nothwendigkeit seiner Verschmelzung mit der Bürgerwehr und über

*) Diese standen in jedem Amtsbezirke unter der Leitung eines Bezirksausschusses, die Bezirksausschüsse unter den 8 Kreisausschüssen und letztere unter dem Landesausschuß. Die vaterländisch-Bekk'sche Ordnungspartei zählte kaum 50 Vereine durch's ganze Land.

die Zweckmäßigkeit der Wahl ihrer Offiziere durch die Compagnien selbst. Alle wichtigen Tagesfragen, sowie eine republikanische Verfassung für einen einzelnen deutschen Staat wie für ganz Deutschland, unter Bezugnahme auf die Untauglichkeit der in Frankfurt gemachten Reichsverfassung, wurden in den Mannheimer Volksvereinssitzungen der Diskussion unterworfen und der Beschluß den einzelnen Volksvereinen vom Landesausschuß durch Vermittlung der 8 Kreisausschüsse zur Begutachtung mitgetheilt.

Die Errichtung von Bürgerwehren bis in die kleinsten Dörfer und die Wahl von demokratisch gesinnten Offizieren waren auf Anregung des Landesausschusses eine der Hauptthätigkeiten der Vereine.

Zur Umstimmung des Militärs für die Demokratie wurde eine ganz besondere Thätigkeit, namentlich durch wiederholte Verbrüderungsfeste zwischen den Soldaten und den Bürgerwehren, entwickelt und die Regimenter standen durch ihre demokratischen Wortführer — meistens Unteroffiziere — mit dem Landesausschuß in steter Verbindung.

Die Agitation für den Austritt der Oppositionsmitglieder aus der badischen Kammer, wozu sich selbst ein Brentano nur schwer verstand, und für Einberufung einer constituirenden Versammlung wurden auf's eifrigste betrieben.

In den verschiedenen Landestheilen wurden von Zeit zu Zeit Bezirks-Volksversammlungen und im Monat April 1849 die 8 Kreiscongresse abgehalten, welche für den Landesausschuß durch ihre statistischen Notizen und Zusammenstellung der Forderungen der Bürger eine Art Heerschau über die Stärke der demokratischen Partei waren und ihn vollkommen belehren mußten.

Um diese Zeit schon war der Landesausschuß eine Regierung neben der großherzoglichen, was Staatsrath Bekk in seiner Schrift: „Die Bewegung in Baden vom Ende des

Februar 1848 bis Mitte Mai 1849", selbst zugesteht, mit dem Bemerken, „daß der Landesausschuß*) von Mannheim aus mit mehr Autorität im Lande regierte, als das Ministerium von Carlsruhe aus".

Ein Punkt muß hier besonders hervorgehoben werden. Die Goegg'sche Partei im Landesausschuß, die bei fortgesetzter Abwesenheit Brentano's die Oberhand hatte und das Ganze leitete, wollte durchaus nichts von der in Frankfurt geschaffenen Reichsverfassung wissen; man schloß sich daher auch nicht an die Märzvereine an, und, als die Bewegung für die Reichsverfassung in Rheinbayern ausbrach**), war es

*) Goegg hatte zu diesem Zwecke in der Passage Roes ein eigenes, mit Registratur 2c. wohlorganisirtes Bureau, in welchem er während seiner fünfmonatlichen Agitationsthätigkeit wohl die Hälfte der besagten Periode, auch ganze Nächte hindurch arbeitete, auf die Gefahr hin, seine Gesundheit zu ruiniren.

**) Diese Reichsverfassungsbewegungen fanden in verschiedenen Theilen Deutschlands statt, weil der König von Preußen, in der Parlamentssitzung vom 28. März mit 290 gegen 248 Stimmen zum erblichen deutschen Kaiser erwählt, die Wahl als nicht von den Fürsten ausgehend abgelehnt und auch die Reichsverfassung nicht anerkannt hatte, und weil mit der Nichtanerkennung besagter Verfassung seinem Beispiele auch die Fürsten der größeren Mittelstaaten, wie Bayern, Sachsen und Hannover, folgten. Die Fürsten von Baden, Würtemberg und den andern Kleinstaaten erkannten zum Schein vorübergehend die Reichsverfassung an, weil sie sich auf ihre Truppen nicht verlassen konnten. In diesen letzteren Ländern, mit Ausnahme von Baden und Sachsen, war es daher ein großer Fehler von Seite der demokratischen Parteien, daß sie auf Anerkennung der Reichsverfassung drangen. Dadurch war republikanischen Erhebungen die Spitze abgebrochen und blieben Baden und Sachsen vereinzelt. Die Dresdener

Goegg nicht hinreichend, blos zu einem bewaffnetem Zuzug nach Rheinbayern aufzufordern, sondern er erließ Anfangs Mai zu einer geheimen Versammlung im „Weinberg“ zu Mannheim eine Einladung an einflußreiche Demokraten aus den verschiedenen badischen Landestheilen, aus Rheinbayern, Württemberg, den beiden Hessen, Nassau ꝛc., sowie an die bedeutendsten Mitglieder des „Donnersberg“ (Club der äußersten Linken der Frankfurter Nationalversammlung), von welchen von Trützschler, Rül, Martini, Würth und Schlöffel erschienen sind. Nachdem er sich von den Anwesenden über die Stimmung ihrer Heimatländer Bericht hatte erstatten lassen, theilte Goegg den längst vorbereiteten Plan mit, eine große, entscheidende Volksversammlung in Offenburg abhalten zu wollen, nicht zur Unterstützung der Reichsverfassungs-Bewegung in Rheinbayern, sondern — im Hinblick auf die wegen der vom Könige von Preußen abgelehnten Kaiserwahl in Deutschland selbst bei der sogen. Ordnungspartei herrschenden Erbitterung — für Proklamirung der Republik. Darüber erhob sich eine stürmische Debatte. Die Mehrzahl erklärte sich trotz der energischen Unterstützung, welche die Minorität an Philipp Stay (dem späteren Führer der Linken in der badischen constituirenden Versammlung) fand, dagegen, billigte jedoch die Abhaltung der Volksversammlung als Agitationsmittel für Einberufung einer constituirenden Versammlung von Baden und genehmigte einen

unter Tschirner und Heubner eröffneten am 4. Mai den republikanischen Barrikadenkampf, der erst am 9. Mai mit Hülfe von 6000 Mann preußischer Truppen unterdrückt werden konnte. Sehr blutig wurde auch noch am 8. Mai in Düsseldorf, Elberfeld und Breslau, am hartnäckigsten von preußischen Städten am 16. und 17. Mai in Hagen und Iserlohn, wo die Fabrikarbeiter sich am meisten opferten, gekämpft.

von Trützschler im Namen des Donnersberg-Clubs verfaßten, vom Landesausschuß von Baden bevorworteten Aufruf zu den Waffen für Rheinbayern. Bei sich fest entschlossen, die Republik dennoch in Offenburg zu proklamiren, sofern die versprochene Hülfe des Militärs gesichert blieb, erklärte übrigens Goegg, nach Umständen soweit als möglich zu gehen, ersuchte die Anwesenden, in ihren Heimatlanden zur Nachahmung des Vorgehens in Baden thätig zu sein und berief im Namen des Landesausschusses nach Offenburg auf den 12. Mai den allgemeinen Landescongreß von Delegirten sämmtlicher badischen Volksvereine und auf Sonntag, den 13. Mai, die Landes-Volksversammlung."

Bis dahin wurde die Agitation bei den Garnisonen eifriger als je betrieben. In Mannheim waren hierfür außer Landesausschußmitgliedern die Oberlieutenants Guido Kapferer und von Cloßmann besonders thätig. In Rastatt war bei der, mehrere tausend Mann starken Garnison durch die Bemühungen des dortigen Volksvereines unter dem Präsidenten Sallinger,*) des Artilleriewachtmeisters Heilig, der Feldwebel Bannwarth, Stark, Pabst, Haas, Cordel und hauptsächlich des Bürgerwehroffiziers Complossy der Erfolg ein vollständiger und wurde von derselben Samstag den 12. Mai, nach Verwundung des Gouverneurs General von Cloßmann**) und nach Verjagung der verhaßtesten Offiziere und des vor der Festung von Carlsruhe aus mit einer reitenden Batterie und Dragonern erschienenen Kriegsministers General Hoffmann, der Beschluß gefaßt, die Offenburger Volksversammlung durch Vertreter zu beschicken und sich den

*) Damals auch Bürgermeister und jetzt daselbst wieder, doch nunmehr national-liberal.

**) Vater des früher genannten demokratisch gesinnten Mannheimer Offiziers.

Beschlüssen derselben zu unterwerfen. In Karlsruhe, wo der Volksverein mit Lanzano an der Spitze das Militär ebenfalls erfolgreich beeinflußte, erhob sich dieses Sonntag den 13. Mai, doch nur das anwesende Grenadierregiment, von welchem ein Soldat den in der Kaserne Ruhe stiften wollenden Prinzen Friedrich (den jetzigen Großherzog) verwundete. In der darauf folgenden Nacht hatte eine Abtheilung benannten Regiments einen Zusammenstoß mit einer Schwadron Dragoner, welche, nachdem ihr Rittmeister von Laroche gefallen war, zurückflohen, worauf der Großherzog Leopold, von der, aus 16 Geschützen*) bestehenden Artillerie begleitet und auf einem Protzkasten sitzend, zunächst durch den Hartwald nach der rheinbayrischen Festung Germersheim am Rhein entfloh. Am diesem gleichen Sonntag gab, unter dem Einfluß des Volksvereins und dessen Präsidenten Herderich, die Compagnie, welche das Zellengefängniß von Bruchsal bewachte, den Gefangenen Struve, Blind, Bornstedt rc. die Freiheit und zog nach Karlsruhe.

Auf dem, am 12. Mai eröffneten Landescongreß der Volksvereine wurde von Goegg, zum Präsidenten erwählt, nach kurzem Bericht über die Statistik der Volksvereine, sogleich als Maßstab für die, Tags darauf stattfindende Landes-Volksversammlung, die Frage über Proklamirung der Republik zur Debatte angesetzt.

Gegen ihre Proklamirung sprachen Mördes von Mannheim, Thibaut von Ettlingen und der Deputirte Becher aus Stuttgart, der als Präsident des Landesaus-

*) Diese Geschütze unter der Führung des Obersten von Hinkeldey mußten sich auf dem Marsche, vom Volke bedrängt, nach Fürfelden wenden, von wo die Artilleristen auf die Bitten der württembergischen Demokraten mit den Geschützen nach Carlsruhe umkehren und sich der provisorischen Regierung zur Verfügung stellten.

schusses der Württemberger Volksvereine zur Versammlung eingeladen war; dafür Philipp Stay von Heidelberg, Steinmetz von Durlach, Reich von Waldkirch und Goll von Karlsruhe. Bei der Abstimmung entschied die Mehrheit gegen die Proklamirung der Republik, was seinen Grund hauptsächlich darin hatte, daß die von den Vereinen gesandten Congreßmitglieder meistens ältere vermögliche Familienväter waren, die im Augenblick vor einer solch kühnen That erschraken; daß ferner Becher wiederholt mit Pathos die Behauptung aufstellte, daß das württemberg'sche Volk*) in diesem Augenblicke nicht für die Republik sei und sich in solchem Falle an Baden nicht anschließen werde; daß endlich Brentano von Baden-Baden aus, wo er von der Vertheidigung Fickler's und Consorten ausruhte, in einem an den Congreß gerichteten Schreiben sich entschieden gegen die Republik aussprach. Nun suchte die Minorität das Prinzip in der von Goegg gestellten Frage: in welcher Weise soll der neuzuwählende Landesausschuß fungiren? zu retten. Mördes bemühte sich mit allem Aufwande seines Rednertalentes den Congreß zum Beschlusse zu bewegen, daß der Landesausschuß nur wie bisher als Agitationsbehörde an der Spitze der Volksvereine seine Funktion fortsetzen und eine Deputation mit den Forderungen für Abtretung des Ministeriums Bekk, Auflösung der beiden Kammern, Einberufung einer constituirenden Versammlung und Amnestie an den Großherzog absenden solle. Es drohte der Vorschlag von Mördes Zustimmung zu gewinnen, da trat Goegg das Präsidium an den Vizepräsidenten Karl von Rotteck**) ab und bekämpfte Mördes mit Glück, indem er

*) In Württemberg war nur die Aengstlichkeit der Führer Schuld, daß dort das gutgesinnte Volk und Militär sich nicht der badischen Revolution angeschlossen hat.

**) Der älteste, gegenwärtig zu St. Louis in Nordamerika

erklärte, daß er zwar nicht gegen die Absendung einer Deputation sei, daß aber der Landesausschuß von diesem Tage an eine ganz andere Aufgabe wie bisher habe, nämlich die, daß er sich permanent erklären und, wenn der Großherzog die Forderungen der Deputation abschlage, an's Volk appelliren und selbst eine constituirende Versammlung einberufen müsse. Hinzufügend, daß das badische Volk der Freiheit nicht werth wäre, wenn es den Landesausschuß in diesem, von Pflicht und Umständen gebotenen feierlichen Schritte nicht unterstützen würde, drang Goegg mit seiner Meinung durch. Die Permanenz des Landesausschusses wurde erklärt, die Deputation, aus den Bürgern Rotteck, Rehmann, und Thiebaut bestehend, abgeschickt und der definitive Landesausschuß mit Umgebung von Mördes aus folgenden Männern zusammengesetzt: Lorenz Brentano, Präsident, Amand Goegg, Vizepräsident, Joseph Fickler, Peter, Max Werner, Rehmann, Phil. Stay, Andreas Willmann, Steinmetz, Wernwag, Richter, Ludwig Degen und die Soldaten Ritter und Stark; als Ersatzmännner: Heinrich Hoff, Torrent, Karl von Rotteck, Heinr. Happel, Junghans, Kiefer und die Soldaten Cordel und Bannwarth.

Goegg konnte am Vorabende der Volksversammlung nicht weiter gehen, da er die Vorgänge der Rastatter Garnison noch nicht wußte und die verabredete Soldatendeputation noch nicht angekommen war. Dagegen entwarf er an diesem Abende noch im Vereine mit Mitgliedern der republikanischen Congreßminorität, wie Stay, Goll, Schaible, Nerlinger, Steinmetz, Degen und Schlöffel das Programm, welches des andern Tages zuerst in einer zweiten Sitzung des Landescongresses und schließlich von der Volksversammlung angenommen wurde. Das Programm lautet:

---

lebende Sohn des 1840 in Freiburg verstorbenen berühmten Rechtsgelehrten, Geschichtsschreibers und Deputirten.

„Die Landes-Volksversammlung in Offenburg erklärt: Deutschland befindet sich fortwährend im Zustande voller Revolution, auf's Neue hervorgerufen durch die Angriffe der größeren deutschen Fürsten auf die, von der deutschen Nationalversammlung endgültig beschlossene Reichsverfassung und die Freiheit überhaupt. — Die deutschen Fürsten haben sich zur Unterdrückung der Freiheit verschworen und verbunden; der Hochverrath am Volk und Vaterlande liegt offen zu Tage; es ist klar, daß sie sogar Rußlands sämmtliche Armeen zur Unterdrückung der Freiheit zur Hülfe rufen. — Die Deutschen befinden sich also im Zustande der Nothwehr, auch sie müssen sich verbinden, um die Freiheit zu retten; sie müssen dem Angriff der fürstlichen Rebellen den bewaffneten Widerstand entgegensetzen. — Die deutschen Stämme haben die Verpflichtung, sich gegenseitig die Freiheit zu gewährleisten, um den Grundsatz der Volkssouverainetät vollkommen durchzuführen; sie müssen sich daher unterstützen überall, wo sie angegriffen werden. — Das badische Volk wird daher die Volksbewegung in der Pfalz mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen.

„Die Landesversammlung des badischen Volkes in Offenburg hat nach vorhergegangener Berathung die gestellten Anträge in dem Landescongresse der Volksvereine, nach fernerer stattgefundener öffentlicher Berathung, wobei Abgeordnete aus allen Landestheilen vertreten waren, nach fernerer ausführlicher Diskussion in der Versammlung des Volkes beschlossen: 1. Die Regierung muß die Reichsverfassung, wie sie nun nach der, durch die Ereignisse beseitigten Oberhauptsfrage feststeht, unbedingt anerkennen und mit der ganzen bewaffneten Macht deren Durchführung in andern deutschen Staaten, zunächst in der bayrischen Pfalz, unterstützen. — 2. Das gegenwärtige Ministerium ist sofort zu entlassen und Bürger Brentano, Obergerichtsadvokat zu Mannheim, sowie Bürger Peter,

Reichstagsabgeordneter von Achern, mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen. — 3. Es muß alsbald unter sofortiger Auflösung der jetzigen Ständekammer eine verfassunggebende Landesversammlung berufen werden, welche in sich die gesammte Rechts- und Machtvollkommenheit des badischen Volkes vereinigt; — diese Landesversammlung soll gewählt werden von und aus den sämmtlichen volljährigen Staatsbürgern des Landes und zwar unter Beibehaltung der für die bisherige zweite Kammer bestandenen Wahlbezirke. — 4. Es muß ohne allen Verzug die Volksbewaffnung auf Staatskosten in's Leben gerufen werden, und es sind alle ledigen Männer von 18—30 Jahren als erstes Aufgebot sofort mobil zu machen. — Alle diejenigen Gemeindebehörden, welche nicht alsbald die Bewaffnung ihrer Bürger anordnen, sind augenblicklich abzusetzen. — 5. Die politischen Flüchtlinge sind sofort zurückzurufen, die politischen Militär- und Civilgefangenen zu entlassen und alle politischen Prozesse niederzuschlagen; — namentlich verlangen wir aber auch die Entlassung derjenigen Militärgefangenen, welche in Folge der politischen Bewegungen wegen sogen. Disziplinar- und Insubordinationsvergeben bestraft wurden. — 6. Die Militärgerichtsbarkeit muß aufgehoben werden. — 7. Bei dem Heer soll eine freie Wahl der Offiziere stattfinden. — 8. Wir verlangen alsbaldige Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr. — 9. Es müssen sämmtliche Grundlasten unentgeltlich aufgehoben werden. — 10. Es müssen die Gemeinden unbedingt selbstständig erklärt werden, sowohl, was die Verwaltung des Gemeindevermögens, als die Wahl der Gemeindevertreter betrifft; es müssen alsbald im ganzen Lande neue Wahlen für die Gemeindevertretung stattfinden. — 11. Es werden sämmtliche von den sogen. Kammern in Karlsruhe seit dem 17. Januar l. J. gefaßten Beschlüsse für null und nichtig erklärt und darunter namentlich das sogen. Wahl-

gesetz vom 10. v. M., welches einen förmlichen Angriff auf die, in den Reichsgesetzen gegebenen Bestimmungen enthält. — 12. Die Geschwornengerichte*) sind für alle Kriminalfälle ohne Unterschied augenblicklich einzuführen und kein einziger Kriminal-Prozeß darf mehr von Staatsrichtern entschieden werden. — 13. Die alte Verwaltungs-Bureaukratie muß abgeschafft werden und an ihre Stelle die freie Verwaltung der Gemeinden oder anderer Körperschaften treten. — 14. Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Uebergewicht der großen Kapitalisten. — 15. Abschaffung des alten Steuerwesens, hierfür Einführung einer progressiven Einkommensteuer nebst Beibehaltung der Zölle. — 16. Errichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann. — Hierdurch fällt der besondere Pensionsfond für Staatsdiener von selbst weg. Der Landesausschuß wird beauftragt, die nöthigen Anordnungen zur Durchführung dieser Beschlüsse mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu treffen und von dem Ergebniß der heutigen Volksversammlung dem Landesausschuß in Rheinbayern, sowie den Landesausschüssen der übrigen Nachbarstaaten sofort Nachricht zu geben. Offenburg, den 13. Mai 1849. Im Namen der Landes-Volksversammlung: Amand Goegg."

In seiner „Geschichte der süddeutschen Mai-Revolution von 1849; Genf, Verlag von Gottfried Becker, 127 rue Perron, 1849" sagt hierüber Joh. Phil. Becker: „Die Politik dieses Programmes — von Goegg, dem jungen Manne mit der starken, klaren Stimme, dessen Eifer und Thätigkeit

*) Nur für politische Prozesse wurden solche Gerichte Ende 1848 in Baden eingeführt.

der Bedeutung des Tages angemessen war, der Versammlung vorgelegt — ist als eine sehr bedeutende und großartige zu bezeichnen. Sie ist der Bildung des deutschen Volkes und dem Charakter der Zeit entsprechend. Sie überschreitet die Verfassung aller gewesenen und bestehenden Staaten. In einigen Punkten überragt sie den Berg der französischen Nationalversammlung. Die drei letzten Sätze namentlich enthalten den Kern der Forderungen, welche die Sozialisten an den Staat zu stellen pflegen. Das Recht jedes Staatsbürgers auf Lebensunterhalt, vom Staate garantirt, bedingt eine ganze Reihe von sozialen Umänderungen, die mit der vollständigen Umgestaltung der jetzigen gesellschaftlichen Verhältnisse endigen."

Da Brentano mit einem Theile seiner in den Landesausschuß gewählten Gesinnungsgenossen in Offenburg nicht anwesend war, hatte die republikanische Partei am Entscheidungstage, Sonntag den 13. Mai 1849, im Landesausschusse die Oberhand, erklärte diesen noch vor Eröffnung der Volksversammlung zur executiven Behörde und ertheilte Goegg Generalvollmacht zu revolutionären Maßregeln, zu welchen derselbe gleich nach Ankunft der Congreßdeputation*) und der Rastatter Soldatendeputation schritt. Diese erklärte zwar öffentlich in der vorberathenden Versammlung, daß sie von ihrer Garnison nur den Auftrag habe, für Durchführung der Reichsverfassung und Einberufung einer constituirenden Versammlung zu stimmen; einzelne Mitglieder der Deputation theilten aber Goegg im Vertrauen mit, daß dieser Beschluß in Rastatt noch unter dem Einflusse vieler zurückgebliebener Offiziere gefaßt wurde und daß die Soldaten sich für die Republik erklären würden, wenn der Landesausschuß in ihrer Mitte erscheine und sie direkt dazu auffordere. Auf diese Mittheilung

*) Diese, wie erwartet wurde, brachte eine abschlägige Antwort des Großherzogs.

hin ging Goegg von dem Plane ab, die Republik schon auf der Volksversammlung zu proklamiren, ernannte aber noch vor Eröffnung derselben ohne Berücksichtigung des anwesenden Reichscommissärs **Raveaux** circa 30 Commissäre mit unbeschränkter Vollmacht aus entschiedenen Männern, wie Heinrich **Röß** von Mannheim, Dr. **Küchling** von Kehl, **Schrempp** von Oberkirch, **Heunisch** von Freiburg ꝛc., welche augenblicklich nach allen Theilen des Landes abzureisen und die Bevölkerung zu den Waffen nach Karlsruhe zu rufen und die widerstrebenden großherzoglichen Beamten abzusetzen hatten, und ließ durch das erste Aufgebot der Offenburger Bürgerwehr den Bahnhof besetzen, die vorhandenen Lokomotiven und Waggons in Beschlag nehmen und nach Abreise der Commissäre die aus dem Oberlande ankommenden Eisenbahnzüge nicht mehr in's Unterland abgehen.*)

Nachmittags 2 Uhr wurde dann vor dem Rathhause auf dem Marktplatze die großartige, wohl gegen 40,000 Mann zählende **Landes-Volksversammmlung** von **Goegg** mit den Worten eröffnet: „Nicht viel reden wollen wir diesmal, sondern handeln.“ Es sprachen Heinr. **Hoff**, **Werner**, Germain **Metternich** aus Mainz, **Stay**, **Goll**, **Savoie**,**) Abgesandter der französischen Demokraten, und die

*) Minister Bekk erwähnt dies auch in seiner schon erwähnten Schrift. Auch vergesse man nicht, daß man in Offenburg an diesem Tage von den Vorgängen in Karlsruhe noch nichts wußte und daß der Großherzog erst in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai in Folge der Nachricht von dem revolutionären Offenburger Vorgehen und dem Aufstande der Karlsruher Infanteriegarnison aus Karlsruhe entflohen ist.

**) Savoie war geborner Rheinbayer, wurde nach dem Hambacher Fest als Flüchtling in Frankreich naturalisirt und

Soldaten **Corbel** und **Ritter**. Nachdem das oben mitgetheilte, die Consequenzen einer sozialdemokratischen Republik enthaltende, von Goegg vorgelegte Programm angenommen war, forderte derselbe die Versammlung auf, vom Platze hinweg nach Rastatt zu ziehen, um dort vereint mit den Bürgersoldaten die Revolution mit **einem** Schlage dem Ziel zuzuführen und die Republik zu proklamiren. Ein donnerndes Hurrah gab aus wohl 35,000 Kehlen die Zustimmung.

Damit schloß der große Akt des 13. Mai 1849. Da erschien die Kraft und Majestät des Volkes im wahren Glanze. Dem von da aus nun eröffneten revolutionären Strome hätten keine Bajonette Widerstand geleistet. Fort und fort wäre es in raschem Laufe über Baden's Grenzen hinaus in alle deutschen Gauen gegangen; **ein** Mann hielt aber, wie wir später zeigen werden, mit seinem unseligen populären Namen diesen Strom auf und auf ihm lastet die furchtbare Schuld des späteren Mißlingens.

Der Landesausschuß eilte der Hauptmasse mit einem unübersehbaren, von bewaffneten und unbewaffneten Bürgern vollgepfropften Eisenbahnzug nach Rastatt voraus, kam bei Sonnenuntergang vor der aufgezogenen Zugbrücke des Karlsruher Thores an und fand zum Erstaunen Aller, hauptsächlich der mitgekommenen Soldatendeputation — **Einlaßverweigerung**! In der Festung hatte nämlich im Laufe des 13. Mai die Reaktion beim Militär durch die Anstrengungen der bei den Regimentern noch befindlichen früheren Offiziere schon wieder in einem gewissen Grade die Oberhand; namentlich war besagtes Thor von einer, durch Offiziere aus allen Truppentheilen ausgesuchte, aus reaktionär gesinnten Unteroffizieren bestehende zahlreiche Mannschaft besetzt. Schon verloren einige Landesausschußmitglieder den Muth und gingen

---

von einem Elsäßer Wahlbezirk als Deputirter 1848 in die französische Nationalversammlung gesandt.

auch wirklich mit der Entschuldigung, im Interesse der Sache dürfe man nicht in diese Mausfalle hinein, zum Bahnhof zurück. Goegg mit seinen vor dem Thore gebliebenen Collegen Werner, Stay, Degen und Steinmetz fühlte, daß von der nunmehrigen Haltung das Gelingen der Revolution abhänge; er trat daher mit aller Energie auf, machte den am Thore befehlenden Offizier für sein Benehmen verantwortlich, verlangte kategorisch eine Unterredung mit dem früheren Hauptmann und nunmehrigen, von den Soldaten erwählten Festungsgouverneur Greiner und mit Bürgermeister Sallinger und hielt an die auf den Wällen befindlichen Artilleristen eine feurige Ansprache. Soldaten von der Deputation unterstützten Goegg mit Zurufen an ihre Waffenbrüder. Dieses Auftreten wirkte entscheidend. Die Artilleristen richteten ihre Kanonen gegen das Festungsthor und drohten, dasselbe einzuschießen, wenn dem Landesausschuß nicht geöffnet werde, worauf der Thorkommandant sich fügte. Der unterdessen herbeigekommene Gouverneur und der Bürgermeister schützten das Unglück vor, welches in dieser Nacht entstehen könnte, wenn in die durch die große Garnison und 4000 Festungsarbeiter überfüllte Stadt noch die aus dem Oberlande bereits angekommenen und noch anrückenden Menschenmassen einzögen. Man verständigte sich dahin, daß vor der Hand nur der Landesausschuß mit der Soldatendeputation eintrete und die vor der Festung anwesenden und nachkommenden Mannschaften unter Merlinger's Kommando in den umliegenden Ortschaften bis Oos hinauf organisirt und einquartirt werden.

Auf dem Rathhause angekommen, fand der Landesausschuß Niedergeschlagenheit und Verwirrung. Es hieß: Alles sei wieder in der Gewalt der reaktionären Offiziere. Indessen versammelte sich doch auf Veranlassung der freigesinnten Unteroffiziere gegen 9 Uhr Abends eine große Soldatenmasse vor dem Rathhause. Goegg ließ durch einen Soldaten das in

Offenburg angenommene Programm verlesen und hielt trotz der nunmehr eingetretenen Dunkelheit*) eine ausführliche Rede an die Soldaten, wodurch diese wieder Muth faßten und in die Tags zuvor bewiesene revolutionäre Stimmung übergingen. Es wurde beschlossen, daß man sich diese Nacht ruhig verhalte und daß den andern Morgen um 8 Uhr die ganze Garnison vor dem Rathhause erscheine. Kaum waren aber die Soldaten in den Kasernen und Goegg in der Druckerei mit Abfassung einer Proklamation beschäftigt, so wurde Generalmarsch geschlagen und ein wildes Toben und Treiben begann. Kavallerie sprengte durch die Straßen, Kanonen fuhren auf, Infanterie rückte im Sturmschritte aus den Kasernen, die Bürgerwehr stellte sich auf. Was ist's? was gibt's? frug man sich erstaunt. Es war der letzte Versuch der Reaktion gegen die Revolution. Man wollte in der absichtlich herbeigeführten Verwirrung durch einzelne, der Reaktion noch ergebene Truppentheile sich des Landesausschusses, der revolutionären militärischen Führer, der sämmtlichen Wachen und Festungsthore bemächtigen und hoffte durch solche Kühnheit die Masse der Garnison einzuschüchtern.**) Es gelang nicht und dies war hauptsächlich der Entschlossenheit und Geistesgegenwart des Wachtmeisters Heilig, dem Führer der

---

*) Es gab damals in Rastatt nur eine spärliche Oel-, noch keine Gas- oder Petroleumbeleuchtung.

**) In diesem kritischen Momente erschienen, von Bruchsal gekommen, Struve und Blind vor dem von einer feindlichen Abtheilung bewachten Karlsruher Thor und fanden natürlich keinen Einlaß. Unglücklicherweise führten sie hierauf die für die Revolution unheilvolle Idee aus, nach Baden-Baden zu gehen und daselbst, wie Struve selbst auf Seite 165 seiner schon erwähnten Schrift erzählt, Brentano zu vermögen, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen.

Artilleristen, der später beim Fall der Revolution als Major und Kommandant der Festungsartillerie ein Opfer der preußischen Standrechtskugeln geworden, zu verdanken. Heilig verlangte von Goegg eine, ihm bereitwilligst ertheilte Generalvollmacht, mit Hülfe seiner Leute sämmtliche reaktionäre Offiziere, darunter den Haupträdelsführer, Geniehauptmann Heusch, zu verhaften. Dies wurde ausgeführt und, nachdem Heusch und Genossen in Haft gebracht waren, trat wieder Ruhe ein; der Landesausschuß blieb aber die Nacht hindurch in Permanenz, ließ sich die Schlüssel der Festungsthore bringen, dem demokratisch gesinnten Bürgermeister Sallinger die sämmtlichen großherzoglichen Kassen zur Verwahrung übergeben und hielt Montag Morgens 8 Uhr die Abends zuvor angeordnete allgemeine Soldaten- und Bürgerversammlung ab. Auf die mit unbeschreiblichem Jubel begrüßte Mittheilung einer Deputation des Karlsruher Gemeinderathes, daß der Großherzog in verflossener Nacht entflohen sei und daß sich die Stadt Karlsruhe den Beschlüssen des Landesausschusses unterwerfe, beschloß die Versammlung, daß die Soldaten zur Wahl der Offiziere zurückkehren und um 11 Uhr in vollständiger Organisation und in Paradeaufzug zur feierlichen Beeidigung und weiteren Beschlußfassung (Proklamirung der Republik) vor dem Landesausschusse auf dem Rathhausplatze wieder erscheinen sollen.

Die neue Organisation der Dinge wurde noch vorher vom Landesausschuß in Angriff genommen und ging rasch und in bester Ordnung vor sich. Jeder Beamte, der sich nicht durch einen Eid und schriftliche Deklaration verpflichtete, dem Landesausschusse **unbedingt** Folge zu leisten, wurde abgesetzt und für die übrigen Landestheile zur Sicherung der Kassen, Militärposten &c. Maßregeln getroffen.

Kurz vor 11 Uhr, in den Straßen mit Jubel begrüßt und nachdem er **angesichts der nunmehrigen Gefahrlosigkeit** zuvor seine Zustimmung zu der, Tags vorher von

ihm mißbilligten Revolution an den Landesausschuß eingesandt, erschien Brentano, welcher in dieser Zeit allgemeiner Begeisterung eine außerordentliche Popularität, wie die Hecker's besaß, gegenüber welcher der Einfluß der übrigen Landesausschußmitglieder und selbst Goegg's, welcher an diesem Tage in Folge übermenschlicher dreitägiger Anstrengung kein lautes Wort mehr hervorbringen konnte, somit Brentano öffentlich nicht bekämpfen konnte, geradezu auf Null herabgesetzt war. Zu der vor dem Rathhause erschienenen Garnison sprach Brentano von nichts als von der Durchführung der Reichsverfassung, und die vorgenommene Beeidigung ging kalt und lautlos vorüber.*)

Den 14. Mai Nachmittags per Eisenbahn mit zwei Bataillonen und klingendem Spiele in Karlsruhe angekommen, fand der Landesausschuß die Bevölkerung in vollem Jubel, dagegen die Beamtenwelt in ängstlicher Spannung, nur des Winkes gewärtig, um zu gehorchen. Ehe er auf den Balkon des Rathhauses vor die unübersehbare Volksmasse trat, hielt er eine geheime Sitzung ab. Goegg versuchte durch bestimmten

*) An diesem Tage leisteten auch die übrigen Garnisonen in Mannheim, Freiburg und Lörrach den schon in Offenburg von Goegg ernannten Civilcommissären den Eid auf unbedingten Gehorsam gegenüber dem Landesausschuß. Nur das Leibdragoner-Regiment verweigerte, auf Anstiften seines Kommandanten von Glaubitz, in Freiburg den Eid, durchzog das Land und rückte gegen den Befehl am 24. Mai Abends mit dem Rufe: „Es lebe der Großherzog!" in Karlsruhe in der Absicht ein, im Vereine mit der Bürgerwehr eine Contrerevolution zu versuchen. Der Versuch mißlang. Das Regiment fügte sich angesichts zahlreicher Corps von Volkswehr dem Befehle, in die Kaserne zu ziehen und neue Offiziere zu wählen. Glaubitz und seine Offiziere wurden verhaftet und nach einem Verhöre vom Landesausschuß in das Gefängniß nach Rastatt gesandt.

Antrag den Landesausschuß zu bestimmen, die Republik zu proklamiren. Es half nichts gegen die allgewaltige Einsprache des, auf seine Popularität pochenden Brentano; Goegg blieb bei der Abstimmung mit Stay, Happel, Steinmetz (Werner war nicht zugegen*) gegen fünf anwesende Mitglieder in der Minorität. Ja Brentano sagte sogar zu dem zur Audienz zugelassenen Karlsruher Gemeinderath, daß der Landesausschuß nur auf seine Einladung nach Karlsruhe gekommen sei und provisorisch die Regierung übernehmen wolle, bis man sich über eine weitere Ordnung der Dinge verständigt hätte, hinzufügend, daß er die unnöthige Flucht des Großherzogs bedaure. So konnte nur ein, gegen alle Fälle sich sicher stellen wollender Advokat handeln. Goegg widersprach Brentano, und der Karlsruher Gemeinderath bewies mehr Charakter, indem er als Antwort seine Entlassung anbot.

Auf dem Balkone hielt Brentano eine honigsüße Rede über Aufrechterhaltung der Ordnung und Durchführung der Reichsverfassung. Nach ihm sprach Hoff, der den daneben stehenden Bürger Goegg wegen absoluter Heiserkeit entschuldigte, und verlas dann auf Goegg's Wunsch mit seiner hellen, weithin vernehmbaren Stimme die Beschlüsse der Offenburger Landes-Volksversammlung, um zu zeigen, daß man in Offenburg denn doch noch etwas Anderes gewollt habe, als was Brentano in seiner Ordnungsrede ausgesprochen. Noch mehr als mit seiner Rede waren die Beamten mit Brentano zufrieden, als er Tags darauf im Einverständniß mit den zurück-

*) Auch war es vom größten Nachtheil, daß Fickler, der als älterer Mann mit seinen jahrelangen Verdiensten um das Volkswohl und mit seiner Popularität Brentano imponiren konnte, nach seiner Freisprechung für einige Tage nach Constanz gegangen und weder in Offenburg und Rastatt, noch an diesem Entscheidungstage in Karlsruhe gewesen ist.

gebliebenen Boll'schen Ministerialräthen die von Goegg in Rastatt verfaßte und angewandte Eidesformel mit unbedingter Folgeleistung gegenüber den Anordnungen des Landesausschusses dahin abänderte, daß dies nur unbeschadet der durch die alte Landesverfassung übernommenen Verpflichtungen geschehen solle. Hiezu gab sogar die Mehrheit des Landesausschusses die Zustimmung in Folge der sehr oft mit wahrem Terrorismus angewandten Drohung Brentano's, daß er im Weigerungsfalle abtrete. Das war schon von vornherein der Todesstoß der Revolution. Von da an Spaltung und Ungehorsam in der Armee, bei der Verwaltung und bei den Bürgern. Von da an wurde diskutirt und unterhandelt, nicht mehr gehandelt.

Wie sollte sich die entschieden republikanische Minorität bei dieser Brentano'schen Halbheit verhalten? Sollte sie aus dem Landesausschuß austreten und Brentano zu stürzen suchen? Dazu hatte sie wegen Brentano's außerordentlicher Popularität gar keinen Halt, umsoweniger, als selbst Struve und Blind*) Anfangs Brentano mit Rücksicht behandelten: sie hielt es daher unter solchen Umständen für Pflicht, der Brentano'schen Partei das Feld nicht ganz zu räumen und mit aller Anstrengung für die Revolution zu halten, was zu halten war, in der Hoffnung, daß ein Ausbruch der Revolution in Württemberg, auf welche die republikanische Minorität durch Absendung von Fickler und Hoff auf die Reutlinger Volksversammlung hinarbeitete,**) oder die Proklamirung der Republik für ganz

*) Blind fungirte sogar als Brentano's Sekretär. ——

**) Leider ohne Erfolg, da damals der Landesausschuß der Volksvereine in Württemberg die Geschicke seines Landes in der Hand hatte, aus Kurzsichtigkeit und Aengstlichkeit nicht vorwärts ging und die jüngeren, energischen, republikanisch gesinnten Männer, wie Carl Mayer, Julius Hausmann, Här-

Deutschland von Seiten der äußersten Linken des Frankfurter Parlaments oder endlich die bald zusammenkommende badische constituirende Versammlung Brentano verdränge.

In seiner ersten Sitzung erwählte der Landesausschuß — durch Cooptation von den in Offenburg gewählten 12 Mitgliedern bis auf 24, darunter nunmehr als neue *Struve*, *Tamm*, *Kiefer*, *Richter*, *Rotteck*, *Thiebauth*, *Ziegler*, *Junghans* &c., vermehrt — die oberste Vollzugsbehörde des Landes mit den Mitgliedern *Brentano* für's Innere, Auswärtige und Präsidium des Gesammtministeriums, *Goegg* für das Finanzministerium, *Peter* für das Justizministerium und *Eichfeld**) mit dem Stellvertreter *Mercy* für's Kriegsministerium.

Der vielköpfige Landesausschuß, der, je nachdem Mitglieder der Brentano'schen Partei abwesend waren oder nicht, bald lahm bald entschieden auftrat, hatte außerdem die Gebrechen der in Deutschland sattsam bekannten Schwatzkammern. Er theilte sich nach den Ministerien in vier Senate, welche die Beschlüsse für die Entwürfe in den Plenarsitzungen des Landesausschusses vorzubereiten hatte.

Bei der gänzlichen Desorganisation des in der Kriegszeit wichtigsten Kriegsministeriums hatte der *Kriegssenat*, den Struve präsidirte, die bedeutendste Aufgabe.' Das Heerwesen litt bei dem großen Mangel an fähigen Offizieren hauptsächlich

---

tin u. A. noch nicht Einfluß genug zu einem Losschlagen hatten.

*) Gleich der Abwesenheit Fickler's war auch das späte Erscheinen *Sigel's*, der in den ersten Tagen der Revolution noch krank in der Schweiz war, von großem Nachtheile. Sigel wäre im ersten Momente allgemeiner Begeisterung ohne Berücksichtigung Brentano's rasch über die Grenze hinaus vorgedrungen.

durch den noch größeren Mangel an fähigen Verwaltungsbeamten, vom Ministerium und Generalstab bis zum Regimentskassier herab. Das Geld war da, aber die Leute wußten dasselbe nicht richtig zu verwenden. Die Armee wurde schlecht verproviantirt und schlecht gekleidet, die Munition nicht in großem Maßstabe herbeigeschafft, hauptsächlich die Festung Rastatt auf die unverzeihlichste Weise vernachläßigt. Der von Struve auf den Posten eines Kriegsministerstellvertreters empfohlene, nachher, als es zu spät war, allerdings wieder von ihm desavouirte *Mayerhofer* handelte als oberster Verwaltungsbeamter des Kriegswesens wie ein wirklicher Verräther.*)

Statt nun diesem Un- nicht Kriegswesen zu steuern, haben Struve und sein Senat die Verwirrung nur noch vermehrt. Struve war ein eifriger, ehrlicher Anhänger der Demokratie und leistete durch die Presse und auf der Tribüne, so lange es sich also nur um's Schreiben und Reden handelte, der Sache große Dienste; wo aber *gehandelt* werden sollte, fehlte ihm praktischer Blick, Organisationstalent, insbesondere Personenkenntniß. Struve war ein Niederreißer, kein Aufbauer, beherrscht von einer gewissen Oppositionsmanie und der unseligen, so vielen sonst wackern Männern eigenen Sucht, immer von sich reden zu machen und der Erste sein zu wollen.

Das Beste, was Struve in seiner besprochenen Stellung geleistet, war, daß er *Joh. Phil. Becker*, durch langjäh-

---

*) Diesen Beamten protegirte Brentano in einer Weise, daß er erklärte, eher selbst abzutreten, als Mayerhofer zu entlassen; daß aber dieser, abgesehen von der augenscheinlichen Vernachlässigung und Verhinderung des Nöthigen, ein Verräther war, geht daraus hervor, daß er nach dem Falle der Revolution freiwillig in Carlsruhe geblieben und nicht in Untersuchung gezogen worden ist.

rigen Aufenthalt in der Schweiz und während des Sonderbundskrieges als Adjutant des Generals Ochsenbein mit einer Milizorganisation vertraut, zum Organisator und Oberbefehlshaber sämmtlicher Volkswehren (aus den alten und neu zu bildenden Bürgerwehren bestehend) vorgeschlagen und dessen offizielle Ernennung am 19. Mai durchgesetzt hat. Becker war seiner Aufgabe vollkommen gewachsen und leistete, von energischen kenntnißreichen Männern, wie Tiedemann (später als Gouverneur von Rastatt standrechtlich erschossen), Michel (aus der Schweiz, fiel bei Oos), Wilhelm Liebknecht, Böning (standrechtlich erschossen), Borkheim, Rosenblum, Neff, Max Dortu (beide letztere standrechtlich erschossen), Nerlinger, Heuberger, Phil. Reuter, Schlöffel jun. (fiel bei Waghäusel) rc. unterstützt, in kurzer Zeit Außerordentliches und würde noch viel mehr geleistet haben, wenn die Brentano'schen Civilkommissäre, welche ängstliche Bürger und reaktionäre Beamten verschonten und die von Goegg ernannten ersetzten, den in alle Bezirke von Becker gesandten Rekrutirungskommissären keine Schwierigkeiten bereitet hätten. Schon vor der Revolution und Becker's Ankunft hatten außer den größeren Städten Mannheim, Carlsruhe, Heidelberg, Pforzheim, Freiburg, Konstanz, Lahr rc. auch die kleinern Städte Bürgerwehren; ganz vortrefflich waren von letzteren, wie Becker selbst in seiner schon erwähnten Geschichte der süddeutschen Mairevolution bezeugt, die Bürgerwehren von Rastatt, Offenburg, Korl, Kehl, Ettenheim, Renchen, Waldkirch, Villingen, Donaueschingen rc. Außerdem operirten in Baden unter Becker's Oberleitung folgende Freicorps: Die deutsche Flüchtlings- auch Schweizerlegion aus zwei Bataillonen unter Böning's Kommando; die deutsch-polnische Legion unter Oberst Freund; die deutsch-ungarische unter Türr (seit Garibaldi's Eroberung von Neapel italienischer General); die Schützencompagnie

Heuberger's; das Carlsruher Freicorps unter Dreher; das Mannheimer Arbeiterbataillon unter Jacoby; die Hanauer Turner mit den Pforzheimer Schützen unter Schärtner; die schwäbische Legion unter Greiner; das Corps Willich's und die Blousenbatterie unter Borkheim.

Wie Becker für seine Anstrengungen von Brentano belohnt worden, werden wir später bei der Schilderung des 6. Juni erwähnen.

Aeußerst wichtig, aber in einer Kriegs- und Revolutionszeit auch mehr als schwierig war die Leitung des Finanzwesens, zu deren Uebernahme sich Goegg nur auf Struve's und anderer Gesinnungsgenossen Bitten verstand. Er fand am 14. Mai Abends bei seinem Amtsantritt und nach dem von ihm vorgenommenen Kassenabschluß einen Baarvorrath von nicht ganz drei Millionen Gulden nebst circa einer Million Gulden Werth in noch nicht emittirten Staatsschuldscheinen.*) Zur Sicherung und vorschriftsmäßiger Verwendung der vorhandenen und weiter durch Steuererhebung eingehenden Baarschaften nahm er den Beamten alsdann den Eid der Treue und des Gehorsams ab, hielt auf strenge Ordnung und hatte eine geregelte Verwaltung ohne Lücke vom Minister bis herab zum Untersteuererheber, eine Hauptbedingung, wenn die Finanzen im guten Stande sein sollen. Er suchte die vorhandenen Mittel für die Revolution zu verwenden**) und so rasch wie möglich neue herbeizuschaffen;

---

*) Diese suchte Goegg für die Staatskasse durch Verkauf an ein Bankierconsortium in der Schweiz, wohin er zu diesem Zweck, jedoch ohne Erfolg, Rehmann gesandt, zu verwerthen.

**) Das von Raveaux in seiner Schrift erwähnte Gerücht, daß Goegg dem geflohenen Großherzog 500,000 Gulden nachgesandt habe, ist geradezu absurd. Wenn demselben Gelder nachgesandt worden, konnten es nur solche sein, welche vor Goegg's

er ordnete daher gleich die energische Vorbereitung zur Fabrikation und Herausgabe von Papiergeld an und verfaßte einen Gesetzesentwurf für unmittelbare Erhebung einer Zwangssteuer, resp. Zwangsanlehens*) von den Vermöglichen und Reichen mit absoluter Verschonung der Masse des Volkes. Auf diese Weise kam man rasch zu größeren Mitteln und erst nachdem die Revolution über Badens Grenzen hinausgetragen und die feindlichen Armeen besiegt waren, konnte man selbstverständlich die von Goegg selbst in Offenburg vorgeschlagenen sozialen Reformen vornehmen. Um endlich die vorhandenen Mittel mehr für den Kriegszweck zu verwenden, wurden sämmtliche Beamtenbesoldungen mit Ausnahme der Niederbediensteten bedeutend herabgesetzt; sehr nachtheilig war es aber und hätte es beinahe verhängnißvoll werden und zur Erstickung der Revolution im Keime führen können, daß Struve im Namen des Kriegssenates den Kriegsminister Eichfeld ermächtigt hatte, die Einstandsgelder herauszubezahlen. Goegg sträubte sich durchaus dagegen, einmal mit Gefahr seines

---

Amtsantrin auf die Seite geschafft worden sind. Dagegen wurden gegen 300,000 Gulden, welche in Folge eines Landesausschußbeschlusses durch das Landesausschußmitglied Heinrich Happel und dessen Dollmetscher Hermann Hund nach Paris zum Waffenankauf gebracht worden, von der französischen Regierung mit Beschlag belegt und an die spätere großherzoglich badische Regierung wieder ausgeliefert.

Auch unter Goegg's Nachfolger Hennisch gelang es auf dem Rückzuge bei der Uebersiedelung der Kassen von Carlsruhe nach Freiburg einzelnen Beamten, eine beträchtliche Summe in Carlsruhe zur Ueberlieferung an die nachfolgende großherzogliche Regierung zurückzubehalten.

*) Welches aber, um Gesetzeskraft zu erhalten, zuvor von der constituirenden Versammlung genehmigt werden mußte.

Lebens. Es war vergeblich und es konnte den in ganzen Haufen auf die Kassen losstürmenden Einständlern kein Widerstand mehr ohne Befriedigung ihrer allerdings nach dem Gesetze berechtigten Wünsche geleistet werden. Das war offenbar das Werk der schon im geheimen wühlenden Reaktion, um die Staatskasse gleich von vorneherein um ein Drittel des Baarvorraths zu schwächen und die Disciplin bei den Truppen zu untergraben. Glücklicherweise wurde das letztere Unheil abgewendet. Man hatte hinreichende Mittel bis zum Uebergang in die Schweiz und haben sich später nach Ausbruch des Kampfes selbst die Einständler tapfer gegen den Feind geschlagen.

Bezüglich des Justizministeriums gebührte dessen Leitung allerdings dem rechtlich gesinnten, in freiheitlichen Bestrebungen und langjährigen Verfolgungen ergrauten Peter, der vermöge seiner juristischen Ausbildung und Administrationskenntniß seinen Geschäftszweig im Gang zu erhalten wußte. Es fehlte ihm — kaum von einer schweren Krankheit genesen — indessen die revolutionäre Energie gegenüber der feindlichen Haltung des obersten Gerichtshofes*) und gegenüber der Brentano'schen Halbheit und Vermittlungspolitik. Peter täuschte sich, wie viele Andere, in Brentano, den er durch ein gewisses Nachgeben auf einen bessern Weg zu bringen hoffte. Auch fürchtete Peter durch den Rücktritt Brentano's Bürgerkrieg und Anarchie im Heere.

Die unter Brentano's Präsidium stehenden Ministerien des Innern und des Auswärtigen erfüllten, wie sich's nach der schon geschilderten Haltung Brentano's nicht anders erwarten ließ, ihre Aufgabe durchaus nicht.

---

*) Das Oberhofgericht verweigerte den Eid und veranlaßte dadurch die Hofgerichte und einige Kreisregierungen zur Nichtanerkennung der revolutionären Regierung.

Durch antirevolutionäre Concessionen an die in ihrer Stellung gebliebenen vormaligen großherzoglichen Räthe glaubte Brentano wenigstens den Verwaltungsorganismus seiner Ministerien zu erhalten; aber auch dies gelang ihm auf dem Lande trotz seiner gemäßigten nachgiebigen Civilkommissäre nicht vollständig, selbst in der Periode (vom 14. Mai bis 1. Juni), in welcher er noch durch sein Festhalten an der militärischen Defensive und durch Vermeidung republikanischer Tendenzen hoffte, daß die Reichs- und speziell preußischen Truppen nicht in Baden einrücken und Unterhandlungen mit dem Großherzog zum Ziele führen würden. Sogar vom 1. Juni ab, nachdem er von seiner Illusion geheilt und überzeugt war, daß angesichts des nahen Angriffs der feindlichen Truppen von Unterhandlungen keine Rede mehr sein und es sich nur noch um einen Kampf auf Leben und Tod handeln könne, handelte er inconsequent und ohne alle revolutionäre Energie und Rücksichtslosigkeit in der Verwaltung des Ministeriums des Innern, indem er die monarchisch gesinnten Beamten auf ihren Posten beließ, die Widerspenstigsten sogar trotz des Belagerungszustandes nicht bestrafte und die demokratischen, aus Deutschland sich zur Verfügung stellenden Kräfte, wie Dimar,*) Erbe, d'Ester, Fröbel, Galeer, Görz-Wiersfeld,**) Heinzen, Martini, Ruge, Schlöffel, Titus, Tschirner und Andere zurückwies mit Ausnahme von Adolf von Trützschler (später standrechtlich erschossen), welchen er an des schwankenden Mördes Stelle als Ober-

---

*) Dimar, vormals bayrischer Kavallerieoberst, wäre von höchstem Werthe gewesen, da es an einem ergebenen ehrlichen Oberkommandanten der drei badischen Kavallerieregimenter fehlte.

**) War 18 Jahre Offizier im preußischen Generalstab.

kommissär in Mannheim an die Spitze des Unterrheinkreises berief.

Am kläglichsten stand es mit Brentano's Leitung und Politik des Ministeriums des Auswärtigen, das eine besondere Wichtigkeit dadurch haben mußte, daß Baden mit seiner Revolution das ganze demokratische Deutschland repräsentirte und daß eine organisirte Propaganda zu Gunsten der Revolution in den übrigen Theilen Deutschlands und im Auslande ein Gebot der Nothwendigkeit war. Blos nach Paris hat er Karl Blind und Schütz (aus Mainz) zur Verschaffung von Waffen und Offizieren gesandt. Die entschiedenere Partei suchte freilich Brentano's Unthätigkeit auf diesem Felde zu ersetzen. Tschirner und Rehmann gingen für die Propaganda in die Schweiz, Fickler, Hoff und Steinmetz nach Württemberg, andere nach Hessen, Nassau &c.

War denn, müssen wir nun fragen, Brentano wirklich ein Verräther, wie Viele behaupteten und als welcher er in Nordamerika, seinem Zufluchts- und zweiten Heimathslande, öffentlich von der Tribüne herab häufig angeklagt worden? Wir glauben nicht, daß er absichtlich einen Verrath begehen wollte,*) allein seine ganze Handlungsweise, namentlich, wie wir oben gezeigt, in der ersten entscheidenden Periode der Revolution, wo der Feind noch nicht gerüstet war, hatte zur

*) Wir halten es indessen für Pflicht, Folgendes zur Kenntniß zu bringen: Nach der Flucht Brentano's fand sich unter seinen Papieren ein uneröffneter, offenbar von ihm nicht bemerkter Brief, der in Karlsruhe von Frankfurt aus nach Datum und Postzeichen noch vor Ueberschreitung der badischen Grenzen durch preußische und Reichstruppen eintraf und der mit unleserlicher Unterschrift blos folgende wenige Worte enthielt: „Es ist nun Zeit, daß du fliehst. Komm wo möglich nach Frankfurt.“

Folge, was ein absichtlicher Verrath an der Revolution herbeigeführt haben würde. Brentano war eben von Haus aus kein Republikaner von **Ueberzeugung***); er war nur der gewandte Vertheidiger von allbekannten, allbeliebten Republikanern, wodurch er eine Popularität erwarb, welche ihn nach dem Ausbruch der von ihm nicht gewünschten Revolution an einen Platz stellte, für den er keine Sympathie und nicht das Zeug hatte, den aber seine Eitelkeit ihn annehmen ließ. Dann muß als eine der Hauptursachen von Brentano's schwankender Politik in Zeiten der Gefahr sein Mangel an Entschlossenheit und Kühnheit betrachtet **werden**.**) **Endlich gehört Brentano zur großen Zahl Derer, welche in kleinerem oder größerem Kreise Politiker und sogenannte Staatsmänner zu sein wähnen, weil**

*) Sonst würde er nicht begeisterter Anhänger der heutigen Ordnung der Dinge in Deutschland, und in Nordamerika, im Gegensatze zu Hecker, Stellenjäger und Wahlagent zur Erhaltung einer Belohnung geworden sein. Präsident Grant belohnte ihn mit dem Konsulat in Dresden und nun, da Grant keine Aussicht auf seine Wiederwählung hat, ist Brentano nach Amerika zurückgekehrt, um für einen andern Kandidaten zu wirken und abermals eine Belohnung mit einem fetten Consulatsposten zu erhalten.

**) So wollte er den 13. Juni die Wahl in's Triumvirat nicht annehmen und bat sich Bedenkzeit aus, weil er am günstigen Erfolg des Kampfes zweifelte; als aber des andern Tages die falsche Nachricht anlangte, daß Ledru-Rollin in Frankreich an die Spitze der Regierung gekommen und daß die Elsäßer Nationalgarde als Avantgarde der französischen Armee Baden zu Hülfe komme, nahm er die Wahl freudig an, und war dann Niemand revolutionärer als Brentano, freilich nur in der Kammer und dem Wirthshause mit dem Rufe: „Tod den Fürsten!“

sie den Verstand zur Kritik, zu Intriguen und zu constitutionellen Advokatenkünsten haben, welche aber hoher Ideen, kühner Ansichten und der tiefen Ueberzeugung, daß im Interesse der Völker eine durchgreifende politische und soziale Umgestaltung stattfinden müsse, durchaus nicht fähig sind, welche mit einem Worte die Aufgabe der Zeit nicht verstehen und glauben, daß sich die Gesellschaft nur mit ihrer constitutionellen Lügenform zusammenhalten lasse. Verstand, Redner- und Administrationstalent sind nicht hinreichend, die Emanzipation der Völker herbeizuführen. Dazu sind große Charaktere, dazu sind Männer des Gefühls und der Begeisterung für die Sache, dazu sind Männer nöthig, welche eine innere Ahnung von der künftigen Gestaltung der Dinge haben, welche die neuen Ideen der Zeit mit inniger Ueberzeugung erfassen und den Muth haben, diese Ideen offen und consequent zu bekennen und zu verbreiten, für sie zu kämpfen zu leiden und zu sterben!

Uns wieder zum Verlaufe der weiteren Begebenheiten wendend, entschloß sich endlich den 1. Juni der vielstimmige Landesausschuß im Hinblick auf die von Tag zu Tag kritischer werdende Lage, welche eine einheitliche, rasch und energisch handelnde Regierungsgewalt verlangte, sich aufzulösen, um so mehr, als Brentano sich größtentheils doch nicht an die Beschlüsse des Landesausschusses kehrte und eigenmächtig Dekrete erließ. Der Landesausschuß erwählte eine provisorische Regierung, aus den fünf Bürgern Brentano, Goegg, Fickler, Peter und Sigel bestehend, und bewies durch diese Wahl, daß er nicht den Muth hatte, Brentano zu entfernen, daß er aber dessen Einfluß durch die übrigen ent-

schiedenen Mitglieder paralysiren wollte. Leider entsprach der Erfolg den Erwartungen nicht. Sigel mußte bei der Armee bleiben und Fickler war im Augenblick seiner Erwählung in Stuttgart, um daselbst die demokratischen Führer zum Anschlusse an die badische Revolution, obwohl leider vergeblich, zu bewegen. Er wurde sogar verhaftet und auf dem Hohenasberg bis nach der Niederlage der badischen Revolution gefangen gehalten.

Brentano lenkte indessen doch, durch seine Kollegen Goegg und Peter gedrängt und aus den schon früher angeführten Gründen, nach und nach in eine revolutionärere Bahn ein. Die Verhaftung Fickler's machte auf ihn einen tiefen Eindruck. Die provisorische Regierung erließ wegen dieser Verhaftung eine energische Proklamation an's württembergische Volk und eine Kriegserklärung an des verrätherischen Ministers Roemer Regierung und zog ein Truppencorps gegen den württembergischen General v. Miller, welcher mit 6000 Mann an der Grenze bei Pforzheim stand und aus Auftrag des Reichsverwesers Erzherzog Johann die Festung Rastatt besetzen wollte, zusammen.

Unglücklicherweise wurde durch ein unbesonnenes Benehmen des unpraktischen Struve die Furcht über Brentano wieder Meister und warf ihn zurück auf die kaum verlassene retrogade Bahn.

Nachdem nämlich Struve vom Landesausschuß nicht in die provisorische Regierung gewählt worden war, erschien er vor benannter Regierung mit dem Antrage, ihn zum Minister des Auswärtigen zu ernennen und gleichzeitig 60,000 Gulden zu seiner Verfügung zu stellen. Brentano wies beides ab; Goegg dagegen stimmte durchaus für den Eintritt Struve's, nur konnte er nach der Lage der Landeskasse den ganzen Betrag der bedeutenden Summe unmöglich auf einmal, sondern nur in beträchtlichen Raten ausbezahlen lassen. Struve

bestand auf Einhändigung der ganzen Summe und zog sich zurück, um ein Unternehmen, obwohl unabsichtlich, scheitern zu machen, welches schon in den ersten Tagen der Revolution hätte begonnen werden sollen und welches nunmehr nach Auflösung des Landesausschusses von einer Anzahl der tüchtigsten, von Brentano nicht berücksichtigten Männern der vorgeschrittenen deutschen demokratischen Partei, wie Heinzen, Galeer, Liebknecht, Schramm, Dortu, Tschirner, Martin, Oppenheim (Redakteur der Carlsruher Zeitung) rc. veranlaßt wurde, nämlich in einem Vereine und in der Presse eine Agitation gegen Brentano's Halbheit zu bewerkstelligen und somit das Volk selbst zu nöthigen, eine revolutionärere Politik zu verlangen. Struve schloß sich nach dem Fehlschlagen der Unterhandlung wegen des Ministerpostens an genannte Männer an, die ihn ersuchten, als Badener den Centralverein (Club des entschiedenen Fortschritts in Carlsruhe) zu eröffnen. Goegg, darüber zu Rathe gezogen, billigte diesen längst von ihm gewünschten Schritt und wohnte den 5. Juni der öffentlichen Sitzung im hinteren Rathhaussaale, den gefaßten Resolutionen beistimmend, bei. Struve hatte aber unmittelbar nachher und des andern Tages die Sache bei Goegg's Abwesenheit in einer Weise betrieben, daß sie das Ansehen einer Verschwörung erhielt, und Aengstliche, zu denen Brentano gehörte, sich von reaktionären Elementen glauben machen ließen, daß Struve noch vor Eröffnung der konstituirenden Versammlung, in die er nicht gewählt wurde*) und die er also nicht beeinflussen konnte, die kaum fünf Tage alte provisorische Regierung mit Hülfe von Böning's Flüchtlingslegion gewaltsam stürzen und das Schreckenssystem in Baden einführen wolle. Es war natürlich nichts von alledem projektirt und mußte man sich auf's Höchste darüber

*) In Folge seines September-Putsches.

wundern, daß Brentano sich von seiner irrigen Meinung nicht abbringen und, der Unterstützung einer bedeutenden Militärmacht aller drei Waffengattungen sicher, **ohne Wissen der übrigen Regierungsmitglieder**, den Volkswehr-Oberkommandanten Becker, seinen Adjutanten und den Legionsführer Böning verhaften,*) Struve als Geisel im Rathhaus zurückbehalten und die Truppen gegen die Kaserne, in welcher sich die Flüchtlingslegion befand, in der langen Straße vorrücken ließ.

Das Verfahren Brentano's machte die Carlsruher Bürgerwehr, sowie die aus Ettlingen, Durlach, Mühlburg ꝛc. herbeigerufenen Volkswehraufgebote und die starke Garnison der Linie wirklich glauben, daß die Verschwörungs-, Raub- und Brandgerüchte nicht ohne Grund seien, es stieg daher die Erbitterung gegen Struve und die Flüchtlingslegion auf's Höchste. Auf der andern Seite hielt sich die benannte Legion aller Schuld frei und wollte ohne ihren Führer nicht zur Armee abgeben, eher sich zusammenhauen lassen. Der Augenblick eines blutigen Straßenkampfes war nicht fern. Goegg, der von all' diesem nichts wußte und durch den Straßenlärm aufmerksam gemacht wurde, ging in's Rathhaus, mißbilligte die Verhaftungen und eilte zur Kaserne, wo er sich zur Verhütung des Kampfes zwischen die Legion und die im Vorrücken auf 100 Schritt angekommene Linie aufstellte. Er bewog unter dem Versprechen, die Freilassung der Verhafteten zu bewirken, die Legion zum augenblicklichen Abmarsch durch's Carlsthor auf den Bahnhof zum Anschluß an die Neckararmee, und bestimmte nicht ohne Schwierigkeit und Lebensgefahr die aufgeregten Truppen zur Umkehr. Hierauf begab er sich zurück

*) Auch Liebknecht wurde an diesem Tage schon Morgens auf Brentano's Befehl verhaftet und in das Gefängniß nach Rastatt gesandt.

auf's Rathhaus und verlangte kategorisch die Freilassung der Gefangenen, was denn auch augenblicklich geschehen ist*) und die Wiederherstellung der Ruhe zur Folge hatte. Böning's Legion und der Rest der andern Freicorps zogen nach Heidelberg, wo Becker aus sämmtlichen früher erwähnten Freicorps, den Volkswehren von Sinsheim, unter Schnepf's Führung, Baden-Baden unter Reimboldt, Eberbach unter Nerlinger, Mosbach unter Sporil, Heidelberg und Umgegend nebst der regulären Batterie Odenwald eine Division bildete und deren Kommandant während des ganzen Krieges blieb.

In diese Zeit fiel in Stuttgart die Ankunft des deutschen, aus 104 Mitgliedern der Linken des durch massenhaften Austritt in Frankfurt zu Grabe gegangenen Parlaments bestehenden Rumpfparlaments, das Löwe von Calbe zu seinem Präsidenten und an die Stelle des bisherigen Reichsverwesers Erzherzog Johann**) eine Reichsregentschaft aus den Bürgern Franz Raveaux aus Köln, Karl Vogt aus Gießen, Friedr. Schüler aus Zweibrücken, Hch. Simon aus Breslau und Aug. Becher aus Stuttgart erwählte. Trotz der Erniedrigung, daß das benannte Parlament mit Zustimmung der Regentschaft beschlossen, zu verhindern, daß die badische Bewegung über die Reichsverfassung hinausgehe, fand dasselbe keine Gnade bei der württembergi-

*) Becker schildert in seiner mehrmals erwähnten Geschichte ausführlich den ganzen tragischen Vorgang, in welchem Goegg mit seiner Energie und Entschlossenheit den Bürgerkrieg und den, auf die falsch belehrten Truppen gestützten Sieg der Reaktion noch vor Ausbruch des Kampfes mit dem auswärtigen Feinde verhütete.

**) Dieser führte seine Scheinfunktion mit ein Paar Ministern noch einige Zeit in Frankfurt fort.

schen Regierung und wurde auf Befehl des Ministers R ö m e r, dem sogar die württemberg. Kammer in seinem gewaltsamen Verfahren à la Wrangel zustimmte, am 18. Juni mit Militärmacht verhindert, weitere Sitzungen abzuhalten. Seine Mitglieder und die Regentschaft hatten nicht einmal den Muth, nach Carlsruhe zu gehen und die deutsche Republik zu proklamiren *) und zerstreuten sich. So endete in trauriger Weise das erste deutsche Parlament. An seiner Wiege wie an seinem Grabe stand die Revolution, die es selbst immer verhindert und deren es sich unwürdig gezeigt hat.

Um wieder auf Baden zurückzukommen, fand in Carlsruhe am 10. Juni im früheren Ständehaus die Eröffnung der constituirenden Versammlung in feierlicher Weise statt.

Das Erscheinen der dreiundsechzig Männer **) von den

*) Statt dessen setzten sich die Herren Reichsregenten Baden gegenüber auf das hohe Roß und verlangten die von der Constituante gebührend zurückgewiesene Unterordnung unter ihre Befehle. Heinzen machte auf diese Parlamentler folgende Satyre: „Zuerst hatten sie das R e i c h, doch keinen R e g e n t e n gefunden; dann hatten sie f ü n f R e g e n t e n z u g l e i c h, das R e i c h war unterdessen v e r s c h w u n d e n!“

**) Au, Augenstein, Brentano, Bromer, Burkhardt, Damm, Dänzer, Dietrich, Dittler, Dörner, Dung, Faller, Frey, Ganter, Gerwig, Glaser, Goegg, Griesshaber, Haller, Herre, Heunisch, Hillmann, Hoff, Hoffmann, Hummel, Junghans, Kiefer, Kräutler, Landerer, Lehlbach, Maier, Mördes, Müller, Murrmann, Ostermann, Pelissier, Peter, Rau, Reich, Räßle, Richter, Ritter, Roos von Kehl, Roos von Lahr, Rotteck, Rotwoog, Scheffelt, Schlatter, Schneider, Söhner, Stay, Stehlin, Steinmetz, Sturm, Thiebauth, Thoma, Tiedemann (Bruder des Gouverneurs von Rastatt und Sohn des berühmten Heidelberger Anatomen), Voll, Walser, Weil, Weißhaar, Werner, Zimmermann.

74 Gewählten verdient alle Anerkennung. Sie kamen zu einer Zeit, wo es für das ganze Land schon klar war, daß Baden allein gegen das bewaffnete monarchische Deutschland den blutigen Kampf um Anerkennung der Revolution führen müsse, und daß im Falle des Unterliegens die Besiegten ein hartes Loos treffen werde. Es waren durchgehends Biedermänner, die bisher unter dem Volke gelebt hatten, seine Bedürfnisse erkannten und aufrichtig sein Wohl erstrebten. Es waren keine Schönredner, und nicht um lange Debatten, sondern um rasches Handeln war es ihnen zu thun; sie stimmten daher auch in der großen Mehrzahl im Interesse der Revolution allen nöthigen Anträgen, darunter dem von Goegg vorgelegten Gesetzesentwurf für eine außerordentliche progressive Zwangssteuer, Auflösung des Gensd'armeriecorps, Entwaffnung der zweiten und dritten Aufgebote der Bürgerwehren zu Gunsten der in's Feld zu rückenden ersten Aufgebote 2c. bereitwilligst zu, nur waren sie leider von dem Wahne befangen, daß es eine Nothwendigkeit sei, den wankelmüthigen Brentano in der Regierung zu belassen. Der Aengstlichste von ihnen war Junghans, der sogar den Antrag stellte, Brentano zum provisorischen, die Zurückberufung des Großherzogs einleitenden Regenten zu ernennen. Nach einer energischen Protestation Goegg's wies die Constituante Junghans' Antrag zurück und genehmigte denjenigen Lehlbach's für eine provisorische, aus drei Mitgliedern bestehende Regierung *) mit

---

Damm wurde zum Präsidenten, zu Vizepräsidenten nach einander Ziehlin, Werner, Ganter und Kiefer, zu Sekretären Pelissier, Roneck, Mördes und Steinmetz erwählt.

*) Mit 39 gegen 16 St., unter letzteren Brentano, der allein zum Diktator ernannt sein wollte. Stay bemerkte bei der Debatte über Lehlbach's Antrag, daß das Beste wäre, Goegg allein zum Diktator zu ernennen, daß er aber dennoch für

diktatorischer Gewalt, in welche in der Abendsitzung vom 13. Juni die Bürger **Brentano** mit 53, **Goegg** mit 47 und **Werner** mit 35 Stimmen gewählt wurden. Goegg nahm sogleich die Wahl an, jedoch nur unter der von der Versammlung und den Gallerien mit stürmischem Beifall begrüßten Bedingung, zur Armee abgehen und bei dieser und mit dieser all' seine Thätigkeit und Energie für den Sieg auf dem Schlachtfelde aufbieten zu können. Brentano und Werner zögerten mit der Annahme und sagten erst des andern Tags zu, aufgemuntert durch das falsche Gerücht vom Anmarsche einer französischen Hülfsarmee. Das Schlimmste und zugleich Widersinnigste bei der Bildung dieser neuen Regierung war, daß die Constituante zuvor beschloß, derjenige, welcher bei der Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinige, solle die Minister zu ernennen haben. Hierdurch war Goegg's und Werner's Einfluß paralysirt.

Nach begeisterter Annahme des Antrags von Hoff: Baden für einen **Freistaat** zu erklären, hob die Constituante am 7. Juni die Sitzungen für einige Tage auf, damit die einzelnen Mitglieder in ihre betreffenden Bezirke reisen konnten, um Lebensmittel und Kleidung für die Volksarmee herbeizuschaffen, und hielt hierauf in Carlsruhe, das nunmehr mit seiner Umgebung schon zum Kriegsschauplatz zu rechnen war, nur noch zwei Sitzungen bis zum 23. Juni. Weitere öffentliche Sitzungen wurden dann noch vom 27. Juni bis 1. Juli in Freiburg abgehalten.

Da Goegg das Finanzministerium nicht mehr behalten wollte und auf seiner Abreise zur Armee bestand, ernannte Brentano seinen, ihm anhänglichen früheren Kollegen in der Advokatur, **Heunisch**, zum Chef des Finanzministeriums,

---

Schlibach's Vorschlag stimme, weil voraussichtlich sein Antrag für Goegg nicht die Majorität haben würde.

und Mördes, ebenfalls von der gemäßigten Partei, zum Minister des Innern; er selbst übernahm das Justizministerium und Werner das Kriegsministerium. Heunisch war ein befähigter Mann, hatte aber gerade in Finanzsachen wegen früherer Handlungen kein Vertrauen im Lande. Mördes ist den Lesern durch frühere Schilderung bekannt und von Werner sagt Becker, der als einer der Oberkommandanten ihn zu beurtheilen Gelegenheit haben mußte, daß er bald energisch drein fuhr und Manches nützte, bald aber wieder ganz unthätig blieb und eher Verwirrung als Ordnung in seinem Ministerium schaffte. Auffallend war auch, daß Werner das nachtheilige Faktotum Brentano's, Maierhofer, bei sich behalten. Vom Augenblicke an, wo die Diktatur gebildet wurde und wo auch zugleich durch den Angriff der feindlichen Armeecorps die Gefahr des Vaterlandes in ihrer ganzen Größe eintrat und deßwegen alle Kräfte zu seiner Rettung aufgeboten werden sollten, haben Brentano und sein Anhang nichts mehr geleistet, so zu sagen sich passiv verhalten und höchstens gesprochen und gehandelt, um gegen die entschiedenen, durch die Lage der Sache bedingten Beschlüsse der Constituante aufzutreten. So weigerte sich Brentano, nach einem Beschluß der Constituante das zweite und dritte Aufgebot der Bürgerwehren zu Gunsten der in den Kampf zu ziehenden ersten Aufgebote zu entwaffnen und die Gensd'armerie aufzulösen, welche sich gegen Befehl aus dem ganzen Lande in Carlsruhe zum Sturze der Regierung versammelt und von ihrem Vorhaben nur durch die Unentschlossenheit der Carlsruher Bürgerwehr Abstand genommen hatte. Bei der Uebersiedelung der Regierung von Carlsruhe nach Freiburg wurden die vorhandenen, noch beträchtlichen Kriegsmaterialien und Vorräthe aller Art, sowie selbst die allernöthigsten Akten der verschiedenen Ministerien zurückgelassen und keinerlei Schritte für die Verproviantirung der Festung Rastatt gethan.

In Freiburg endlich sollte Brentano von der Constituante zur Rechenschaft gezogen werden. In der öffentlichen Sitzung vom 28. Juni nahm Brentano bei einem von der Constituante angenommenen Antrage Struve's,*) Jeden, der mit dem Feinde zu unterhandeln vorschlage, für einen Verräther zu erklären, Veranlassung, seine Stelle in der Diktatur und in der constituirenden Versammlung niederzulegen, und ergriff ohne Ablage der verlangten Rechenschaft in der Nacht vom 28. auf den 29. Juni in Begleitung von zwei seiner getreuesten Anhänger, den Abgeordneten Thiebauth von Ettlingen und Ziegler von Carlsruhe, die Flucht. Kaum in Feuerthalen bei Schaffhausen angekommen, setzte er seinem ganzen unseligen Verhalten während der Revolution die Krone dadurch auf, daß er von dort aus eine öffentliche Erklärung erließ, in welcher er durch Herabwürdigung der demokratischen Partei und durch Schmähung derer, welche beim Volke mit Muth und Aufopferung getreulich aushielten, seine eigene Schuld verdecken wollte. Triumphirend wollten die Absolutisten, sowie die Lobpreiser des constitutionellen Lügensystems das Verhalten und die Erklärung eines Brentano zur Verdächtigung der Demokratie benützen. Vergeblich! Die Demokratie kann aus solch' traurigen Erfahrungen nur geläuterter hervorgehen und noch mehr erstarken.

Als an Brentano's Stelle Kiefer aus Emmendingen die Wahl in das Triumvirat nicht angenommen, übertrug die Constituante alle Regierungsgewalt den beiden schon in Carlsruhe als Brentano's Kollegen ernannten Diktatoren Goegg und Werner und wies in einer geheimen Sitzung eine sonderbare Zumuthung Struve's zurück. Als dieser sich in seiner Erwartung, an Brentano's Platz gestellt zu werden, getäuscht

*) Wurde bei einer Nachwahl im Bezirk Engen an Brentano's Stelle, der für Karlsruhe angenommen, gewählt.

sah, beantragte er, die ganze Sache aufzugeben und direkt von Freiburg aus mit Mannschaft und Material in die Schweiz zu eilen. Dagegen munterte der vom Kriegsplatz von Rastatt herbeigeeilte Diktator Goegg zum Ausharren auf und erstattete in der letzten öffentlichen Sitzung der Constituante vom 30. Juni einen ausführlichen, in Tausenden von Exemplaren in den vom Feinde noch freien Landestheilen verbreiteten Bericht über die bisherigen Kriegsereignisse, welche zur Hoffnung berechtigten, daß die Festung Rastatt längere Zeit widerstehen werde und daß während dieser Zeit in günstigen Stellungen des Schwarzwaldes die anrückenden feindlichen Truppen geschlagen und Württemberg ꝛc. doch noch für die Revolution mit fortgerissen werden könnten. Trotzdem flüchtete Struve ungesäumt auf nächstem Wege in die Schweiz und folgten seinem Beispiele Brentano's Minister Mördes und Heunisch, sowie die meisten Mitglieder der Constituante und die einige Tage zuvor in Freiburg angekommene Reichsregentschaft.

Die weitere Thätigkeit der Regierung bis zum Uebergang in die Schweiz unter Goegg und Werner, welche d'Ester für das Innere und Görz-Wiersfeld für das Kriegswesen zur Seite hatten, kann füglich in der nun folgenden Erzählung der Thaten und Schicksale des badischen Freiheitsheeres berührt werden.

2. Der Krieg.

So peinlich es ist, über die politische Leitung der in ihrer Vorbereitung und in ihrem Beginn so viel versprechenden badischen Revolution größtentheils ein verdammendes Urtheil fällen zu müssen, so erhebend ist es auf der andern Seite, zu sehen, mit welch' heldenmüthiger Hingebung das Freiheitsheer in vielen blutigen Kämpfen die Ehre der

Revolution gerettet und eben darum den gewaltigen Einfluß derselben für die Zukunft fest begründet hat.

Gehen wir zuerst auf die Ursachen zurück, welche zusammen wirkten, um das **stehende Heer** eines ganzen Landes mit **einem** Schlage der Revolution zuzuführen. Schon vor Ausbruch der französischen Februarrevolution konnte man bemerken, daß in der badischen Armee das fehlte, was eine Armee mehr zusammenhält, als die strengste Durchführung der Disziplinarvorschriften, nämlich die Anhänglichkeit und Achtung der Soldaten gegen ihre Offiziere. Vermöge des in Baden allgemein verbreiteten guten, von aufgeklärten Lehrern*) geleiteten Schulunterrichts stand der badische Soldat auf einem gewissen Grad von Bildung und nahm in seinem Verkehr mit den Bürgern Antheil an den politischen und sozialen Verhältnissen, während auf der andern Seite das badische Offizierscorps mit wenigen Ausnahmen aus Leuten bestand, die vermöge ihrer Beschränktheit und Unwissenheit zu irgend einem andern Staatsdienste oder bürgerlichen Geschäfte untauglich waren, die aber doch als Söhne des unbemittelten Adels und der Militär- und Civilbeamten um jeden Preis eine Versorgung, eine Stelle haben mußten. Solche Leute wollten dann, wie allbekannt, ihre Unwissenheit verdecken durch Rohheit, durch unverschämtes Auftreten gegen Soldaten und Bürger, und durch Verfolgung derjenigen Offiziere, welche ausnahmsweise nach Kenntnissen, Aufklärung und politischer Bildung strebten, indem sie solche als Wühler, als Republikaner denuncirten und aus dem Armeecorps auszustoßen suchten. Allein gerade

*) Diese waren damals durchgehends freisinnig und nicht von den Geistlichen wie heute gehemmt, da letztere selbst noch nicht ultramontan und orthodox und mehr von Wessenberg'schen und Hebbel'schen Grundsätzen durchdrungen waren.

diese verfolgten Offiziere waren vom Soldaten geliebt und geachtet und hatten in den Regimentern großen moralischen Einfluß.

Gleich nach Ausbruch der französischen Februarrevolution, in Mitten der allgemeinen Bewegung, ließ der Soldat seinem Haß gegen die Offiziere freien Lauf. Nur mit Hülfe der Unteroffiziere, die bei der damaligen Einrichtung des Heerwesens als Einsteher für vermögliche Conscriptionspflichtige großen Vortheil hatten, darum einen größeren Theil ihres Lebens in den Regimentern verblieben und beim Beginn der gewaltigen politischen Bewegung durch vielerlei Begünstigungen, wie massenweises Avancement zu Offiziersstellen, an die Politik der Regierung gebunden wurden, gelang es, die Disciplin einigermaßen aufrecht zu erhalten und die Regimenter, unter Hinweisung auf die in Baden befindlichen Reichstruppen und unter Vorwürfen von Feigheit bei den häufig versuchten Ausmarschverweigerungen, gegen Hecker und Struve zu führen. Aber gerade nach diesen Kämpfen erkannte der Soldat erst recht, daß er nur als Polizei, als Werkzeug zur Unterdrückung gegen seinen eigenen Vater und Bruder gebraucht wird. Bei dem herrschenden Belagerungszustand aus den Kasernen hinweg zu den Bürgern einquartirt, wurde er gerade dadurch bei den häufigen politischen Gesprächen über seine wahre Stellung aufgeklärt. Dazu kam noch die vom Parlament bis auf 2% der Bevölkerung erhöhte Rekruteneinziehung, beinahe eine allgemeine Wehrpflicht, wodurch einestheils eine große Zahl junger, politisch vorgeschrittener, an Bildung und Kenntnisse die Offiziere überragender Männer in die Regimenter traten, anderntheils die bisher durch Interesse an die Regierung gefesselten Unteroffiziere keine Aussicht mehr auf Einstandsgelder, eher Hoffnung darauf hatten, bei Einführung der durch die demokratische Partei als Agitationsmittel vorgeschlagenen freien

Wahl *) der Offiziere ihre Stellung zu verbessern. Der Soldat sah ferner ein, daß bei den allenthalben in Baden eingeführten Bürgerwehren das so drückende, mit einer ungeheuern Steuerlast verbundene Institut der stehenden Heere überflüssig ist und daß eine allgemeine Volksbewaffnung, für welche die Organisation und Einübungen im Heimathsbezirk stattfinden können, wirksamer gegen Angriffe äußerer Feinde und zur Bewachung bürgerlicher Rechte sein muß und ihm gestattet, statt der bisherigen jahrelangen Entfernung von der Familie, größtentheils am heimatlichen Herde verbleiben und die Seinigen unterstützen zu können: er mußte aber auch erlernen, daß eine solche Einrichtung niemals von Fürsten eingeführt wird und nur in einer Republik möglich ist, und würde er zu deren Proklamirung zugestimmt haben.

Daß dies durch Verschulden Brentano's nicht geschehen, hatte gerade in der Armee die nachtheiligsten Folgen und verhinderte in den ersten Tagen ein siegreiches Vorgehen. Die früheren bei den Regimentern verbliebenen, nunmehr zu höheren Chargen avancirten Offiziere und viele der zu Offizieren erwählten Unteroffiziere, in der Hoffnung, daß ihre neuen Titel vom Großherzog nachträglich bestätigt werden, agitirten für Unterhandlung mit dem Großherzog, wollten nicht zur Offensive übergehen und machten Anfangs bei jedem Marschbefehl Schwierigkeiten. Statt zu gehorchen, fragten sie, wohin? Nur durch die Versicherung, daß es nicht zum Angriffe über Baden hinausgehe, ließen sie sich bewegen, ihre Regimenter an den Neckar zu führen. Nach vorhergegangener Proklamirung der Republik wären solche disciplinwidrige Auf-

*) Diese ist natürlich bei einem guten Milizsystem nach den heutigen Anforderungen nicht mehr zulässig und können die Offiziere nur nach bestandener Prüfung von der zuständigen Behörde ernannt werden.

tritte, welche die Armee demoralisiren mußten, nicht vorgekommen und wäre die umgehende Offensivergreifung in der Natur der Sache gelegen gewesen und zum Gesetz der Nothwendigkeit geworden.

Daß die Stimmung der Soldaten eine ganz andere war, bewies z. B. eine zum Landesausschuß nach Karlsruhe gekommene, alle Waffengattungen der Rastatter Garnison vertretende Deputation, welche erklärte, daß die zurückgebliebenen älteren und ein großer Theil der neugewählten Offiziere fortwährend Umtriebe gegen einen Ausmarsch machten, und welche geradezu die Entfernung solcher Offiziere verlangte, indem die Soldaten nur Führer wollten, die mit ihren Gesinnungen harmoniren und mit ihnen ins Feld zu ziehen bereit sind.

Auf diesen guten Geist der Truppen gestützt und von Goegg dazu angeregt, wollte Sigel, kaum angekommen und den 25. Mai zum Oberkommandanten der Armee ernannt, mit höchstens 5000 Mann zuerst nach Hechingen und Sigmaringen, deren Bevölkerung sich freudig angeschlossen und das Corps mit einem Linienbataillon und einer Batterie unter Hoffstetter*) verstärkt hätte, dann durch das republikanisch gesinnte württembergische Oberland zur Volksversammlung nach Reutlingen und sofort unter steter Vergrößerung des Armeecorps der württembergischen Armee, die damals für die Bewegung gestimmt war, entgegen marschiren und ihr in einem Zusammentreffen Gelegenheit zum Uebergang geben. Es kamen Abgesandte württembergischer Regimenter und forderten den Einmarsch badischer Truppen zur Bewerkstelligung solchen Anschlusses. Die Reichsarmee und die Preußen waren um diese Zeit noch zu keinem ernst-

*) War später unter Garibaldi und starb vorigen Jahres in der Schweiz als einer der hervorragendsten eidgenössischen Obersten und Oberinstruktor der schweizerischen Armee.

lichen Widerstande genug vorbereitet und die Revolutionsarmee wäre so zu sagen ohne Schwertstreich in das demokratisch gesinnte bayerische Franken, das von Würzburg aus ebenfalls eine Deputation für Einmarsch badischer Truppen nach Tauberbischofsheim sandte, und endlich in das Herz Deutschlands gedrungen. Was hinter und in der Flanke der Revolutionsarmee lag, war für die Revolution ohnedies gewonnen. Brentano ging hierauf nicht ein und in einer von ihm nach Mannheim bei Gelegenheit des Verbrüderungsfestes berufenen Konferenz, in welcher der Reichskommissär Zell den Nichteinmarsch preußischer und Reichstruppen im Falle einer strikten Defensivhaltung Badens zusagte, erhielt Sigel den Auftrag, die Armee in defensiver Stellung am Neckar mit einer Avantgarde in Weinheim zu belassen; er suchte aber die Soldaten, gegen den Willen eines Theils der Offiziere, in die Offensive hineinzuziehen, dazu hauptsächlich von Raveaux gedrängt, der nun revolutionär geworden, sich als Kriegskommissär anschloß und im Einverständniß mit dem „Donnersberg" (Club der äußersten Linken des Parlaments) die bad. Armee in Frankfurt gewünscht hätte. Unverantwortlich war es, daß Sigel von der rheinbayerischen provisorischen Regierung und deren General Sznaide trotz der mit Baden abgeschlossenen militärischen Union*) nicht unterstützt wurde.

---

*) Das Aktenstück lautet: „Zwischen dem Landesausschusse von Baden und der provisorischen Regierung von der Rheinpfalz ist folgender Vertrag abgeschlossen: 1) In militärischer Beziehung bilden Baden und die Rheinpfalz ein Land. 2) Das badische Kriegsministerium wird für's Erste als das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet. 3) Alles Brückengeld auf Brücken, welche Baden und die Rheinpfalz verbinden, wird sofort abgeschafft. Die Entschädigung von privatrechtlichen Ansprüchen bleibt vorbehalten und die Kosten der Unterhaltung und

Sigel wollte nämlich Ende Mai das bei Heppenheim, Lorch und Erbach positirte hessische Armeecorps in der Weise angreifen, daß Sznaide und Blenker nach Worms und die rheinhessische Legion nach Oppenheim zu marschiren hatten, um die Aufmerksamkeit des Gros der

---

Wiederherstellung der Brücken werden für die Zukunft von beiden Ländern gemeinschaftlich und gleichheitlich getragen. 4) Die Einwohner beider Länder werden in allen Beziehungen so angesehen, als gehörten sie einem und demselben Staate an. Carlsruhe, den 17. Mai 1849. Der Landesausschuß: Goegg, Fickler, Damm, Struve, Stay, Werner ꝛc. (Brentano unterzeichnete nicht). Genehmigt Kaiserslautern, den 18. Mai 1849. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz: Greiner, Hepp, Reichard, Schmitt, P. Fries."

Vor dieser provisorischen Regierung bestand in der Rheinpfalz vom 31. April an ein Landesausschuß mit den Bürgern Reichard, Cullmann, Hepp, Kolb und Schüler, welche Fenner v. Fenneberg, der gegen Windischgrätz als Nachfolger Messenhauser's die Wiener Nationalgarde am letzten Tage des Oktoberkampfes kommandirte, zwar die rheinbayerischen Streitkräfte organisiren ließen, aber sonst sehr gelinde verfuhren. Die königlichen Beamten ließen sie ruhig mit den Kassen abziehen und hatten nicht die Kraft, von den Bürgern die nöthigen Summen zu erheben. Am Schlimmsten war für die rheinbayerische Erhebung, daß die Festungen Landau und Germersheim, in welchen sich große Vorräthe an Waffen, Munition und Staatsgeldern befanden, nicht gleich im Anfange der Bewegung (Ende April) gewonnen wurden. Die am 17. Mai von 28 Volksvertretern gewählte, oben benannte provisorische Regierung entfaltete mehr Energie, doch auch ohne Erfolg, und beging namentlich den Fehler, am 20. Mai durch eine kleine Schaar Volkswehr unter Blenker die Festung Landau einnehmen lassen zu

Hessen nach dieser Seite zu ziehen, daß eine badische Avantgarde gegen *Heppenheim* zu einem *Scheingefecht* vorrücken und das badische Gros von *Weinheim* über *Fürth* gegen Darmstadt den Hessen in den Rücken dringen sollten. Bei richtiger Ausführung von Sigel's Befehlen war

---

wollen. Die Soldaten waren an diesem Tage in der Festung noch revolutionär gesinnt; als sie aber die Blenker'sche Schaar durch ein Paar von Offizieren abgefeuerten Kartätschenschüssen in die Flucht jagen sahen, waren sie wieder umgestimmt und hielten wieder zu ihren Offizieren. Würde die rheinbayerische Regierung statt der in den Augen von Liniensoldaten lächerlichen Blenker'schen Demonstration mit allen ihren Truppen unter Anschluß eines badischen Linienbataillons und einer badischen Mörserbatterie, welche später auf ihr Verlangen zur Verfügung gestellt wurden, am 20. Mai vor der Festung erschienen sein, so war deren Uebergabe sicher. Nachher, bis zum Anmarsche der Preußen, wurde die Festung vom *Willich*'schen Corps cernirt, und deßgleichen Germersheim vom Carlsruher Arbeiterbataillon unter *Dreher*, das mit Verlust von 8 Todten einen Ausfall der Germersheimer Besatzung siegreich zurückschlug. Beim Einrücken der Preußen (des v. *Hirschfeldt*'schen Armeecorps, bei welchem sich der Prinz von Preußen, Oberbefehlshaber sämmtlicher gegen Baden anrückenden Armeecorps befand) suchte General Sznaide mit dem Hauptcorps, bei welchem sich das Blenker'sche Corps, die Batterieen *Borkheim*, *Fach* und *Twinsky*, *Schlinke*'s Schaar und im Generalstabe die vormaligen preußischen Offiziere *Beust*, *Anneke* und *Techow* befanden, und mit der provisorischen Regierung von Neustadt aus das badische Gebiet über die Brücke von *Knielingen* bei Carlsruhe in forcirten Märschen zu erreichen, was ihm auch am 18. Juni gelang. Während dieses Rückzuges und zu dessen Deckung hatte die *rheinhessische Legion* von circa

der Sieg und hierauf der Einzug der Revolutionsarmee in Frankfurt gewiß. Sznaide und Zitz (rheinhess. Corps) gehorchten aber nicht und Blenker verließ Worms, wohin er gezogen war, wieder zwei Tage vor dem bestimmten Angriffe.

1500 Mann unter Rauppert und Schily, bei denen sich Ludw. Bamberger und Zitz aus Mainz als politische Führer befanden, den 14. Juni bei Kirchheimbolanden ein Gefecht, sowie das Willich'sche Corps nebst dem Bataillon Dreher und einem Bataillon rheinbayerischer Volkswehr unter Schimmelpfennig (preußischer Offizier und starb als verdienstvoller General in Amerika) ein solches bei Annweiler zu bestehen. Bei Kirchheimbolanden war eigentlich nur die aus freiwilligen Schützen bestehende Arrièregarde des rheinhessischen Corps, das angesichts der preußischen Uebermacht den Rückzug antrat, hinter den Barrikaden im Kampfe. Diese kleine Schaar von Helden, darunter mit einer Fahne Mathilde Hitzfeld von Kirchheim, hielt zu lange Stand, so daß sie vollständig theils getödtet, theils gefangen wurde. Unter den 15 Todten waren bekannte Bürger (Nahe, Schwab, Scheidel, Pohl und Stumpf aus Mainz, Wolff aus Oberingelheim, Brotzler aus Frankfurt und Vogel aus Pfeddersheim, beide letztere als Gefangene erschossen). Die andern 15 Gefangenen wurden an die Kanonen gebunden und mußten nebenher laufen. Kaum in Baden angekommen, erklärten Bamberger und Zitz entmuthigt, ihr Corps, das später theilweise wieder reorganisirt wurde, für aufgelöst und eilten in das sichere Asyl der Schweiz. Bei Annweiler hatten die Schaaren des unfähigen Willich durch Unterlassen der allernöthigsten Vorsichtsmaßregeln und unzweckmäßige Aufstellung, wie Becker erzählt, große unnöthige Verluste, so das Bataillon Dreher, ohne zum Schuß zu kommen, allein 17 Todte.

Als Sigel den 30. Mai mit zwei Bataillonen vom Leibregiment, dem Offenburg-Lahrer Volkswehrbataillon, einer reitenden Batterie und drei Schwadronen Dragoner gegen Heppenheim, wo 2 hessische Infanterieregimenter, 6 Geschütze und Cavallerie lagen, zum Scheinangriff vorrückte, blieb unglücklicherweise auch das badische Gros (ca. 10,000 Mann mit 16 Geschützen) unter dem verrätherischen Ruppert (ging nachher zum Feinde über) in Weinheim, statt seinen Marsch über Fürth anzutreten. Auch Eichfeld beschäftigte den Feind in Erbach, wo sich ein hessisches Bataillon befand, mit einem Volkswehrbataillon, den Schützen des Leibregiments und einer halben Batterie, nicht nach erhaltenem Befehle und zog, nachdem er die Hessen zum Rückzug aus Erbach genöthigt, wieder nach Weinheim zurück. Ebenso blieb Metternich, der im ganzen Verlauf des Krieges an keiner Waffenthat, sondern nur an Trinkgelagen und wüthenden Clubreden Theil nahm, in Eberbach mit vier Bataillonen Odenwälder Volkswehr gegen den Befehl, statt Vormarsch über Beerfelden und Fürth, gänzlich unthätig; nur das Linienbataillon unter Freiberg führte als Avantgarde des Gros seinen Zug nach Fürth aus, wandte sich aber nach Eberbach zurück, als es sah, daß das Gros nicht nachrückte.

Unterdessen stieß Sigel im Vorrücken mit der Avantgarde an der Spitze eines Zuges Dragoner bei Heppenheim auf eine hessische Cavallerieabtheilung, stürzte sich auf dieselbe, schlug sie in die Flucht und machte zwei Gefangene. Dieser muthige Cavallerieangriff begeisterte die rückwärts stehende Infanterie, die vorher im Vorrücken zögerte und nunmehr freudig die Grenze überschritt. Im selben Augenblicke sah Sigel, daß zwei hessische Geschütze, von einer Infanterieabtheilung gedeckt, abprotzten. In der Hoffnung, die feindlichen Geschütze zu nehmen und damit einen großen moralischen Er-

folg zu erzielen, sprengte er mit einer ganzen Escadron auf besagte Geschütze los, wurde aber, nur noch 20 Schritte entfernt, mit Kartätschen und Kleingewehr empfangen. Die vordersten Dragoner fielen und Sigel erhielt einen Streifschuß am Helme. Statt dennoch auf die Geschütze loszusprengen und dieselben, bevor sie wieder geladen werden konnten, zu nehmen, stutzten die Dragoner, wandten sich zu wilder Flucht und rasten unter dem Rufe: „Alles ist verloren!" bis nach Weinheim zurück. Sigel nahm mit der den Dragonern langsam nachrückenden Infanterie und Artillerie hinter dem Dorfe Laudenbach Stellung und hielt mit kräftigem Feuer den Feind vom Vorrücken ab.

Als nun die Soldaten des Hauptcorps in Weinheim, von wo sie längst über Fürth hätten abmarschirt sein sollen, den Rückzug der Dragoner bemerkten und den Kanonendonner des von Sigel bei Laudenbach geleiteten Gefechts hörten, wollten sie mit Ungestüm in den Kampf und nöthigten die Offiziere, aus Weinheim der Avantgarde zu Hülfe zu rücken. Mit Schrecken sah Sigel die braven Regimenter, die er längst in der Flanke des Feindes glaubte, herankommen, erkannte den Verrath der Offiziere, mußte aber nun dem Muthe der Soldaten vollen Lauf lassen und dem Gros des nachrückenden hessischen Armeecorps ein größeres Gefecht liefern. Der Hauptzusammenstoß war zwischen Hemsbach und Laudenbach, wo die Hessen Anfangs hauptsächlich durch die Bravour des 3. und 4. badischen Infanterieregiments und der auf den Höhen postirten Offenburger Schützen unter großem Verlust zurückgedrängt wurden, aber wieder die Offensive ergreifen konnten, weil von Erbach aus dem Gebirge heraus, wo Eichfeldt seine Pflicht nicht gethan, ein hessisches Corps den Badensern in die Flanke kam. Der Ausgang des Treffens gegen Abend des 30. Mai war so, daß sich die Hessen in ihr

Land nach Heppenheim und sogar bis Darmstadt und die Badenser nach Weinheim und Heidelberg zurückzogen.

Die verrätherischen Offiziere glaubten nun, einen günstigen Augenblick für Ausführung ihrer Plane zu haben und verlangten, daß Sigel abgesetzt, die Defensive eingehalten und Unterhandlungen mit dem Großherzog angeknüpft werden. Brentano, vom Landesausschuß mit unumschränkter Vollmacht versehen, und in Heidelberg eingetroffen, ging auch wirklich, ohne Sigel zu hören und ohne Rücksicht auf die Stimmung der, Sigels Tapferkeit bewundernden Soldaten zu nehmen, auf das Verlangen der meuterischen Offiziere ein, setzte Sigel ab und ernannte einen unfähigen, reaktionär gesinnten Offizier, einen Hauptmann von Beck, der sich später beim preußischen Kriegsgericht in Rastatt freiwillig gestellt hat, zum Oberkommandanten der Neckararmee. Während seines kurzen Kommando's war v. Beck's einzige That, daß er als Avantgarde in Weinheim ohne Geschütz nur die wackere Offenburger Volkswehr beließ, welche in der Nacht vom 5. Juni von einem starken hessischen Corps überfallen wurde und sich mit Hinterlassung von 9 Todten nur über's Gebirge an den Neckar zurückziehen konnte.

Abgesetzt eilte Sigel nach Carlsruhe und rechtfertigte sich vor dem Landesausschuß so glänzend, daß er von demselben zu einem der 5 Mitglieder der provisorischen Regierung und zum Kriegsminister ernannt wurde. In dieser Stellung, von den entschiedenen Mitgliedern der Regierung (Goegg, Fickler und Peter) unterstützt, fühlte er sich unabhängiger von Brentano, reiste nach Heidelberg, nahm dem Hauptmann v. Beck das Kommando wieder ab, reorganisirte die Armee, schob eine ganze Division unter Becker bis nach Waldmichelbach vor und wollte den 10. Juni die Offensive durch den Odenwald an den Main über Aschaffenburg nach Frankfurt ergreifen, da kam an seine Stelle der vom Landesausschuß

herbeigerufene General Mieroslawski,*) der sich nach dem Brentano'schen System zur Defensive entschloß.

Der unentbehrliche Sigel blieb als Generalstabschef bei Mieroslawski, der die Neckarlinie in der Art besetzte, daß der linke Flügel unter Mercy in Mannheim, das Centrum unter Beckert in Ladenburg, der rechte Flügel unter Becker in Eberbach und die Reserve unter Sigel in Heidelberg sich befanden. Vor dem Rheinübergang bei Germersheim hielt Oberst Muiewsky mit dem Linienbataillon v. Biedenfeld's, den Volkswehren von Bretten und Emmendingen, der deutsch-polnischen Legion und der Batterie Blind**) Wache.

Am 15. Juni griff der Feind auf der ganzen Linie an. Ein Theil des v. Hirschfeldt'schen Corps wollte von Ludwigshafen aus über die Schiffbrücke nach Mannheim dringen. Die Ludwigshafener versprachen zuvor, sich hinter ihren zahlreich errichteten Barrikaden wie Löwen gegen die anrückenden Preußen zu vertheidigen, es wurde deßhalb auch die Schiffbrücke nicht abgetragen; allein die Ludwigshafener feuerten keinen Schuß ab und ließen die preußischen Truppen ruhig durch die Stadt an's Rheinufer ziehen. Rasch wurden von

*) Louis Microslawski erhielt in Frankreich in den dreißiger Jahren eine ausgedehnte militärische Bildung, schrieb ein geschätztes, in mehrere Sprachen übersetztes Werk über den Volkskrieg, leitete 1846 den polnischen Aufstand gegen Preußen, wurde gefangen, 1848 durch die Berliner Märzrevolution befreit, stellte sich im Spätjahr 1848 abermals an die Spitze der Polen in Posen, lieferte die Treffen von Schroda und Wreschen, ward abermals gefangen, aber als französischer Bürger reklamirt und freigegeben. Im Winter von 1848/49 wurde er an der Spitze des sicilianischen Volksheeres verwundet und kam geheilt am 9. Juni nach Carlsruhe.

**) Ein Bruder Carl Blind's.

badischer Seite von beweglichen mit Baumwollballen geschützten Strandbatterien unter dem Kommando des Schweizer Hauptmanns Steck zuerst die Brücke, dann die Uferhäuser, von welchen aus die preußischen Schützen zu belästigen suchten, in Brand geschossen und ihre Artillerie zum Schweigen gebracht. Gleichzeitig wollte General Peuker mit seinem Reichsarmeecorps, dem ein preußisches Armeecorps unter v. Gröben als Reserve diente, die Neckarlinie erzwingen und griff mit Macht bei Käferthal, dem Schlüssel zur Kettenbrücke nach Mannheim, bei Ladenburg, wo sich die Eisenbahnbrücke befindet, und bei Schriesheim, dem Wege nach Heidelberg, an. Der hitzigste Kampf war auf dem badischen linken Flügel, der das vom Feinde stark besetzte Käferthal unter dem tapfern polnischen Obersten Tobian*) im Sturme nahm und dem Feind in der Verfolgung bis Birnheim an der hessischen Grenze großen Verlust beibrachte. Das badische Centrum, welches unter dem nachlässigen, später als Empörer auftretenden Cavallerieobersten Beckert Anfangs dem Feinde die Ladenburger Brücke überließ, dann aber, von Mögling's Bataillonen, die von Schriesheim aus dem feindlichen Centrum in die Flanke rückten, unterstützt, im Sturme die Brücke wieder nahm und den Feind über Ladenburg, wo der Mecklenburg'sche Major Hinkersen mit Andern gefangen genommen worden, bis Heddesheim zurückschlug. An eben diesem Tage war mit einem aus Bayern und Kurhessen bestehenden detachirten Corps Peuker's in und um Hirschhorn ein, von Becker geleitetes siegreiches Gefecht, an dem die Hanauer Turner hervorragenden Antheil nahmen.

---

*) Tobian erhielt während des Sturmes einen Schuß in den Mund, ritt aber doch vorwärts und wurde dann vom Obersten Oborski ersetzt.

Den folgenden Tag, den 16. Juni, wollte Peuker, der die Hauptmacht der Badenser in Ladenburg und Käferthal postirt glaubte, mit dem größten Theile seines Armeecorps von Weinheim aus einen Hauptschlag gegen Heidelberg ausführen; Mieroslawski war aber gerüstet. Dieser sandte in der Nacht vom 15. auf den 16. Juni an Oborski in Käferthal und an Mögling in Ladenburg den Befehl, Morgens den 16. Juni mit ihren Truppen auf dem rechten Neckarufer gegen Schriesheim zu marschiren. Dann rückte er selbst an diesem Morgen mit Sigel's Reserve von Heidelberg aus gegen Leutershausen, das von Peuker schon besetzt war. Mieroslawski, mit Oborski und Mögling vereinigt, griff zuerst an. Der Kampf um den Besitz von Leutershausen war ein hartnäckiger und blutiger, bis schließlich die Revolutionsarmee Sieger geblieben, Peuker vollständig geschlagen und über Großsachsen gegen Weinheim zurückgeworfen war. Dieser Sieg, bei dessen Erringung sich insbesondere die badische Artillerie und das badische 4. Infanterieregiment unter Oberst Kapferer auszeichneten, ist indirekt von Peuker selbst zugestanden, indem er berichtet: „Am heutigen Tage ging der Feind, welcher nach Aussagen von Gefangenen vom Polen Mieroslawski befehligt war, in der Stärke von 10—12,000 Mann, sowohl in der Front als in der rechten Flanke zu einem lebhaften Angriffe über, bei welchem mit Heftigkeit um den Besitz des Dorfes Großsachsen gekämpft, der Feind aber mit bedeutendem Verlust zurückgeschlagen wurde. Das hessische Gebiet ist von den Feinden nun gänzlich geräumt. Unsere sämmtlichen Truppen haben sich äußerst brav geschlagen. Weinheim, den 16. Juni 1849."

Da erstens der Neckar seit der Ankunft Mieroslawski's die Vertheidigungslinie gegen Norden bildete, also schon lange vor den Gefechten das hessische Gebiet von den Insurgenten geräumt war, da ferner das Treffen nicht bei Großsachsen

sondern bei Leutershausen stattgefunden, und da es endlich Peuker's offenbare Absicht gewesen, den Neckarübergang zu erzwingen, so ist seine Niederlage officiell eingestanden worden.

Die feindlichen Armeecorps gaben nun den Plan auf, zwischen Mannheim und Heidelberg den Neckarübergang und bei Ludwigshafen den Rheinübergang zu forciren. Peuker, durch das Armeecorps unter v. Gröben abgelöst, zog sich von Weinheim über Fürth in's Gebirge, dem von der Division Becker besetzten Neckarthale zu. Das v. Hirschberg'sche Armeecorps, bei dem sich, wie schon einmal erwähnt worden, der Prinz von Preußen (heutiger Kaiser von Deutschland) befand, zog sich theils von Ludwigshafen über Speyer rheinaufwärts, theils kam es über die westliche Gebirgskette und concentrirte sich in und um die Festung Germersheim.

Mieroslawski wollte gegen die Ansicht von Sigel und Goegg, welch' letzterer seit seiner Ernennung zum Diktator bei der Armee sich aufhielt, den Preußen den Rheinübergang nicht erschweren, zog seine Hauptmacht, ca. 15,000 Mann mit 30 Geschützen, in und um Heidelberg zusammen und erwartete so den Feind, um ihm nach bewerkstelligtem Rheinübergang entgegenzurücken. Goegg war hierüber nicht beruhigt und eilte nach den siegreichen Neckargefechten nach Carlsruhe, um im Vereine mit dem Kriegsminister Werner weitere Truppen mit Artillerie gegen den auf badischer Seite liegenden und vom Feinde besetzten Germersheimer Brückenkopf aufzubieten und insbesondere General Sznaide zu drängen, mit seinem am 18. Juni in Carlsruhe angekommenen rheinbayerischen Corps vorzurücken; Sznaide war aber erst in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni, auf die Kunde vom Rheinübergang der Preußen, zum Abmarsch zu bewegen. Sein linker Flügel, zuerst unter Twinsli, der in derselben Nacht wieder umkehrte, und dann unter Blenker, rückte auf der

Rheinstraße gegen **Graben**, das Centrum unter Sznaide selbst mit Willich's Corps als Avantgarde gegen **Blankenloch** und der rechte Flügel unter **Biedenfeldt** auf der Bergstraße gegen **Bruchsal**.

Den 20. Juni bei Tagesanbruch begann das Hirschfeldt'sche Corps von Germersheim aus den Rheinübergang und ließ sich badischer Seits **Mniewski**, der selbst die allernöthigsten Vorsichtsmaßregeln zu treffen unterließ, bei **Rheinsheim** förmlich überrumpeln. Die Batterie Blind, die zu keinem Schuß kam, wurde genommen und Blind selbst als Gefangener abgeführt, die Volkswehren eilten nach Bruchsal und nur das Linienbataillon **Biedenfeldt** hielt gegenüber den zahlreich ansprengenden Husaren Stand. Letztere zogen sich nach bedeutendem Verluste*) an Todten, darunter zwei Stabsoffiziere, und an Verwundeten, darunter **Prinz**

*) Hier sei bemerkt, daß die offiziellen Berichte der Preußen über ihre Verluste beim badischen Feldzuge unrichtig sind und diese von den Preußen selbst bei andern Gelegenheiten viel höher angegeben werden. So enthält der offizielle Bericht über dieses Gefecht an Todten nur zwei Offiziere und vier Gemeine, während dem Obersten Biedenfeldt von dem preußischen Kriegsgericht in Rastatt als Motive seiner Verurtheilung vorgehalten wurde, daß unter seinem Kommando bei Rheinsheim 47 Mann preußischer Husaren getödtet wurden. Vom ganzen Feldzuge geben die Preußen offiziell den Verlust von 32 Offizieren und 640 Mann an Todten und Verwundeten zu und dies nur von den zwei Armeecorps Hirschfeldt und Gröben. Das Peuker'sche Reichsarmeecorps, das an mehreren blutigen Gefechten hervorragend betheiligt war und zurückgeschlagen wurde, hatte keine Zahlen seiner Verluste veröffentlicht. Das Minimum der Verluste der drei benannten Armeecorps muß mindestens zu 2000 Mann an Todten und Verwundeten angegeben werden.

Friedrich Carl, der heutige Feldmarschall, zurück. Biedenfeld, der selbst einen Säbelhieb auf eine seiner Epaulettes erhielt und geringen Verlust an Mannschaft hatte, wurde in Bruchsal von dem herbeigeeilten Goegg an Mniewski's*) Stelle zum Oberkommandanten und Reorganisator der in Bruchsal befindlichen Mannschaft ernannt. Gegen Abend mußte er sich vor der auf Bruchsal losrückenden preußischen Division Brune in der Richtung von Durlach zurückziehen.

Den 20. Juni, vom Rheinübergang des Hirschfeldt'schen Armeecorps unterrichtet, ließ Mieroslawski in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni die verschiedenen Corps über Schwetzingen und Hockenheim in der Gesammtstärke von 12,000 Mann und 20 Kanonen den Preußen entgegenrücken. Nur die Division Becker hatte zum Schutze des Neckarübergangs in Heidelberg, eine Abtheilung Linie und Artillerie an der Ladenburgerbrücke und unter Merey Truppen mit Geschützen, in Mannheim zu verbleiben. Auch die Division Thome sollte gegen Philippsburg rücken, Thome entlarvte sich aber als Verräther und blieb in Heidelberg.

Die Preußen waren in zwei Divisionen getheilt. Die größere unter Hanneken stand zwischen Philippsburg, Waghäusel und Wiesenthal, mit dem rechten Flügel vor Wiesenthal. Die Avantgarde des preußischen Centrums bewegte sich auf der Straße nach Neulußheim und die Brune'sche kleinere Division befand sich als Hülfscorps in zweistündiger Entfernung, theils auf der Bruchsaler-, theils auf der Rheinstraße.

Mieroslawski's Heer war am Morgen des 21. Juni bei

*) Man hielt Anfangs Mniewski für einen Verräther und sandte ihn als Gefangenen nach Rastatt, wo er sich später an der Vertheidigung der Festung betheiligte und nach deren Uebergabe standrechtlich erschossen wurde.

Neulußheim concentrirt. Der rechte Flügel unter Beckert mit sämmtlicher Cavallerie (10 Schwadronen) hatte sich gegen Philippsburg zu wenden, das Centrum unter Oborski zog gegen Waghäusel und der linke Flügel unter Sigel gegen Wiesenthal.

Die preußische Avantgarde wurde von der badischen Avantgarde unter Anführung des tapfern, bei dieser Gelegenheit schwer verwundeten Mone geworfen, worauf Oborski mit seiner Division im Sturmschritt das feindliche, im Dorfe und in der Zuckerfabrik Waghäusel postirte Centrum angriff und erst nach dreimaligem Anlaufe unter schwerem Verluste das Glück hatte, die Preußen aus Waghäusel gegen Philippsburg auf ihren linken Flügel zu werfen. *)

Zu gleicher Zeit kam Sigel in seinem Vorrücken dem feindlichen rechten Flügel in die Flanke, warf ihn zurück und drang nach Wiesenthal hinein. Es hätte sich nun von selbst verstanden, daß Mieroslawski mit allen seinen verfügbaren Truppen den in und hinter Philippsburg sich zurückziehenden Feind verfolgte und dadurch die Schlacht vollständig zu Gunsten der Revolutionsarmee entschied. Statt dessen ließ er den rechten Flügel unthätig und erlaubte dem Centrum eine Stunde Rastzeit, was um so unheilbringender war, als während dieser Zeit die Brune'sche Division von der Bruchsaler- und Rhein-Straße herbeikommen und sich auf Sigel im Wiesenthal, der nur 1500 Mann und drei Geschütze hatte, werfen konnte.

Sigel, mit dem braven 4. Regiment gegen den von allen

---

*) Bei dieser glänzenden Waffenthat fiel leider unter andern edlen Opfern der junge Held Schlöffel, Sohn des bei der Armee als Oberkriegskommissär befindlichen Reichstagsabgeordneten aus Schlesien, und Mögling aus Württemberg wurde schwer verwundet.

Seiten andringenden Feind Stand haltend, verlangte von Mieroslawski Unterstützung. Derselbe beorderte die Cavallerie vom rechten Flügel hinweg, dem Brune'schen Corps in die Flanke zu fallen. Beckert ritt auch wirklich mit seinen Dragonern ab und gab sich den Schein, einen Angriff gegen den Feind auszuführen; allein auf halbem Wege ließ er rechts auf die Landstraße zwischen Wiesenthal und Waghäusel schwenken und dann die ganze Reitermasse in vollem Laufe unter dem Rufe: „Wir sind umgangen!" zurück auf die in und um Waghäusel postirten Revolutionstruppen sprengen, was natürlich panischen Schrecken verbreitete, die Fußgänger, den Train, kurz Alles, trotz den größten Gegenanstrengungen von Mieroslawski, fortriß. Ein allgemeiner, ungeordneter Rückzug über Heckenheim nach Heidelberg erfolgte. Als Sigel dies erfuhr, zog er sich langsam in bester Ordnung, vom Feinde unbelästigt, als Arrièregarde zurück.

Diesen unglücklichen Ausgang einer Schlacht, die in ihrem Beginne so glänzend und siegreich für die Freiheitsarmee war, führte somit nicht der Feind, sondern das heillose Benehmen, der Verrath des Cavallerie-Kommandanten Beckert herbei. Er setzte seiner That die Krone noch dadurch auf, daß er ein Reiterregiment nach Mannheim sandte, um sich daselbst mit dem reaktionären Theil der Bürgerschaft zu verbinden und eine Contrerevolution herbeizuführen, in welcher noch vor dem Einmarsch der Preußen Trützschler, Streuber, Höfer, Dietz und Lenzinger gefangen*) und den

*) Schnauffer, der Sänger der „Todtenkränze für die gefallenen Freiheitskämpfer", befand sich auch unter den Gefangenen und wurde von Mannheimer Frauen befreit. Auch der schweizerische Artilleriehauptmann Steck wurde bei dieser Gelegenheit verhaftet und später vom Kriegsgericht zu 10jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

preußischen Standrechtskugeln zum Lohne ihrer Hingebung für die Sache des Volkes überliefert wurden.

Aber auch der rheinbayerische General Sznaide hat zum Verlust dieser Schlacht einen wesentlichen Theil beigetragen. Wäre Sznaide auf der Rheinstraße den Preußen und dem Kanonendonner von Waghäusel und Wiesenthal gefolgt, statt unthätig den 21. und 22. Juni mit dem linken Flügel zwischen Eggenstein und Graben und mit seinem Centrum in Blankenloch liegen zu bleiben, würden die Preußen zwischen zwei Feuer gekommen, das Brune'sche Corps abgeschnitten und dem Obersten Beckert keine Gelegenheit zum Verrath gegeben worden sein.

Nur der bei Durlach an die Bergstraße gelehnte rechte Flügel unter Biedenfeldt, dem sich Goegg angeschlossen, rückte auf des letzteren Veranlassung im Laufe des 21. Juni über Weingarten*) nach Bruchsal**) vor, konnte indessen der großen Entfernung wegen natürlich keinen Einfluß auf das Schicksal der Schlacht von Waghäusel haben, hatte aber Sznaide zum Vorrücken ermuthigt. Er traf den 22. Juni gegen Abend mit dem Hauptcorps ebenfalls in Bruchsal ein

*) Hier traf man den unpraktischen Willich mit Reorganisation seines Corps beschäftigt, das in der Nacht zuvor ohne alle Vorsichtsmaßregeln blindlings einer feindlichen Avantgarde zugeführt und von dieser mit Rottenfeuer auseinander gesprengt wurde.

**) In der Meinung, daß Bruchsal noch vom Brune'schen Corps besetzt sei, wurde vor demselben theils auf der Anhöhe, theils in der Ebene Stellung genommen; als man aber von dem Abzug Brune's unterrichtet war, rückte man noch in der Nacht vom 21. Juni in die Stadt ein, in welcher die Einwohner nicht wenig überrascht waren, denn sie hingen weiße Fahnen aus, im Glauben, daß die Preußen wieder einrücken.

und schob auf die Nachricht, daß die Preußen im Anmarsche seien, noch vor Einbruch der Nacht eine starke Avantgarde vor, deren Centrum mit Geschütz unter Annele und Beust nördlich vor Ubstadt gegen Stettfeld Posto zu fassen hatte, während der linke Flügel unter Biedenfeldt nach Forch und der rechte Flügel unter Willich nach Oberöwisheim mit dem Auftrage beordert wurden, daß während des von Annele eröffneten Treffens Willich dem Feinde in die Flanke rücken und Biedenfeldt den etwa von Hambrücken anrückenden Feind aufhalten sollten.

Schon den 23. Juni in aller Frühe kam Annele bei Stettfeld mit den Preußen in's Gefecht. Während desselben zog das Gros unter Sznaide von Bruchsal auf der Straße nach Ubstadt, wo es die Annele'sche Avantgarde, die — von Willich *) nicht unterstützt — dem Andrange der Preußen auf die Dauer nicht Stand halten konnte, im Rückzuge begriffen traf. Statt daß nun Sznaide seine 7000 Mann mit 12 Geschützen in der Ebene und auf der Höhe bei Ubstadt entfaltete und in Schlachtordnung aufstellte, ließ er die ganze Truppenmasse auf der engen Straße hinter Ubstadt zusammengepfropft stehen und führte, als Annele sich nach einem abermaligen Vorrückungsversuch zurück auf das Hauptcorps warf, Verwirrung und Auflösung herbei, was seinen Höhepunkt erreichte, als die in der Ebene, westlich von Ubstadt, vorrückenden Preußen die auf der Straße befindliche Masse in der Flanke mit Kartätschen beschossen und ein feindlicher Zug Uhlanen von der Eisenbahn her zur Eroberung der noch nicht abgeprotzten Geschütze heransprengte. Sznaide zog fluchtartig nach Bruchsal

*) Der Träumer Willich marschirte gegen förmlichen Befehl, statt Annele zu Hülfe, rechts ab gegen Sinsheim, wo er ohne die zufällige Dazwischenkunft Becker's von einer Abtheilung des Peucker'schen Armeecorps gefangen genommen worden wäre.

zurück. In diesem Wirrwarr gelang es Oregg, der nothgedrungen das Kommando übernehmen mußte und zu dem Techow und später Anneke und Beust sich gesellten, daß vier badische Zwölfpfünder unter Isele und zwei rheinbayerische Volkswehrgeschütze unter Fach*) mit einigen badischen (aus dem Bezirk Oberkirch unter Hermann Geldreich, aus Ettlingen ꝛc.) und rheinbayerischen Volkswehren Stand hielten.

Im Nu wurden die Geschütze über den Straßenwall auf der Anhöhe postirt und die Volkswehren am Rand des Straßenwalls aufgestellt. Die auf der Straße angelangten Uhlanen fanden mit ihren Offizieren größtentheils den Tod und einige ihrer Verwundeten nebst Pferden wurden nach Bruchsal transportirt. Die auf dem Abhange vortrefflich aufgestellten Geschütze unterhielten ein lebhaftes Feuer mit der, südwestlich von Ubstadt aufgestellten preußischen Batterie und brachten diese zum Schweigen. So oft preußische Infanterie oder Reiterei zum Angriffe vorrücken wollte, wurde sie stets abwechselnd mit Vollkugeln und Shrapnells zum Rückzuge genöthigt. Auch eine östlich von Ubstadt ansprengende Uhlanenabtheilung wurde von der unterdessen von Bruchsal her verstärkten Volkswehr blutig zurückgetrieben. Nachdem sich die Preußen hinter Ubstadt zurückgezogen hatten, marschirten die siegreichen Revolutionsschaaren, welche bei der glühendsten Sonnenhitze den ganzen Tag ohne Speise und Trank bleiben mußten, Abends 5 Uhr langsam nach Bruchsal, wo Sznaide während des Treffens im Wirthshause sich gütlich gethan hatte.

Die Preußen, welche erst den 24. Nachmittags, kurz bevor

---

*) Hauptmann von Fach leitete in Rastatt während der Belagerung einen Theil der Festungsartillerie, wurde von den Preußen nach der Uebergabe an die bayerische Regierung ausgeliefert, zum Tode verurtheilt und sollte in Landau erschossen werden, entkam aber wie durch ein Wunder.

Sznaide mit seinen sämmtlichen Truppen Bruchsal auf seinem ungeordneten Rückzuge nach **Durlach** verließ, von Ubstadt aus wieder vorrückten, hatten offenbar den Plan, entweder den 23. Juni Vormittags von Ubstadt über Flehingen nach Sinsheim oder Bretten oder direkt nach Durlach zu dringen, und dem von Heidelberg über Sinsheim ziehenden Mieroslawski'schen Armeecorps den Rückzug abzuschneiden. **Das Treffen bei Ubstadt hat somit**, wie Becker in seinem öfters erwähnten Werke constatirt, **die badische Hauptarmee gerettet.***) Letztere kam direkt vom Schlachtfelde bei Waghäusel nach einem vierzigstündigen Marsche, auf dem sie noch mit einem Theile des gegen ihre Flanke rückenden Peuker'schen Armeecorps bei Sinsheim ein Gefecht zu bestehen hatte, in der Nacht vom 23. Juni nach Bretten und den 24. Juni gegen Abend nach Durlach.**)

---

*) Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, einige der vielen Grausamkeiten zu erwähnen, welche die Preußen an den gefangenen Freiheitskämpfern verübten, während die preußischen Gefangenen, wie später Major Hinderfin, öffentlich constatirt hat, mit aller Rücksicht und sorgsamer Pflege behandelt wurden. Nach dem Rückzuge der Annekeschen Avantgarde wurde in Ubstadt ein Zug Volkswehrmänner (Schützen aus Thiergarten, Oberkirch und andern Orten des Renchthales) abgeschnitten und flüchtete sich derselbe mit Niederlegung der Waffen in die Kirche, in welcher nach dem offiziellen preußischen, im Militärwochenblatt von Berlin veröffentlichten Feldzugsbericht, der Lieutenant nicht verhindern konnte, daß die 24 Gefangenen auf der Stelle niedergeschossen wurden. In Philippsburg wurde der Civilkommissär **Schanzlin** an einen Pferdeschweif gebunden und zu Tode geschleift 2c. 2c.

**) Dieser in der Geschichte merkwürdige, unerwartet mitten durch den Feind gelungene Rückzug, wessentwegen die Preußen von auswärtigen kompetenten Militärs harten Tadel erfahren

Sznaide erwartete, wie schon gesagt, die Preußen vor Bruchsal nicht und kam sein Corps, während Goegg mit dem Eisenbahnmaterial und den Verwundeten direkt nach Carlsruhe fuhr, in vollständigster Auflösung*) den 24. Juni Abends 8 Uhr in Durlach an. Dies, wie auch die gleichzeitige Ankunft des bisher bei Graben gestandenen Blenker'schen Corps, von welchem eine Abtheilung des rheinhessischen Bataillons und der deutsch-polnischen Legion unter Bannwarth's Führung bei Neudorf ein Gefecht mit den Preußen zu bestehen hatte, verursachte in dem überfüllten Durlach eine solche Verwirrung und Unordnung, daß es Mieroslawski nicht darauf ankommen lassen konnte, hier die Preußen zu erwarten; er entschloß sich daher, noch in der Nacht vom 24. auf den 25. Juni direkt, ohne Carlsruhe zu

mußten, wurde, abgesehen von dem glücklichen Treffen bei Ubstadt, auch dadurch begünstigt, daß Gröben mit seinem Armeecorps bei den Brücken von Ladenburg und Heidelberg den Neckarübergang nicht erzwingen konnte. Die wahrhaft heldenmüthige Vertheidigung dieser zwei Flußübergänge geschah nur von verhältnißmäßig kleinen Corps, und zwar in Ladenburg während zwei Tagen von zwei Compagnieen des ersten (Leib-) und des zweiten Regiments, vom ersten Mannheimer Aufgebot und von der Batterie Ziegler, deren Artilleristen mehrere Male zum Gewehr griffen und den Feind mit dem Bajonett zurücktrieben, und in Heidelberg unter Leitung des Obersten Becker (Joh. Philipp), wo sich die gefürchteten Schützen Heuberger's besonders auszeichneten. Der gefährlichste Feind für den Rückzug war im eigenen Lager der Verrath der Obersten Beckert und Thome, welche Mieroslawski verhaften wollten und nur durch Sigel's Energie daran verhindert wurden.

*) Auf dem Marsche wurde General Sznaide von einigen seiner Leute sogar mißhandelt.

berühren über Ettlingen nach Rastatt zur Reorganisation und Erfrischung seiner erschöpften Armee zu ziehen und an der Murglinie Stellung zu nehmen. Nur Oberst Becker, der schon von Heidelberg aus die großer Gefahr ausgesetzte Arrièregarde bildete, hatte mit seiner Division, ohne Geschütz und nur aus Volkswehren *) bestehend, zu verbleiben. Schon den andern Morgen kam er nördlich und östlich vor Durlach mit den von Bruchsal und Bretten angerückten Preußen und Reichstruppen in's Gefecht, das von den genannten Volkswehren, und namentlich den Offenburgern, wie Becker in seinem Bericht besonders hervorhebt, mit der größten Tapferkeit bis über Mittag hinaus unterhalten wurde. Durch diesen mehrstündigen hartnäckigen Widerstand erwarb sich Becker's Division, welche sich direkt von Durlach langsam auf Ettlingen zurückzog, aber noch das ganz besondere Verdienst, daß die schon in der Nacht vom 24. auf den 25. von Goegg angeordnete Fortschaffung der von Brentano in Carlsruhe zurückgelassenen Kriegsmaterialien vollständig durchgeführt werden konnte und daß Goegg Zeit hatte, die zwei Cavallerieregimenter und die reitende Batterie, welche abfallen und in Carlsruhe verbleiben wollten, zum Abmarsch **) nach Rastatt zu vermögen und das

*) Die Offenburger, das Mannheimer Arbeiterbataillon, Heuberger's Schützen, die Flüchtlings-, und die deutsch-polnische Legion, sowie zwei Pfälzerbataillone.

**) Bevor dieser Abmarsch bewirkt war, kam der Oberkriegskommissär Schlöffel mit einem Befehle Mieroslawski's für gewaltsame Entwaffnung der Carlsruher Bürgerwehr. Eine solche Maßregel war an diesem Tage nicht mehr ausführbar. Der über 2000 Mann starken, wohlorganisirten, einexerzirten und gut bewaffneten, von zwei meuterischen Cavallerieregimentern und Artillerie unterstützten Bürgerwehr konnten keine 1000 Mann, meistens von noch nie im Feuer gestandenen Volkswehren, die

Eisenbahnmaterial mit dem Rest der Truppen abgehen zu lassen. Erst Nachmittags 2½ Uhr, im Momente, als die Preußen durch's Durlacher Thor einrückten, verließ Goegg ohne alle Bedeckung Carlsruhe und konnte von einer Compagnie Bürgerwehr, welche auf dem Marktplatze vor dem Rathhause zum Empfang der Preußen mit einer weißen Fahne aufgestellt war und an welcher er langsam vorbei ritt, gefangen werden. Daß dies nicht geschehen, ist eine nur um so größere Schande für die Ausliefereт Trützschler's. Als Goegg auf der Rippurrer Straße angekommen war, wurde er von zwei Uhlanen verfolgt und hatte er nur der Schnelligkeit seines Pferdes die Rettung zu verdanken. Vor Rippurr angelangt, wurden die Uhlanen von einigen Nachzüglern auf Goegg's Zurufen niedergeschossen. In **Ettlingen** traf er zu seiner großen Freude Becker mit seiner braven Arrièregarde, die er abgeschnitten glaubte, sowie seinen Bruder Gustav *) und seinen Collegen Werner. Langsam marschirte man nach Rastatt, wo Abends 9 Uhr bei klingendem Spiele der Einzug stattfand.

Des andern Tages, den 26. Juni, musterte Mieroslawski sämmtliche in und um Rastatt vereinigte Reste der Armee, in welche nun auch das rheinbayerische Corps nach der Entlassung **Sznaide's** aufgenommen wurde. Es waren im Ganzen, mit der Festungsbesatzung inbegriffen, noch circa 15,000 Mann mit 70 Feldgeschützen. Es wurden vier Divi-

---

ungeordnet in den Straßen herumlagen und kein Geschütz hatten, entgegengestellt werden. Goegg konnte nur bewirken, daß die Bürgerwehr auseinander ging, freiwillig Waffen abgab und die Cavallerie nebst Artillerie nach Rastatt zog.

*) Offizier in der deutsch-polnischen Legion und entkam nach der Uebergabe Rastatt's aus dem Spital, wo er leicht verwundet gelegen, mit Hülfe eines Arztes nach Straßburg.

sionen gebildet und vor der Murg auf der ganzen Linie von Steinmauern bis Gernsbach Aufstellung genommen, und zwar gegen die Ansicht Sigel's, der Mieroslawski ernstlich rieth, die Hauptmacht hinter der Murg zur Lieferung einer Schlacht zu konzentriren, den Festungsrayon frei zu lassen und somit in die Operationslinie hereinzuziehen, die Gebirgspässe mit guten Truppen zu besetzen ꝛc.; Mieroslawski bestand aber leider auf seinem Plane und erregte dadurch die Unzufriedenheit der meisten seiner Offiziere.

Die erste Division unter Becker hatte ihr Hauptquartier an der Federbacher Brücke mit detachirten Corps in Steinmauern, Oetigheim und Bietigheim. Die zweite Division unter Oborski war bei der Kuppenheimer Brücke mit einer starken Avantgarde unter Köhler bei Muggensturm. Die dritte Division unter Mercy hatte das Centrum in Rothenfels mit einer Avantgarde unter Willich bei Michelbach. Die vierte Division unter Blenker, mit dem Hauptquartier in Gernsbach, war bis an die württembergische Grenze vorgeschoben. Eine Reserve mit vier Ausfallbatterieen war in Rastatt zur Verfügung.

Die Preußen hatten ihre zwei Armeecorps bei Carlsruhe vereinigt. Das Hirschfeldt'sche rückte auf der Rheinstraße über Mühlburg und Durmersheim, das Gröben'sche auf der Bergstraße über Ettlingen und Neumalsch gegen die Murg. Das Peuker'sche Reichsarmeecorps zog durch's Württembergische über Loffenau gegen Gernsbach an die Murglinie; die 15,000 Mann starke Freiheitsarmee hatte daher mit wenigstens 50,000 monarchischen Feinden den Kampf aufzunehmen.

Den 28. Juni gegen Abend ward ein leicht zurückgewiesener Recognoscirungsangriff auf die Division Becker und ein ernsthafterer Angriff bei Bischweiler und Michelbach

der von der Willich'schen Kolonne, bei welcher sich, wie Becker bemerkt, das Banner von Renchen ganz besonders auszeichnete, zurückgeschlagen wurde.

Den 29. Juni war ein allgemeiner Angriff auf der ganzen Murglinie. Die Freiheitstruppen auf der Linie von Steinmauern bis über Kuppenheim hinaus widerstanden nicht nur dem massenweise andringenden Feinde, sondern gingen Nachmittags selbst zum Angriff über, bei welchem Sigel mit dem Linienbataillon von Max Weber und der Batterie Stadler bis Rauenthal vordrang, und waren am Abend des 29. Juni vollkommen Sieger. Allgemeiner Jubel herrschte und Rastatt wurde illuminirt.

Dagegen wurde von der Division unter Mercy bei Rothenfels unglücklich gekämpft,*) und begab sich dieselbe voreilig auf die Flucht. Ebenso leistete Blenker, der mehr Maul- und Paradeheld war, dem von Loffenau andringenden Peuker'schen Corps in Gernsbach, wo einige Häuser in Brand geschossen wurden, unerheblichen Widerstand.**) Das Unglück, welches am Abend des 29. Juni in Rastatt noch nicht bekannt war, verwandelte sich in der Nacht in eine förmliche unheilvolle Katastrophe dadurch, daß die am Tage siegreiche Division Oborski von der flirkenden Division Mercy mitfort über Oos in's Oberland gerissen wurde. Auf diese Nachricht hin suchte Mieroslawski nunmehr, wo es leider mit Aussicht auf Erfolg zu spät war, die Vertheidigung hinter der Murg zu organisiren, beorderte Becker mit seiner Division an die Kuppen-

*) Von Willich's Corps, der Avantgarde Mercy's, fiel unter Andern Moll von Cöln und wurde der Dichter Gottfried Kinkel durch einen Streifschuß leicht verwundet und gefangen.

**) Mit Ausnahme einer rheinbayerischen Liniencompagnie, welche selbst nach feindlichen Berichten unter großem Verluste mehrere Stunden heldenmüthig Stand hielt.

heimer Brücke und Sigel nach Oos zur Sammlung der fliehenden Truppen der 2. und 3. Division gegen das von Gernsbach über Baden-Baden anrückende Peuker'sche Corps. Becker hielt an der Murg hauptsächlich durch die ihm zur Verfügung gestellte zahlreiche, von Oberst Köhler befehligte Artillerie, den 30. Juni lange Stand, mußte sich aber ebenfalls dem allgemeinen Rückzuge anschließen, da Sigel in Oos kein größeres Corps gegen Peuker sammeln konnte und er somit bedroht war, abgeschnitten oder in die Festung, in welche sich ohnehin zu viele Truppen begaben, gedrängt zu werden.

Um dem Armeereste den Rückzug zu ermöglichen, kämpften hinter Oos einzelne Abtheilungen von der schwäbischen Legion, vom Carlsruher Arbeiterbataillon, der deutsch-polnischen Legion &c. in wahrhaft heroischer Weise und eroberten sogar eine mecklenburger Haubitze, hatten aber leider viele Opfer, unter Andern Greiner,*) den Major der schwäbischen Legion, und den Schweizerhauptmann Michel.

Auch zum Schutze der westlichen Flanke opferten sich von Doll's Corps, das in Steinmauern den 28. und 29. Juni den linken Flügel der siegreichen Division Becker's bildeten, einzelne Abtheilungen, z. B. unter Frech die Korker Volkswehr, die nur an Todten 22 Mann verlor.

Gegen Abend des 30. Juni konnte die Rastatter Festung, in der sich ungefähr 6000 Mann mit Tiedemann als Gouverneur, Heilig als Artilleriekommandant, Biedenfeldt als Kommandant der Linie, Böning als Kommandant der Volkswehren befanden, vom Gröben'schen Armeecorps cernirt werden. Das Hirschfeldt'sche Armeecorps, in zwei Kolonnen auf der Berg- und Rheinstraße, und das Peuker'sche

*) Greiner mit zwölf seiner Kameraden wurde das Opfer, weil die Mecklenburger zur Täuschung Blousen trugen und scheinbar als Freunde entgegengingen.

Reichsarmeecorps durch Württemberg folgten dem Rest der Revolutionsarmee, welche den ersten Halt in Offenburg machte, auf dem Fuße.

Mieroslawski hatte durch seine unpraktischen Dispositionen an der Murg bei der Armee nicht mehr das Vertrauen, das nothwendig ist, um von Neuem zu organisiren und zu kräftigem Widerstande anzufeuern. Er gab am 1. Juli zu Offenburg seine Entlassung, lieferte die Generalstabskasse ab und reiste mit seinen Adjutanten und nur 1200 Gulden, welche ihm Kriegsminister Werner mit einem ehrenvollen Zeugniß als geringen Lohn für seinen guten Willen und seine geleisteten Dienste einhändigte, direkt in die Schweiz.

An Mieroslawski's Stelle trat Sigel, den jener selbst in seinen Kriegsberichten den jungen, genialen Helden nannte und der in Offenburg sogleich Anstalten zur Vertheidigung des Schwarzwaldes traf. Er ließ Becker und Willich in das Kinzig- und Simonswälderthal mit 2000 Mann und 6 Geschützen abgehen und trat mit dem noch 5000 Mann und 60 Geschütze betragenden Hauptcorps den Marsch nach Freiburg an, wohin Goegg noch vor Beginn des Kampfes an der Murglinie vorausgeeilt war, um durch Einberufung einer großen Volksversammlung den Muth zu beleben und die zuvor schon angeordnete Bildung eines Reservearmeecorps aus den ersten Aufgeboten des Oberrhein- und Seekreises zu betreiben und an die Murg zu führen.*)

Statt Mannschaft traf Goegg in Freiburg allgemeine Entmuthigung, die selbst einen Struve zum voreiligen Abgang in die Schweiz veranlaßte und die nach der Flucht Brentano's in eine Contrerevolution überging, welche den

*) Er ließ deßhalb auch sein Pferd und Gepäck in Rastatt zurück und wurde beides nach der Uebergabe der Festung von den Preußen weggenommen.

2. Juli ihren Höhepunkt erreichte, als massenweise demoralisirte Soldaten aus dem Unterlande anlangten, und sich mit dem reaktionären Theil der Bürgerwehr auf dem Münsterplatz unter dem Rufe: „Es lebe der Großherzog!" vereinigten. Als dies der Bureaudiener Goegg vermeldete und unter Hinweisung auf die schon bewerkstelligte Flucht von Allem, was an Beamten, Deputirten und Volkswehren zur Revolution gehörte, ihn bat, auch zu fliehen, bestieg Goegg das von Brentano zurückgelassene Pferd und ritt mitten unter die Empörer hinein. Durch dieses kühne Auftreten sichtlich verblüfft, ließen sich die Soldaten nach einer energischen Rede Goegg's wieder zu ihrer Pflicht zurückführen und bei den nun auch wieder kleinlaut gewordenen Bürgerwehrmännern einquartieren.

Sigel's Truppen langten in der Nacht vom 2. auf den 3. Juli und im Laufe des 3. Juli an. Sich in Freiburg zu halten und es noch einmal wie vor der Murg mit dem in großen Massen anrückenden Feinde in einer offenen Feldschlacht aufzunehmen, daran konnte nicht gedacht werden; allein auf dem Schwarzwalde und im Seekreise feste Position zu nehmen und die Armee wieder durch die Volkswehren genannter Kreise zu verstärken, war für Goegg, Werner und Sigel wahre Pflicht bei der damaligen Lage, wo Ungarn noch im Siege, Wien bedroht, Venedig und Rom frei, Württemberg noch zu Gunsten der Revolution gestimmt und die Festung Rastatt noch für einige Zeit in hinreichendem Vertheidigungszustande waren. Dies wurde auch in einem Kriegsrathe, an welchem sämmtliche Offiziere Theil nahmen, nach den Reden von Goegg, Sigel und Werner beschlossen. Der Abmarsch von Freiburg fand in der Nacht vom 4. auf den 5. Juli statt. Blenker und Mercy mit 1500 Mann und 14 Geschützen hatten in Lörrach und gegen Waldshut, Doll gleichfalls mit 1500 Mann und 8 Geschützen in Todtnau Posto zu fassen. Die Regierung zog mit dem Hauptcorps durch's Höllenthal, das

unter Seidel gleichfalls in genügenden Vertheidigungszustand versetzt war, nach Donaueschingen.*) Der Plan war, bei Donaueschingen ein befestigtes Lager zu beziehen und, im Vertrauen, daß nach Sigel's Anordnungen die westlichen Zugänge zum Schwarzwalde vertheidigt werden, sämmtliche waffenfähige Mannschaft des Seekreises in diesem Lager zu vereinigen und unter Proklamirung der deutschen Republik in's Würtembergische zu ziehen. Nachdem Goegg hiezu im Vereine mit Werner und d'Ester**) die nöthigen Aktenstücke entworfen und der Druckerei übergeben und strengen Befehl

*) Auf dem Marsche erhielt Sigel die Kunde, daß die zwei Dragonerregimenter nebst der reitenden Batterie nicht nachgerückt kamen. Zwei Ordonnanzoffiziere, Dortu und Schroth, wurden zurück nach Freiburg zur Beschleunigung des Abmarsches genannter Truppen beordert, geriethen aber in eine Contrerevolution, zu welcher die Dragoner und die reitende Batterie übergingen, hinein und wurden gefangen. Max Dortu, einziger Sohn des Geh. Justizrathes D. aus Potsdam, schon im März 1848 auf den Barrikaden Berlins einer der aufopferungsfähigsten Vorkämpfer der Demokratie, blieb unerschütterlich vor seinen Richtern und fiel mit antikem Muth den 31. Juli zu Freiburg als erstes Opfer der preußischen Standrechtskugeln. Seine Eltern, welche fußfällig den Prinzen von Preußen für ihr einziges Kind wenigstens um Umwandlung der Todesstrafe in Gefängnißstrafe vergebens baten, starben bald darauf aus Gram. Schroth bat um Gnade und erhielt sie.

**) D'Ester aus Cöln war eines der hervorragendsten Mitglieder der äußersten Linken der preußischen Constituante, suchte die rheinbayerische provisorische Regierung im Interesse der Revolution zu beeinflussen und war nach Brentano's Flucht mit Görz-Wiersfeld Goegg's und Werner's treuer Begleiter bis zum Uebergang in die Schweiz.

erlassen hatte, nichts aus dem fürstlichen Schlosse zu entwenden,*) eilte er in Begleitung des Ordonnanzoffiziers **Wilhelm Hohenemser** (jetzt Banquier in Frankfurt a/M.) durch die Seekreisgauen bis nach Constanz, überall mit der Aufforderung, bewaffnet in's Lager von Donaueschingen zu ziehen. Alle Anstrengungen scheiterten an zwei Vorfällen. Der Oberkommandant der mobil gemachten, 10,000 Mann betragenden, ersten Volkswehraufgebote des Seekreises, **Kaiser**, war nur ein Paradeheld. Als die Zeit zum Handeln kam, gab er die Entlassung und schickte, im Einverständniß mit den der Revolution untreu gewordenen Brentano'schen Regierungskommissären, die sehr gut gerüsteten und kampf-

*) Als Repressalie für die zahlreichen Vermögensconfiscationen, welche nach Hecker's und Struve's Erhebung von der monarchischen Regierung verfügt und durchgeführt wurden, hätte die revolutionäre Regierung, sowie die Constituante, ganz folgerichtig die Beschlagnahme des Vermögens der Feinde der Revolution, also auch des fürstlichen, zu Gunsten der Revolution dekretiren können, oder vielmehr sollen; nachdem dies aber nicht geschehen, hatte außer den offiziellen Requisitionen für die Bedürfnisse der Armee kein Betheiligter an der Revolution das Recht, Privateigenthum anzutasten. Bis zum Rückzuge von der Murglinie ist in dieser Beziehung auch nicht das Geringste vorgekommen. Erst in Oberkeinbürg wurde von Leuten des Blenker'schen Corps mit der Wegnahme des großherzogl. Silberzeugs und in Rastatt von andern durch Wegführung der Sammlung der durch Markgraf Ludwig im Türkenkriege erbeuteten Dolche und Säbel eine Ausnahme gemacht. Als dies Gocgg in Donaueschingen zu Ohren gekommen, wollte er Aehnliches verhüten und legte sogar selbst vor seiner Abreise nach Constanz Siegel an die betreffenden Thüren im Fürstenberg'schen Schlosse an. Trotzdem soll während seiner Abwesenheit Manches entwendet worden sein.

lustigen Aufgebote nach Hause. Der Zusammenzug der Mannschaft hatte somit eine gewisse Schwierigkeit; trotzdem konnte Goegg nach Donaueschingen mit der günstigen Nachricht zurückeilen, daß die Aufgebote nachrücken. Während dessen erhielt Sigel die Kunde, daß Blenker, Mercy und Doll mit ihren Corps, statt die ihnen angewiesenen Positionen zu behaupten, direkt in die Schweiz bei Rheinfelden und Basel übergetreten seien, in Folge dessen die Preußen von der Flanke und im Rücken angreifen und den Rückzug abschneiden konnten, während das Peuker'sche Corps von Württemberg her gegen Donaueschingen zog; Sigel mußte daher den 7. Juli, Abends, Donaueschingen verlassen und rückte zunächst nach Thengen, am Fuße der Blumberger Höhe, nachdem er zuvor Becker, Willich und Seidel beordert hatte, von ihren Positionen an den Pässen des Kinzig-, Simonswälder- und Höllenthales weg zu ihm zu stoßen. Goegg, der vom Rückzuge Sigel's nichts wußte, fiel in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli mit Hohenemser den Hessen unter General Schäfer von Peuker's Corps in Donaueschingen beinahe in die Hände. Per Extrapost zwischen Engen und Donaueschingen auf halbem Wege angekommen, wurde sein Wagen glücklicherweise von zwei Reitern angehalten, wovon der eine der revolutionäre Kriegskommissär Stephan war und zum Umkehren nach Thengen veranlaßte. Von da aus nahm Sigel den 8. Juli mit dem Hauptcorps die Richtung nach Stühlingen und Goegg mit dem Kollegen Werner, dem Sekretär Heinrich Blind und der Kasse unter Bedeckung eines Linienbataillons und der Batterie Oswald in der Nacht vom 8. auf den 9. Juli den Seitenweg über Hilzingen und Radolfzell nach Constanz, während gleichzeitig in halbstündiger Entfernung die Hessen auf der Poststraße über Engen ebenfalls Radolfzell zu rückten. Die Truppen, mit Verstärkung der schwäbischen Legion und den Volkswehren der Constanzer und Radolfzeller Amtsbezirke,

nahmen feste Stellung bei Allensbach. Auf dieser schmalen Landzunge zwischen dem Ueberlinger- und Untersee konnte man sich selbst gegen eine bedeutende Uebermacht, mit dem freigesinnten, aufopfernden Constanz *) im Rücken, noch einige Zeit halten; allein jetzt waren die Gründe nicht mehr vorhanden, welche in Freiburg die Leiter bestimmten, den Widerstand fortzusetzen. Höchstens wäre Constanz der Rache und dem Bombardement ausgesetzt und die Zahl der Opfer vergrößert, aber kein Vortheil für die Sache der Freiheit erzielt worden. Gegen die Ansicht Werner's und selbst der Artilleristen, die gerne noch einmal die Gelegenheit zu einem „schönen Treffen", wie sie sich ausdrückten, ergreifen wollten, entschloß sich Goegg zum Rückzug auf das neutrale Gebiet der Schweiz, um so mehr, als auch Sigel nach einer Depesche vom 10. Juli aus dem Lager von Baltersweil, wo sich Becker, Willich und Seidel nach gefahrvollen Märschen mit ihm vereinigten, in ähnlicher Lage war und seinen Entschluß zum Ueberschrei-

*) Die Bürgerschaft von Constanz hat im Gegensatz zu Mannheim und Freiburg im Angesicht der feindlichen Armee edelmüthig und aufopferungsfähig bis zum letzten Augenblick an der Sache der Revolution festgehalten. Der Constanzer Gemeinderath, mit Bürgermeister Hütlin an der Spitze, wies nicht nur mit Entrüstung die ihm unter Androhung von harter Bestrafung vom großherzoglichen, beim feindlichen Corps befindlichen Civilkommissär Fromherz über die Schweiz zugesandte Zumuthung: „die Rheinbrücke abzudecken und den Freiheitskämpfern den Rückzug abzuschneiden", zurück, sondern ließ nebst Spendung reichlicher Nahrung für die in die Heimath zurückkehrenden oder in die Schweiz übertretenden Militärs Civilkleider bei den Bürgern sammeln. In kurzer Zeit wurden nur an Röcken über 400 Stück zur Vertheilung auf das Rathhaus gebracht.

ten des Rheins, welches er den 11. Juli bei Eglisau mit 30 Geschützen und etwa 3000 Mann bewerkstelligte, anzeigte. Goegg ließ in der Nacht vom 10. auf den 11. Juli sämmtliche Truppen, vor denen sich der Feind den 10. Juli, Nachmittags, schon auf Kanonenschußweite aufgestellt hatte, von ihren Standorten geräuschlos zurückziehen, auf dem Rathhausplatz in Constanz aufstellen und unter ihnen einen Theil des Staatskassenvorraths vertheilen, während der andere Theil in die Schweiz für das Sigel'sche Corps gesandt und von der Schweizerbehörde zur Auslieferung an die großherzogliche Regierung mit Beschlag belegt wurde. Die Staatspapiere übergab Goegg dem Constanzer Gemeinderath zur Einhändigung an die nachfolgende Regierung.

Bei Tagesanbruch ordneten sich die Truppen, an Linie und Volkswehr ca. 1200 Mann mit 8 Geschützen und der eroberten mecklenburger Haubitze, zum Abmarsch und sprach Goegg in sichtlicher Bewegung vom Rathhausballone, mit Bürgermeister Hütlin zu seiner Seite, an die braven Kämpfer Worte des Dankes für ihre Tapferkeit und Ausdauer im Dienste der Revolution, Worte der Ermunterung für die Zukunft unter Hinweisung auf das Ziel, welches sich das Volk mit seiner Armee von der denkwürdigen Offenburger Landesversammlung an vorgesteckt und welches es zum Wohl des ganzen deutschen Volkes mit aller Anstrengung und Aufopferung im Kampfe mit den absolutistischen Gewalthabern zu erreichen suchte. Besiegt, nicht gebeugt, verlassen wir das Vaterland, rief Goegg, und Euere Thaten sind der Grundstein zum künftigen freien, einigen Deutschland. Tief ergriffen stimmte die ganze Versammlung in ein Hoch auf das deutsche Vaterland. Die Trommeln wirbelten, die Fahnen senkten sich, die Thränen flossen, und in geordnetem Zuge, als der Feind gegen die Stadt rückte, betrat der Rest der badischen Freiheitsarmee

Morgens den 11. Juli den neutralen, gastlichen Boden der Schweiz. *)

So waren nun alle Landestheile Badens und Rheinbayerns, in welch' letzterem ein bayerisches Armeecorps unter Thurn und Taxis das Hirschfeldt'sche ablöste, in der Gewalt der Feinde, mit Ausnahme der Festung Rastatt, deren tapfere Besatzung unter der trefflichen Leitung des unbeugsamen Tiedemann, in der Hoffnung, daß sich die Freiheitsarmee noch auf Badens Gebiet befinde und eines Tages, durch die Schwarzwälder, Seekreis-Volkswehren und Württemberger verstärkt, zum Entsatz heranrücken werde, nicht nur am 5. Juli gegen angebotene Amnestie die Uebergabe zurückwies und dem belagernden Gröben'schen Armeecorps kräftigen Widerstand leistete, sondern sogar mehrere, den Preußen großen Verlust zufügende Ausfälle machte, so den 1. Juli gegen Steinmauern, den 10. Juli nach Rheinau, wo 18 Proviantwagen geborgen wurden, den 16. Juli, der bedeutendste und blutigste, mit der Hälfte der Besatzung, mit 16 Feldgeschützen, wobei vom Fort A unter Jacobi Niederbühl

*) Vor dem Uebertritt in die Schweiz mußte man auf allen Uebergangspunkten mit den eidgenössischen Kommissären gewisse Bedingungen vereinbaren und eingehen, von denen wir nur diejenige hervorheben wollen, welche bestimmte, daß im Falle eines Krieges zwischen der Schweiz und Deutschland sämmtliche übergetretene Kommandanten mit ihren Truppen sich unter die Befehle des Generals Dufour zu stellen haben; ein Beweis, daß man damals in der Schweiz selbst bei den Behörden allen Ernstes den Ausbruch eines Krieges befürchtete, wozu allerdings der Prinz von Preußen bei mehrfachen Gelegenheiten Lust zeigte; die Schweiz lieferte daher das der Freiheitsarmee abgenommene Kriegsmaterial nebst Pferden erst aus, nachdem sie sichere Garantieen für den Frieden erhalten hatte.

gänzlich in Brand geschossen worden, während von der andern Seite die Preußen vier Häuser in Brand schossen. In der Nacht vom 16. auf den 17. Juli wurden den Preußen 2 Haubitzen und ein fünfundsiebenzigpfündiger Mörser vernagelt, ein Pulverwagen in die Luft gesprengt und den 18. Juli erfolgte ein Ausfall in den Niederwald, von wo 4 gefangene und 16 verwundete Preußen nebst 52 erbeuteten Gewehren eingebracht wurden. Dies war die letzte kühne That der Besatzung. Von nun an Muthlosigkeit, Uneinigkeit, Meuterei.

Die authentische Bestätigung, daß sich die Freiheitsarmee in die Schweiz zurückgezogen hatte, verschaffte in der Festung den Partisanen der Uebergabe gegen Tiedemann, Heilig und seine Kanoniere, Böning und seine Flüchtlingslegion, die nichts von Uebergabe wissen wollten, die Oberhand auf das, wie Becker mittheilt, gegebene und von den als Parlamentäre im preußischen Hauptquartiere gewesenen Kommandanten v. Corvin und Biedenfeldt bestätigte Versprechen hin, daß die Uebergabe auf Gnade und Ungnade nur eine Form sei und daß freier Abzug der Besatzung stattfinden werde. Daß an besagtem Versprechen etwas war, geht daraus hervor, daß die Besatzung den 23. Juli nach Oeffnung der Thore und nach Niederlegung der Waffen ihr Gepäck bei sich hatte, im Glauben, frei abziehen zu können. Statt dessen wurde sie, über 5000 Mann an der Zahl, in die Kasematten geführt und darin zusammengepfercht die zwei ersten Tage bei erstickendem Durst und erdrückender Hitze ohne Nahrung gelassen.

Was nun erfolgte, gehört zum Traurigsten und Empörendsten, was in den Annalen der deutschen Geschichte verzeichnet ist. Man begnügte sich nicht, wie nach der Bezwingung von Hecker's und Struve's Schaaren, in verzehnfachtem Maßstabe mit massenhaften Einkerkerungen, Vermögensconfis-

cationen und monatelanger unentgeltlicher Verköstigung der zahlreichen Occupationstruppen viele tausende von Familien zu ruiniren, sondern es mußten von den Gefangenen ihre Hingebung für des Volkes Recht und Freiheit auch folgende 28 edle Männer, von Standrechtskugeln hingestreckt, mit ihrem Leben büßen: **Max Dortu** aus Potsdam, 24 Jahre alt, vormals kgl. preuß. Auscultator, den 31. Juli zu Freiburg; **E. Elsenhans**, Literat aus Würtemberg, Sekretär *) beim Kriegsministerium, 7. August zu Rastatt; v. **Biedenfeldt**,**) Oberst des 3. Infanterie-Regiments (früher pensionirter badischer Major), 9. August zu Rastatt; **Fr. Neff**, 28 Jahre alt, Lehrer aus Rümmingen, 9. Aug. zu Freiburg; **R. Tiedemann** aus Heidelberg, 43 J. alt, Gouverneur von Rastatt, 11. Aug. zu Rastatt; **Heilig** aus Möskirch, Major der Artillerie, 11. Aug. zu Rastatt; **Adolph v. Trützschler** aus Gotha, 31. J. alt, Parlamentsmitglied und Obercivilkommissär in Mannheim, 13. Aug. zu Mannheim; **K. Höfer** von Brehmen, 28 J. alt, Lehrer zu Altneudorf, 16. Aug. zu Mannheim; **H. Böning** aus Wiesbaden, 61 J. alt, Oberst der deutschen Flüchtlingslegion, 17. Aug. zu Rastatt; **G. Kromer** aus Brombach, Soldat vom 2. Inf.-Reg., 21. Aug. zu Freiburg; **Ph. Zenthöfer** aus Mannheim, Unteroffizier in der deutschen Flüchtlingslegion, 25. Aug. zu Rastatt; **P. Lacher** aus Bruchsal, Soldat vom 2. Inf.-Reg., 28. Aug. zu Rastatt; **K. Jacobi** aus Mannheim, Kommandant in den Forts A und B, 3. Sept. zu Rastatt; **Schade** aus Carls-

*) Gründete und redigirte während der Belagerung den „Festungsboten“, als Anhänger Tiedemann's in entschiedenem Sinne.

) v. **Corvin, gegen welchen Becker Anzeichen von Verrath anführt, wurde zum Zuchthause begnadigt und bald darauf aus demselben entlassen.

ruhe, Mahler's Adjutant vom 2. Inf.-Reg., 12. Sept. zu Rastatt; Cunis aus Pforzheim, Carabinier, 15. Sept. zu Rastatt; H. Diez aus Schneeberg in Sachsen, 20. Sept. zu Mannheim; Güntard aus Constanz, Soldat vom 3. Inf.-Reg., 22. Sept. zu Rastatt; Jäger aus Aglasterhausen, Soldat vom 3. Inf.-Reg., 22. Sept. zu Rastatt; Bauer aus Gissigheim, Pionier, 5. Okt. zu Rastatt; Killmarr, Feldwebel, 8. Okt. zu Rastatt; Val. Streuber,*) 50 J. alt, Mehlwagmeister, Gemeinderath und Vorstand der deutschkathol. Gemeinde in Mannheim, 11. Okt. zu Mannheim; A. Bernigau aus Mühlhausen, 34 J. alt, Major der Mannheimer Volkswehr, früher preußischer Offizier, 20. Okt. zu Rastatt; Joh. Jansen aus Cöln, Geometer und Adjutant von Bernigau, 24 J. alt, 20. Okt. zu Rastatt; Schrader, vormals preußischer Artillerist, 20. Okt. zu Rastatt; Graf von Fugger, vormals königl. bayer. Lieutenant, 9. März 1850 zu Landau.

Die Masse Derer, welche von 1 bis zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt, die Kerker füllten und die Strafe mehr oder weniger vollständig abbüßten, sowie die zahllosen Verurtheilungen in contumaciam nebst Vermögensconfiscation gegen die Flüchtigen, gestattet der Raum nicht, aufzuführen.

Mit solcher Härte wollte man das deutsche Volk ein für allemal von freiheitlichen Bestrebungen abschrecken. Daß dieser Zweck nicht erreicht wurde, beweist, um nur ein Beispiel anzuführen, die am 13. September 1874 in Mannheim unter großer Betheiligung stattgefundene und von republikanischen, mit Begeisterung begrüßten Reden begleitete feierliche Enthüllung des Denkmals für die standrechtlich Erschossenen.**)

---

*) Streuber war an der Revolution gar nicht betheiligt, aber, als freisinniger Mann bekannt, wurde er dennoch erschossen.

**) Auch für die 19 in Rastatt Erschossenen ist aus Bei-

Ja, es wird ein Tag kommen, und die heutige jüngere Generation wird ihn noch erleben, an welchem die republikanischen Vertreter des souverainen deutschen Volkes den Beschluß fassen werden, daß sich die in den Jahren 1848 und 1849 gefallenen Verkämpfer um das Vaterland verdient gemacht haben, und daß ihre Namen mit goldenen Buchstaben in den Freiheitstempeln zu verewigen sind.

Mit dieser tröstenden Hoffnung schließen wir unsere Schilderung.

---

trägen von Deutschland und Amerika ein großes und schönes Denkmal seit vorigem Jahre vollendet; der preußische Festungsgouverneur und die badische Regierung, die Wiederholung der Mannheimer Kundgebungen befürchtend, haben aber bis jetzt die Aufstellung beharrlich verweigert.

III.

Nachtrag.

Wie wir in der vorhergehenden Darstellung der badischen Vorgänge auch die gleichzeitigen Hauptereignisse in den übrigen Theilen Deutschlands angedeutet haben, so wollen wir noch als Nachtrag zum Verständniß unserer jüngeren Leser kurz berühren, was nach der Unterdrückung der Revolution in Baden speziell und in Deutschland überhaupt weiter von politischer Bedeutung erfolgt ist, und schließlich hinzufügen, wie nach unserer Ansicht die gegenwärtig in Deutschland schwebenden wichtigsten politischen, religiösen und socialen Fragen zu lösen sind.

Mit seinem Feldzug gegen Baden verband der Prinz von Preußen offenbar auch die Nebenabsicht, für Preußen, resp. Hohenzollern, in Süddeutschland größeren Einfluß gegen die Habsburger zu verschaffen. Am liebsten wäre es ihm gewesen, Baden in das, was es heute theilweise schon ist, und wohl in nicht ferner Zeit auch definitiv werden wird, nämlich in eine preußische Provinz umzuwandeln*) und dauernd Posto

---

*) Dagegen konnten die von Baden und Württemberg eingeklammerten Fürstenthümer Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen ohne diplomatische Schwierigkeiten in Preußen einverleibt werden, weil ihr zur preußisch hohenzolleri-

in der Flanke Süddeutschlands und Oesterreichs, und im Rücken Mitteldeutschlands zu fassen. Dies hätte aber damals schon zum Kriege mit Oesterreich und den übrigen deutschen Bundesstaaten geführt und dazu war man noch nicht stark genug. Man begnügte sich, das Land vorderhand militärisch besetzt zu halten und auszusaugen,*) die Prügelstrafe einzuführen und die erzbischöfliche Kurie und ihre Geistlichen dadurch zu gewinnen, daß man das Land von Jesuitenpredigern durchziehen und durch Ueberlieferung der Schulen unter ihre Botmäßigkeit in geistige Fesseln schlagen ließ. Hierdurch ermuthigt, entzog die Kurie die jungen Theologen der Universität und setzte sie zur Erziehung oder vielmehr zur Dressur in jesuitische Convicte, beanspruchte die ausschließliche Berechtigung zur Besetzung der Pfarreien und zur Verwaltung des Kirchenvermögens ohne die bisherige Genehmigung und Beaufsichtigung von Seite des Staates. Die Regierung duldete dies mehrere Jahre, bis es zu bunt wurde und das Volk darüber zu murren begann, worauf sie dann manchmal da und dort gegen einzelne, gar zu weit gehende Geistliche, aber nicht gegen den Veranlasser, den Erzbischof, einschritt und mit

schen Familie gehöriger Fürst zu Gunsten des Königs von Preußen abdankte, und Baden wurde insofern an die Politik Preußens gefesselt, als der Großherzog Friedrich — nach dem Tode seines Vaters Leopold von 1852—58, in welch' letzterem Jahre sein älterer, zur Regierung unfähiger Bruder Ludwig starb, Prinzregent — mit der Tochter des Prinzen von Preußen vermählt worden.

*) In Folge dessen, um nicht vollständig ruinirt zu werden, zu den Tausenden von Flüchtigen noch über 80,000 Einwohner nach Amerika auswanderten, so daß in der darauffolgenden Volkszählung Baden gegen 100,000 Einwohner weniger als in der vorhergehenden aufwies.

dem päpstlichen Stuhle ein Konkordat abschloß, das in fast allen Punkten zum Nachtheile der staatlichen Autorität und zum Vortheile der Kirche war. So mußte das früher ganz Deutschland in Fortschritt und Aufklärung voranleuchtende Baden nunmehr in Polizeiwillkür, Verdummung und Pfaffenherrschaft ein Vorbild für die übrigen deutschen Länder sein, und man kann demgemäß mit Fug und Recht behaupten, daß die Regierungen das, was sie heute bezüglich des Gebahrens der Geistlichen bekämpfen, selbst geschaffen und jahrelang — in Preußen*) sogar bis zum Jahre 1871 — befördert haben.

In Baden freilich duldete das Volk eine solche Wirthschaft nicht so lange. Als die Regierung das mit Rom abgemachte Konkordat Mitte Dezember 1859 veröffentlichte, loderte des Volkes unvertilgbarer revolutionärer Geist wieder in hellen Flammen auf und nöthigte ein gewaltiger, noch nie dagewesener Petitionssturm die bisherige, in der großen Mehrheit alle Willkürmaßregeln gutheißende Kammer, das Machwerk zu verwerfen, worauf der Großherzog Anfangs April 1860 die Führer der Opposition, Lamey und Stabel, mit der Bildung eines freisinnigen Ministeriums beauftragte. Lamey war Minister des Innern, Stabel Justizminister, und später in hervorragender Weise v. Roggenbach Minister des Auswärtigen, der durch den Großherzog, welcher sich nunmehr

---

*) In Preußen gestattete man selbst während Bismarck's Regierung, was in den Mittel- und Kleinstaaten nicht der Fall gewesen, sogar die Errichtung von zahlreichen, mit den Jesuiten affilirten Männer- und Frauenklöstern, und die förmliche ständige Einnistung der Jesuiten, welche Bismarck noch kurz vor dem französischen Krieg in öffentlicher Kammersitzung als Männer der Ordnung, die der Staat brauchen kann, in Schutz genommen.

sehr freisinnig benahm und 1862 eine allgemeine Amnestie erließ, den König von Preußen im national-liberalen Sinne zu beeinflussen suchte. Nach zwölfjähriger Reaktion begann die Kammer wieder mit zeitgemäßen Reformen. Die Juden wurden emanzipirt, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Civilehe und eine neue Verwaltungsorganisation, unter Zuziehung des bürgerlichen, die Bezirks- und Kreisräthe bildenden Elements eingeführt und die Schule unter den Einfluß der Bürger und Beamten durch Errichtung von Kreis- und Ortsschulräthen *) gestellt. Nach 1866, wo der Großherzog wider Willen von dem, damals noch mit erbittertem Hasse gegen die Preußen erfüllten Volke im Kriege zum Alliirten Oesterreichs gedrängt worden, trat das Ministerium Lamey ab und es folgte das heute noch am Ruder befindliche Ministerium Jolly. Letzterer ist das reinste Echo Bismarck's; er gestattete daher bis 1871, wo Bismarck erst gegen die Bischöfe, Jesuiten 2c. einzuschreiten begonnen, der Kurie wieder alle möglichen Ungesetzlichkeiten in Besetzung der Pfarreien, im Mißbrauch der Kanzel 2c., und ließ die Geistlichen als Vorsitzende in die Ortsschulräthe treten, d. h. in den Landorten die Schulen wieder unter die Botmäßigkeit der Pfarrer bringen. Heute findet in diesem Punkte wieder das Gegentheil statt. Wie lange dieses Verhalten dauern wird, hängt von dem Winde ab, der von Berlin aus herweht. Nach dem französischen Kriege verlor Baden zur Belohnung der in Frankreich bewiesenen, hervorragenden Aufopferung seiner Söhne einen bedeutenden Theil seiner Selbstständigkeit. Das Kriegsministerium wurde aufgehoben, die meisten badischen Offiziere pensionirt, die Unteroffiziere ebenfalls durch preußische ersetzt und die Truppen, welche, so lange kein Milizheer be-

*) Sind voriges Jahr wieder aufgehoben und durch, aus Gemeinderäthen zu entnehmende, Schulkommissionen ersetzt worden.

steht, die Garantie der Selbstständigkeit eines Staates bilden, in Bestandtheile der königlich preußischen Armee umgewandelt, während in Württemberg, Bayern und Sachsen die Kriegsministerien blieben und die Truppen selbstständige Corps der kaiserlich deutschen Reichsarmee bilden.

So lange Oesterreich seine ganze Militärmacht noch zur Bekämpfung der Ungarn und der Republik Venedig zu verwenden hatte, mußte es Preußen in Deutschland beinahe ungehindert schalten und walten lassen. Trotzdem brachte es nach der Niederwerfung der badischen Revolution mit seinen Projekten für Reconstituirung Deutschlands nichts zu Stande. Das sog. Dreikönigsbündniß und der nach Erfurt im Frühjahr 1850 einberufene deutsche Reichstag führten zu keinem Resultat, weil Oesterreich nach der mit russischer Hülfe und Görgey's Kapitulation gelungenen Eroberung Ungarns wieder freie Hand hatte und mit Bayern und Württemberg die Zustimmung zum Erfurter Verfassungsentwurf verweigerte. Auch der in Schleswig-Holstein nach Kündigung des Malmöer Waffenstillstandes unter dem Drucke der öffentlichen Meinung im März 1849 wieder eröffnete Krieg endigte wie voriges Jahr, d. h. nachdem man die Dänen bei Düppel, Kolding und Gudsoe geschlagen, bei Eckernförde mit Strandbatterien das dänische Linienschiff „Christian VIII." in die Luft gesprengt und die Fregatte „Gefion" genommen hatte, ließ man die einheimische schleswig-holsteinische Armee bei Fridericia durch dänische Uebermacht den 6. Juli beinahe vernichten und schloß gleich darauf einen Waffenstillstand unter der Bedingung ab, daß die deutschen Reichstruppen in ihre Heimat zurückkehren und nur preußische Truppen das Land bis zum definitiven Friedensschluß besetzt halten.

Unterdessen trat der Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich immer mehr zu Tage und war derselbe im November 1850 bei Gelegenheit der kurhessischen Frage nahe

daran, in einen Krieg zwischen beiden Mächten auszuarten. Als nämlich in Kurhessen der Minister Hassenpflug die Steuern ohne Genehmigung der mehrmals aufgelösten oppositionellen Kammer erheben wollte, und das Land in Belagerungszustand erklärte, leisteten die Beamten und beinahe sämmtliche Offiziere der Armee keine Folge, und nahmen Partei für die Kammer gegen den Kurfürsten und dessen Werkzeuge Hassenpflug und General Haynau. Anscheinend mehr für Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes rückten preußische Truppen ein, wogegen Oesterreich mit seinen Alliirten von Bayern und Württemberg protestirte und einen österreichisch-bayerischen Heerhaufen über Hanau gegen die Preußen sandte. Bei Bronzell war am 18. Nov. 1850 der Zusammenstoß, aber schon nach einigen Schüssen zogen sich die Preußen zurück und überließen den Oesterreichern das Land, welches diese nunmehr mit Standgerichten, Einkerkerungen, Brandschatzungen &c. gerade so behandelten, wie die Preußen Baden behandelt hatten. Von da ab verzichtete Preußen nicht nur auf seine deutschen Verfassungsprojekte, sondern zeigte sich unter dem neuen Ministerium Manteuffel Oesterreich gegenüber förmlich unterwürfig. Der alte politische Zustand, wie er vor 1848 gewesen, wurde in noch viel reaktionärer Weise wieder hergestellt und speziell Schleswig-Holstein, das auf eigene Faust nach Abzug der Preußen mit seiner reorganisirten Armee und mit Hülfe zahlreicher deutscher Freischaaren den Krieg gegen Dänemark fortsetzte, mit österreichischen und preußischen Truppen gewaltsam entwaffnet und nach Versteigerung der mit so vielen Opfern angeschafften deutschen Flotte Dänemark überliefert.

Die fünfziger Jahre gehören seit dem Sturze Napoleon's I. zu den traurigsten, nicht nur in Deutschland, sondern auf dem ganzen europäischen Kontinente, nachdem der eidbrüchige Louis Bonaparte die französische Republik blutig unterdrückt und sich

als Napoleon III. zum Kaiser proklamirt hatte. Auf der einen Seite stumme Resignation bei den Völkern und Unterwürfigkeit in den Kammern, auf der andern Seite grenzenlose Willkür bei den Regierenden. Die Zustände waren nicht mehr europäisch civilisirte, sie waren asiatische. Da plötzlich im Jahre 1859 durchzogen von jenseits der Alpen leuchtende Blitze den schwarzen Horizont.

Des sardinischen Königs Victor Emanuel's erster Minister v. Cavour begann zuerst mit Hülfe Napoleons III., der sich damit Popularität und Sicherung seiner Dynastie zu erwerben glaubte, die Oesterreicher aus der Lombardei hinauszuschlagen und dann mit Hülfe Garibaldi's, der Sicilien und Neapel eroberte, Italien zu einigen und demselben eine Verfassung zu geben. Das Beispiel mußte auch auf Deutschland gewaltig einwirken. Man raffte sich von der bisherigen Lethargie wieder auf, stellte Forderungen, wie im Jahre 1848, und gründete Vereine, namentlich national-liberale, welche die „preußische Spitze" mit einem deutschen Parlament und die Zurückeroberung von Schleswig-Holstein für den Herzog von Augustenburg verlangten, und Reformvereine, welche mehr eine demokratische Richtung hatten. Besonders erregt waren die Gemüther in Preußen während der sogenannten Konfliktszeit, d. h. während mehrere Jahre hindurch die Fortschrittspartei in der wiederholt aufgelösten und neugewählten Kammer die Majorität hatte und stets die Gelder zur bedeutenden Vermehrung des stehenden Heeres und zur dreijährigen Dienstzeit verweigerte. Die preußische Regierung rüstete nämlich im Geheimen zum Kriege gegen Oesterreich, namentlich seit der Prinz von Preußen nach dem Tode seines Bruders (2. Januar 1861) auf den Thron gekommen und sich selbst in der Schloßkirche von Königsberg (Okt. 1861) zum König von Gottes Gnaden gekrönt hatte, und Bismarck (September 1862) Manteuffel's Nachfolger geworden.

Um in der deutschen Verfassungsfrage Preußen zuvorzukommen, lud der Kaiser Franz Joseph sämmtliche deutsche Fürsten auf den 17. August 1863 zu einem Kongresse nach Frankfurt ein. Alle erschienen, mit Ausnahme des Königs von Preußen. Oesterreich's, von den Großherzogen von Baden und Weimar zu Gunsten Preußens bekämpftes Projekt, mit einem Fürstendirektorium von 5 Mitgliedern unter Oesterreichs Vorsitz, nebst einer, in ihren Befugnissen sehr beschränkten gesetzgeberischen Versammlung, machte beim Volke natürlich Fiasco. Hierauf schritt Oesterreich mit Preußen vereint vom Februar 1864 ab zur Eroberung von Schleswig-Holstein und Lauenburg, aber nicht im national-liberalen Sinne und nach dem Wunsche der Einwohner für den Herzog von Augustenburg, sondern zur Hälfte für sich und zur Hälfte für Preußen, das nach der Besiegung Oesterreichs 1866 das Ganze für sich behielt.

Zur erfolgreichen Führung seines großen Schlages gegen Oesterreich und die mit diesem alliirten deutschen Fürsten schloß Bismarck mit Italien einen Allianzvertrag ab, versicherte sich der Neutralität *) Napoleons III. dadurch, daß er diesem Abtretung deutschen Landes an Frankreich versprach und erhob die nöthigen Gelder ohne Budgetbewilligung. Als es gegen Pfingsten 1866 zur Gewißheit wurde, daß es zum Kriege zwischen den zwei Hälften Deutschlands kommen werde, war die Aufregung im Volke eine ungeheuere. Mit Ausnahme der National-Liberalen, deren Ausschuß auf Pfingstmontag zu Gunsten Preußens einen Abgeordnetentag nach Frankfurt berief, protestirte Alles, selbst die Fortschrittspartei in der preußischen Kammer mit inbegriffen, gegen den Bruderkrieg. Was

---

*) Rußland war noch vom Krimkriege her erschöpft und hatte ohnedies wegen der orientalischen Frage an der Schwächung Oesterreichs ein Interesse.

indessen erfolgte, ist selbst unsern jüngern Lesern bekannt, wir können uns daher kurz fassen. Nach der für Preußen siegreichen Entscheidungsschlacht von Königgrätz (3. Juli) und nach dem Fiasco der süddeutschen Truppen, unter der kopflosen Oberleitung des bayerischen Herzogs Carl, wurde Oesterreich mit seinen deutschen Ländern aus dem Bunde ausgestoßen, Hannover, Kurhessen und Nassau nach Absetzung ihrer Fürsten, nebst der freien Reichsstadt Frankfurt, Schleswig-Holstein und Lauenburg*) von Preußen annexirt, die süddeutschen Regierungen, außer der Bezahlung einer bedeutenden Kriegsentschädigung, verpflichtet, ihre Truppen für den Fall eines auswärtigen Krieges unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen, und der norddeutsche Bund mit einem Parlament vom Meeresstrand bis an den Main gegründet.

Nachdem innerhalb 4 Jahren die ganze deutsche Militärmacht, mit Einschluß der norddeutschen Flotte, vermehrt und schlagfertig gemacht war, provocirte Bismarck Napoleon III. mit der Kandidatur des Fürsten von Hohenzollern für den spanischen Thron im Monat Juli 1870 zur Kriegserklärung. Die Hauptresultate waren, daß nach vielen blutigen, für die Deutschen siegreichen, nur auf französischem Boden ausgefochtenen Schlachten und schwierigen Belagerungen die französische Hauptarmee unter Marschall Bazaine mit 180,000 Mann (18. August 1870) in Metz eingeschlossen und später zur Kapitulation genöthigt wurde, daß den 2. September der Kaiser Napoleon sich bei Sedan mit dem Rest seiner Armee (80,000 Mann) gefangen gab, daß der Krieg auch gegen die am 4. September proklamirte französische Republik fortgesetzt wurde,**) daß die total ausgehungerte französische, 2 Millionen

*) Letzteres ist dieses Jahr durch Kammerbeschluß rechtskräftig.

**) Dagegen protestirten die deutschen Arbeiter und Demokraten.

Einwohner zählende, Hauptstadt Paris nach viermonatlicher Einschließung und hartnäckiger Vertheidigung kapitulirte, daß der König von Preußen (Januar 1871) auf den Vorschlag des Königs von Bayern im Schloß von Versailles von sämmtlichen deutschen Fürsten zum erblichen Kaiser von Deutschland ausgerufen, eine ganze französische Armee (80,000 Mann) unter Bourbaki in die neutrale Schweiz gedrängt, Frankreich zur Abtretung von Elsaß und Lothringen,*) sowie zur Zahlung von 5 Milliarden Franken Kriegskostenentschädigung genöthigt und für's deutsche Reich eine Constitution mit Parlament und Bundesrath erlassen wurde.

Ein wirklich constitutionelles Land, wie England und Italien, ist aber das deutsche Reich durchaus nicht. Dem Parlamente gegenüber existirt kein verantwortliches deutsches Ministerium, statt dessen der Bundesrath mit dem Kanzler Bismarck an der Spitze, ein dem alten Bundestag nachgebildetes Kollegium von Gesandten der deutschen Fürsten, in welchem Preußen mit den Stimmen einiger ihm absolut ergebenen Regierungen stets die Majorität hat und welches niemals Vorlagen an das Parlament bringen und Beschlüsse des Parlaments genehmigen wird, welche nicht im Sinne und Interesse von Preußen und seiner alliirten Fürsten sind. Außerdem hat das Parlament nur sehr beschränkte Befugnisse und Rechte, die ausschließlich defensiver Natur sind. Es kann nur Regierungs- resp. bundesräthliche Vorlagen genehmigen oder verwerfen; es kann aber nicht, wie in England und Italien und selbst nicht, wie in Oesterreich, solche selbstständige Beschlüsse fassen, welche die Exekutivbehörde, resp. der Kaiser und der Bundesrath, nach Erfüllung gewisser Formalitäten

*) Auch dagegen protestirte die deutsche Demokratie und Arbeiterpartei, da es nicht republikanisch ist, ein Land gegen den Willen der Einwohner zu annexiren.

als Gesetz verkünden und ausführen muß. Der Raum gestattet uns nicht, näher zu beleuchten, was seit dem Bestehen des deutschen Reichs Regierungen, Parlament und Kammern an Gesetzen Gutes und Schlechtes geleistet haben, und können wir nur unsere Ueberzeugung dahin aussprechen, daß man von Berlin aus im Großen und Ganzen darnach strebt, unter der Firma „Deutsches Reich“ aus Deutschland, hauptsächlich auf Kosten des reicheren, fruchtbareren, an Steuern und Verkehrserträgnissen ergiebigeren Süddeutschlands ein großes, mehr oder weniger absolutistisch regiertes, strammes Preußen zu machen, wozu der projektirte Ankauf sämmtlicher Eisenbahnen durch das Reich wieder einen der Haupthebel abgeben wird. Wie lange das deutsche Volk einen solchen Zustand ertragen wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls wird dasselbe, wie wir schon im Vorwort angedeutet haben, früher oder später schon durch die allgemeine Noth gezwungen werden, das aussaugende, den Wohlstand ruinirende militärmonarchische Régime abzuschaffen und die Republik einzuführen. Man wird sich aber alsdann nicht mit einer solchen begnügen, für welche wir Vorbilder in Europa und Amerika haben. Von Frankreich wollen wir gar nicht reden. Dieses ist nur dem Namen nach Republik, behält alle Gebrechen einer Monarchie bei und ist in mancher Beziehung, z. B. im Unterrichts- und Erziehungswesen, sogar gegenüber dem monarchischen Deutschland weit zurück. Aber selbst den Republiken Nordamerikas und der Schweiz, welche sicher schon zehnmal vortheilhafter als Monarchien sind, fehlt es an Institutionen, welche allen Bewohnern zu einem menschenwürdigen, glücklichen Dasein verhelfen und sie gegen Mißbrauch und Ausbeutung schützen.

Diese Betrachtung führt uns zu der, wenn auch friedfertigen, aber tiefgehenden sozialen Bewegung, welche in Deutschland gleichzeitig mit dem politischen Wiederaufleben zum ersten

Male wieder seit den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts Anfangs der 1860er Jahre begonnen hat und von Ferdinand Lassalle, einem Schüler von Karl Marx,*) hervorgerufen worden worden ist. Unbekümmert, ob Monarchie oder Republik, und von Bismarck, der ihn als eine wirksame Waffe gegen die lästige Fortschrittspartei und deren Stütze, die Bourgeoisie, betrachtete, eher beschützt als verfolgt, begann Lassalle seine Agitation zunächst mit der Bekämpfung des damals sehr populären Schulze-Delitzsch, eines der Hauptführer der Fortschrittspartei und Gründer der Vorschußkassen, welche die etablirten kleinen, von den Banken und Großkapitalisten nicht unterstützten Geschäftsleute (Handwerker, Kaufleute, Wirthe 2c.) förderten, aber der großen Masse der Arbeiter nichts nützten; dann suchte er in Wort und Schrift die Arbeiter zu überzeugen, daß sie eine eigene große, starke Partei bilden, in der Gesetzgebung zur Macht kommen, das eherne Lohngesetz vernichten und durch Staatshülfe sich in Gewerksgenossenschaften selbstständig machen müssen, und schließlich gründete er den allgemeinen deutschen Arbeiterbund, dessen Präsident er wurde. Sein Auftreten war epochemachend und sein Anhang hauptsächlich in Mittel- und Norddeutschland ein bedeutender.**) Lassalle starb schon 1864 (zu Genf in einem Duell erschossen). Unter seinem unmittelbaren Nachfolger v. Schweizer, von vielen Anhängern Lassalle's für ein

*) Marx hat schon gegen Ende der 1840er Jahre ein communistisches Manifest erlassen, 1848 mit Engels die „Neue Rheinische Zeitung" im sozialistischen Sinne redigirt, 1864 in London die internationale Arbeiterassociation gegründet und vor einigen Jahren sein sozialistisches, wissenschaftliches Hauptwerk „Das Kapital" erscheinen lassen.

**) Indirekt wurde Lassalle auch dadurch unterstützt, daß die Arbeiter durch die klassischen, sozialistischen, meistens schon in den

Regierungswerkzeug gehalten, kam es in der Arbeiterpartei zum Bruche. Von Schweitzer, von Tölke's Knüttelmännern und der Polizei unterstützt, blieb in Berlin und andern bedeutenden Städten, hauptsächlich von Westphalen und dem Norden, mit dem Organe „Der Sozialdemokrat" noch mehrere Jahre an der Spitze des größeren Bruchtheils des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, und seine Gegner Wilhelm Liebknecht, auch ein hervorragender Schüler von Marx, Aug. Bebel, Aug. Geib, Brade jun., York, Motteler, Most, Vahlteich rc., gründeten mit dem in Leipzig erscheinenden Organe „Der Volksstaat" auf dem Eisenacher Kongresse die sozial-demokratische Arbeiterpartei auf Grundlage eines republikanisch-sozialistischen Programmes, und hatten ihre Anhänger hauptsächlich in Mittel- und Süddeutschland, und ganz besonders in Sachsen, wo 6 von ihnen in's deutsche Parlament gewählt worden sind. Nach v. Schweizer's Sturz, auf den Hasenclever und Hasselmann folgten, gestaltete sich ein freundlicheres Verhältniß zwischen den genannten beiden Parteien, die sich voriges Jahr auf dem Kongreß zu Gotha zu einer einzigen großen Partei unter dem Namen „die deutsche sozialistische Arbeiterpartei" theils mit den Grundsätzen Lassalle's, theils mit den, schon in Eisenach aufgestellten und größtentheils auch von der demokratischen oder Volkspartei adoptirten Forderungen, wie republikanische Staatsform, Abschaffung der stehenden Heere, unentgeltliche Ertheilung eines allgemeinen höheren Schulunterrichts rc. vereinigten. Daß diese Partei, die in Deutschland schon über zwanzig Zeitungen zur Verfügung hat, bei Errichtung der künftigen deutschen Republik einen bedeutenden Ein-

40er Jahren abgefaßten, aber früher verbotenen und nunmehr in Masse verbreiteten Gedichte Freiligrath's und Herwegh's begeistert wurden.

fluß ausüben und derselben einen sozial-demokratischen Charakter verleihen wird, ist außer allem Zweifel.

Es erübrigt uns zum Schlusse nur noch, die Lösung der schwebenden religiösen und sozialen Frage zu besprechen. Daß wir nicht zu den Anhängern des sonderbar geführten „Kulturkampfes" gehören, brauchen wir wohl nicht erst zu betheuern. Prinzipielle Fragen werden niemals mit Gewaltmaßregeln gegen Personen, mit Kerker und Geldstrafe gelöst.

Als Uebergangsperiode sollte die Lösung der religiösen Frage, die aber noch keine radikale ist, vorläufig für die jetzige Generation wenigstens dahin vorgenommen werden, daß die Kirche nicht blos, wie man schon vielseitig gefordert hat, vom Staate und von der Schule, sondern auch von der Gemeinde getrennt, die Kirchengemeinden als geschlossene Privatvereine mit absolutem Verbote öffentlicher religiöser Demonstrationen (Prozessionen, kirchliche statt Civilbeerdigung &c.) und des Ansammelns von Vermögen in todter Hand behandelt und die heute bestehenden Kirchenfonds mit Beschlag belegt und zu Schulzwecken verwendet werden. Hiernach hat also kein Religionsunterricht mehr in den Schulen, sondern nur vom Lehrer die Belehrung über Moral und Recht stattzufinden und haben die Gemeinden und der Staat keine Subvention mehr für Unterhaltung der Geistlichen und die Erbauung und Instandhaltung der Kirchen zu leisten. Nur diejenigen Bewohner einer Gemeinde, welche einen religiösen Verein bilden, einen Geistlichen und ein eigenes Lokal unter dem Namen „Kirche" haben wollen, sollen, wie dies schon seit 100 Jahren in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der Fall ist, allein die Kosten tragen. Am meisten Anstoß wird außer bei den Geistlichen auch bei einem Theile der Laien die Beschlagnahme der heutigen Kirchenfonds erregen; diese zum Erfolg nothwendige Maßregel ist aber nicht so ungerecht, als die in früheren Zeiten zur Vermehrung ihres Hausvermögens von

Fürsten ausgeübte Besitzergreifung von den Reichthümern der Klöster und Bisthümer.

Zur radikalen dauernden Lösung dieser Frage hat aber der Staat nach unserer Ansicht noch eine ganz andere Aufgabe. Wie er, was bis jetzt geschehen, im Interesse der Gesammtheit unter Strafandrohung verhütet oder zu verhüten sucht, daß die Kinder von den Eltern nicht zu Krüppeln geschlagen, nicht zu früh zur Fabrikarbeit gesandt und nicht zu Dieben und Mördern erzogen werden, und wie er aus gleichen Gründen den Schulbesuch und den Militärdienst erzwingt, so ist es auch seine Pflicht, das Kind in dessen eigenem wie der ganzen menschlichen Gesellschaft Interesse vor geistiger, viele Verbrechen erzeugender Verdummung zu bewahren und nicht zu gestatten, daß das unmündige, wehrlose Kind durch Taufe, Religionsunterricht, Gottesdienstbesuch, Beichte, Firmung und Konfirmation einer Kirche, d. h. dem Aberglauben und der geistigen Sklaverei überliefert werde; denn, abgesehen davon, daß namentlich in den Landgemeinden das Kind im reiferen Alter sich aus dieser, den Fortschritt und die Wohlfahrt des Staates hemmenden Sklaverei nur selten herauswinden kann, haben die Eltern auch durchaus kein Recht, über ihr noch willenloses Kind und dessen künftige Bestimmung wie über eine Waare zu verfügen; denn der Erzeuger des Kindes ist nicht auch zugleich unumschränkter Besitzer desselben. Schon im Momente der Geburt ist das Kind Eigenthum der ganzen Gesellschaft und steht unter dem Schutze des Staates, sonst würde man die Kindsmörderinnen nicht bestrafen. Wie aber der Staat für des Kindes Leben und körperliches Wohl zu sorgen hat, so muß er auch dafür sorgen, daß das Kind geistig nicht zu Grunde gehe und nicht zu einer Maschine, zu einem Werkzeuge der Feinde des Staats und des Fortschritts herabsinke.

Damit ist aber nicht gesagt, daß man die Religionen und

deren Ausübung abschaffen und die Freiheit im Denken, Glauben und Fühlen beeinträchtigen wolle. Das sei ferne von uns, die wir der Erringung der Freiheit auf allen Gebieten unser ganzes Leben gewidmet haben. Ist das Kind einmal majorenn, geistig selbstständig, unterrichtet und berechtigt, über sich selbst zu bestimmen, dann hört ihm gegenüber die Staatsautorität in dieser Frage auf und kann es nach Belieben, Geschmack und eigener Ueberzeugung in diese oder jene Religionsgesellschaft, resp. Kirche, oder in gar keine eintreten. Dem ehrlich glaubenden Geistlichen, der seinen Stand nicht zu einem scheinheiligen, ausbeutenden Handwerk herabwürdigen will, muß es angenehmer und werthvoller sein, nur überzeugungstreue, aufrichtig glaubende und selbstständige Kirchenmitglieder im Dienste seiner Lehre um sich versammelt zu sehen, als in Mitten einer gedankenlosen Schaar zu stehen, die theils aus Dummheit, theils aus Zwang und theils aus Scheinheiligkeit sich eingestellt hat. Auf der andern Seite ist es nach Ausführung unseres Vorschlages mehr als wahrscheinlich, daß die Kirchen und Beichtstühle nicht mehr stark besucht und die Finsterlinge wenige Werkzeuge mehr für Bekämpfung des Fortschritts und der Volkswohlfahrt zur Verfügung haben werden. Ein Hauptgewinn würde auch sein, daß man dann keinen, die Gemeinden in zwei feindliche Lager spaltenden „Kulturkampf" mehr zu führen braucht. Was wir indessen zur radikalen Lösung dieser Frage vorgeschlagen, haben in Ländern, wo Civilstandsregister existiren, schon Hunderttausende von einsichtsvollen Eltern aus eigener Initiative mit ihren Kindern ausgeführt, und würde der Staat mit Durchführung des Vorschlages im Interesse der Menschheit nur beschleunigen, was sich im Laufe der Zeiten von selbst gestalten wird.

Zur sozialen Frage übergehend, sehen wir dieselbe gleichfalls in den „Kulturkampf" hineingezogen und sucht man sie von Oben herab mit Kerkern oder, wie in Belgien, mit Pulver

und Blei oder von Varzin aus mit Kathedersozialisten à la Wagener und Rudolf Meyer zu regeln. Daß auf diese Weise die Zahl der Anhänger einer wirklichen, von den Mächtigen und Reichen verwünschten Lösung der Frage eher vermehrt, als vermindert wird, ist selbstverständlich; die Lösung kann jedoch nur in der Republik stattfinden und wird dieselbe in der ersten Zeit der republikanischen Aera, bis bei der Bevölkerung ein Verständniß für die radikale Lösung erzielt ist, nur eine theilweise sein. Unter theilweiser Lösung verstehen wir aber nicht blos nach dem Vorschlag der demokratischen Partei Abschaffung der stehenden Heere und Einführung der progressiven Einkommensteuer an der Stelle der übrigen bisherigen Steuern, es muß auch gleich von vorneherein nach Einführung der Republik gesetzlich bestimmt werden, daß sämmtliche Arbeitsunfähige auf Kosten der Gesammtheit ein menschenwürdiges Dasein haben, daß die durch Feuer, Hagel, Ueberschwemmungen, Viehseuche 2c. Beschädigten gleichfalls auf Staatskosten statt durch Privatbettelei vollen Schadenersatz erhalten und daß die Lohnarbeit wenigstens als Anfang in den Fabriken und Bergwerken abgeschafft ist.

Bezüglich der Arbeitsunfähigen hat man bis jetzt deren Unterhalt den Gemeinden aufgebürdet; nun sind aber die meisten der Landgemeinden, welche weitaus die Mehrzahl der Landesbevölkerung bilden, höchstens im Stande, den Unglücklichen nur das kümmerlichste Dasein zu fristen. Diese Leute gehören in große, in gesunder Gegend errichtete Staatsasyle mit guter Verpflegung, Unterricht, geistiger Beschäftigung 2c.

Was die Brand- und andere Beschädigten betrifft, weiß man, daß die von Steuern und Schulden überbürdeten Kleinbauern und Handwerker ihre Habe selten gegen Feuer, und gegen Hagel wegen der hohen Prämie gar nicht versichern. Gegen andere Beschädigungen gibt es noch keine Versicherungsgesellschaften. Da die bezeichneten Unglücksfälle nicht oft und nur in vereinzelten Fällen und kurzen Landstrichen vorkommen, wäre die Steuer nur um etwas Geringes zur Deckung dieser gerechtesten aller Ausgaben zu erhöhen. Auf diese Weise würde auch den Aktienbesitzern der Versicherungsgesellschaften das unsaubere Handwerk gelegt, sich 15, 20 und noch mehr Prozente Dividende per Jahr von ihrem eingezahlten Kapital zutheilen zu lassen, während die Versicherten trotz hoher Prämienentrichtung in Unglücksfällen ganz ungenügend entschädigt werden.

Betreffs Abschaffung der Lohnarbeit in den Fabriken und Minen sind einige Erläuterungen nöthig. Vor der, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begonnenen, aber erst in diesem Jahrhundert in großem Maßstab stattgefundenen Einführung von Maschinen und Errichtung von Fabriken für beinahe alle Gewerbszweige konnte jeder Arbeiter, resp. Handwerker nach einigen Jahren Lehrzeit und Gesellenleben immer Mittel und Wege finden, sich in der alten Heimat oder in der Fremde zu etabliren, Eigenthümer dessen zu sein, was er mit seiner Hände Fleiß und im Schweiße seines Angesichtes geschaffen, dasselbe auf den Markt zu bringen und aus dem Verkaufsvortheil nach und nach ein Vermögen zu ersparen, ein angenehmes Leben auch für sein Alter zu sichern und seine Kinder gehörig unterrichten zu lassen; seitdem aber weitaus die Mehrzahl der Gewerbe unter Concentration der Kapitalien und mit Theilung der Arbeit in großen Fabriken ausgeübt werden, kann sich der Arbeiter in den meisten Fällen nicht mehr selbstständig niederlassen und ist er für sein ganzes Leben zu dem abhängigen, der Willkür preisgegebenen Zustand eines Lohnarbeiters verdammt.

Durch die Konkurrenz, welche sich die Fabriken selbst machen, durch die tagtägliche Herabdrückung der Waarenpreise auf Kosten der Arbeit ist aber der Lohn gegenuber den hohen Lebensmittelpreisen so niedrig, daß er kaum zur Deckung der nöthigsten Lebensbedürfnisse ausreicht und daß der Arbeiter, wenn er krank und alt geworden, geradezu ein Bettler ist, während der Fabrikant aus dem Verkaufsvortheil der mit Hülfe der Arbeiter geschaffenen Waaren sich bereichert. Selbst in seinen besten Jahren ist der Arbeiter bei Geschäftskrisen durch plötzliche Entlassung aus der Fabrik der bittersten Noth ausgesetzt, während der Fabrikant zuwarten und aus dem, durch die Arbeiter für ihn schon Erworbenen nach wie vor angenehm leben kann.

Daß sich die Millionen von Arbeitern einen solchen Zustand, wie er heute in beinahe allen Ländern existirt, auf die Dauer, ob in einer Republik oder Monarchie, nicht mehr gefallen lassen werden, muß auch dem hartköpfigsten Anbeter des status quo einleuchten, und kann einer gewaltsamen Umwälzung nur durch die Erlassung eines Gesetzes in dem von uns angegebenen Sinne vorgebeugt werden. Die bisherigen Fabrikanten oder Aktiengesellschaften verlieren dabei nicht, wie

bei Aufhebung der Sklaverei und der Leibeigenschaft die Sklavenhalter und Grundbesitzer, ihr Eigenthum, sondern hören nur auf, Ausbeuter zu sein und sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Die Arbeiter dagegen werden selbstständige Geschäftstheilhaber und haben aus dem ihnen nach Verhältniß ihrer Leistung zugetheilten Salair und Geschäftsgewinn selbst in momentanen Krisen mit dem Ersparten ein sorgenfreies Leben. Das Anlage- und Betriebskapital bekommen sie gegen entsprechende Vergütung von Nationalbanken. Daß unser Vorschlag durchführbar ist, beweisen heute schon in dem monarchischen England und in Nordamerika großartige Etablissements, bei welchen nur Arbeiter betheiligt sind.

Zur radikalen Lösung der Frage wird und muß England, wo die Verhältnisse am meisten dazu drängen, vielleicht noch vor Ablauf dieses Jahrhunderts vorangehen. In England ist das Kleingewerbe noch viel weniger als auf dem europäischen Continent vertreten und gibt es daselbst keine selbstständigen, für ihren eigenen Vortheil arbeitende Bauern, sondern nur, wie der englische Staatsmann und Reformer John Bright in seiner Rede vom 22. Januar d. J. nachwies, nur Feld-Lohnarbeiter, die unglücklichsten, sogar des Stimmrechts beraubten Geschöpfe auf Erden, wie Bright sich ausdrückt. Der ganze für Ackerbau bestimmte Grund und Boden des vereinigten Königreichs (Altengland, Schottland und Irland) befindet sich nach Bright in den Händen von nur 14,749 Eigenthümern, von welchen z. B. der Herzog von Northumberland allein 180,000 Morgen, in Schottland sogar nur 21 Personen 5 Millionen Morgen und 49 Personen 8 Millionen Morgen besitzen.

Zur Abhülfe eines solchen heillosen Zustandes ist der einzige rationelle Ausweg, daß in allen Geschäften, kleinen und großen, ob in Gewerken oder Ackerbau, bei welchen zum eigenen Vortheil die Besitzer oder Unternehmer ausbeuten und Gehülfen nöthig haben, die Lohnarbeit abgeschafft und daß der sämmtliche Grund und Boden, auch der, auf welchem die Häuser*)

*) Diese Maßregel würde ein für alle Mal dem Bauplatzschwindel und der beispiellosen Höhe der Miethen in den Städten ein Ende machen und es jeder Familie ermöglichen, gegen eine geringe jährliche Bauplatzsteuer sich eine Wohnung zu bauen.

stehen, wozu auch schon hervorragende englische Politiker gerathen und was der ehemalige preußische Staatsminister und Rechtsgelehrte v. Savigny als rechtlich zulässig erklärt hat, bei dem Großbesitz gegen theilweise und bei dem Kleinbesitz gegen volle Entschädigung als Staats- oder Kollektiveigenthum erklärt und der für den Ackerbau geeignete Theil an Feldarbeiter-Genossenschaften vermiethet werde. Die Erde ist so gut, wie Luft, Wasser und das Sonnenlicht, für Ernährung und Bewohnung ein Gemeingut Aller. Dies ist auch ursprünglich der Fall gewesen und erst im Laufe der Zeiten haben sich Häuptlinge, Fürsten, Könige und ihre Satelliten, die Adeligen, gewaltsam durch Eroberung &c. des Grund und Bodens bemächtigt, denselben als ihr Privateigenthum widerrechtlich erklärt und für ihre Bereicherung durch die zu Sklaven, später zu Leibeigenen gemachten Bewohner bebauen lassen.*) Erst seit Aufhebung der Leibeigenschaft ist auf dem europäischen Continent in einigen Ländern ein beträchtlicher Theil solcher Besitzungen in die Hände der Bauern übergegangen, während in andern noch vielfach Zustände wie in England sind.

Mit solch' radikaler Lösung der Lohn-, Grund- und Boden-Frage erledigen sich dann auch die Fragen des „Kapitals" (Produkt der Arbeit**) und der Staatshülfe.

Wir sind zu Ende. Möge dieses Büchlein den Mächtigen und Ausbeutern zur Warnung, der großen leidenden Masse aber zur Aufmunterung für Befreiung von ihren Fesseln dienen!

---

*) Wenn diese und ihre Nachfolger, sowie die späteren von der Staatsgewalt beschützten bürgerlichen Ausbeuter ein Mittel hätten erfinden können, um Luft, Licht und Wasser zum kubikfußweisen Verkauf an die übrigen Menschenkinder mit Beschlag zu belegen, würden sie es sicherlich gethan haben.

**) Grund und Boden, die auf demselben wachsenden Pflanzen und die unter demselben befindlichen Metalle, Kohlen &c. können nur durch Arbeit für die Menschen nutzbar gemacht, resp. Kapital werden. Auch Erbschaften und Lotteriegewinnste sind indirekte Produkte der Arbeit. Erstere sind Ersparnisse des Erblassers aus eigener oder Anderer Arbeit und letztere werden von den Gimpeln bezahlt, welche aus dem Ertrag ihrer oder Anderer Arbeit in die Lotterie gesetzt und Nieten gezogen haben.

	DATE DUE		